



Wenn heute weitere Nachrichten über die Verhandlungen des vereinigten Landtages eingehen sollten, so wird morgen ein Extrablatt erscheinen.

Inland.

Landtags-Angelegenheiten.

Sitzung des vereinigten Landtages am 4. Mai.

Kurie der drei Stände.

Die Sitzung beginnt um 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr unter Vorsitz des Landtags-Marschall von Rochow.

Marschall: Die Verlesung des Protokolls.

(Die Verlesung erfolgt durch den Sekretair Dittich.)

Marschall: Es sind einige Anträge, betreffend die Landespferdezucht, eingegangen. Da dieses ein Gegenstand ist, zu dem die technische Kenntniss desselben nothwendig ist, so werde ich zur Begutachtung derselben eine besondere Abtheilung ernennen, die aus solchen Personen besteht, welche sich für den Gegenstand besonders interessieren. Die Abtheilung wird die neunte sein und besteht aus folgenden Personen:

von Arnim, mit der Bitte, das Direktorium zu übernehmen, Epping, Hensche, Bleyer, Altnoch, Schmidt, von Reiche, von Sacken und Jungbluth.

Von den Direktoren der vierten und achten Abtheilung ist auf Verstärkung derselben angetragen worden. Ich ernenne also zu der vierten Abtheilung den Herrn Abgeordneten Sattig, zu der achten Abtheilung die Herren Abgeordneten Steinbeck, von Mylius und Heyer.

Zu der achten Abtheilung ist von dem Herrn Abgeordneten Kunkel ein Antrag, betreffend die Verwaltung der Pfarrgüter, abgegeben worden. Ich hatte übersehen, daß dieser Antrag auf einem Auftrage von den Kreisständen beruht, welcher dem Antrage beiliegt. Der Herr Vorsitzende der Abtheilung hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß dies dem § 19 der Verordnung vom 3. Februar d. J. entgegen ist. Ich werde also aus dieser Ursache genöthigt sein, den Antrag dem Herrn Antragsteller zurückzugeben.

Folgende Petitions-Anträge werden an die Abtheilungen noch vertheilt:

Verzeichniß

der in der Sitzung vom 4. Mai 1847 den verschiedenen Abtheilungen überwiesenen Petitions-Anträge.

Antrag des Abgeordneten Appelbaum, betreffend die Zurücknahme der Gesetze vom 29. März 1844, insofern sie das Verfahren gegen die richterliche Person neu bestimmen 5. Abth.

Antrag des Abgeordneten Germershausen auf Pressefreiheit 5. Abth.

Antrag des Abgeordneten Siebig auf Erlass 1) eines Gesetzes über die Grenzen der Polizei-Gewalt und das Verfahren bei polizeilichen Verhaftungen und Hausdurchsuchungen. 8. Abth.

2) einer gesetzlichen Deklaration der Verordnung vom 3. Novbr. 1817 ad V. 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten Hanfmann auf Deffentlichkeit des vereinigten Landtags und der Provinzial-Landtage resp. auf vollständige Veröffentlichung (mit Nennung der Namen) der provinzialständischen Verhandlungen 4. Abth.

Antrag des Abgeordneten Hanfmann auf einige Abänderungen der Verordnung vom 3. Februar 1847, die Bildung des vereinigten Landtags betreffend 4. Abth.

Antrag des Abgeordneten Scholz, betreffend die legislative Abänderung des § 12 des Allerhöchsten Gesetzes vom 30. März 1820, die Befreiung von der Gewerbesteuer derjenigen Professionisten, welche ohne steuerpflichtige Kräfte ihr Gewerbe betreiben 7. Abth.

Antrag des Abgeordneten Germershausen auf Vermehrung und Erweiterung der Vertretung auf den Landtagen 4. Abth.

Antrag des Abgeordneten Anwandter auf Gewährung vollständiger Gewissens- und Religionsfreiheit 8. Abth.

Antrag der Abgeordneten Verein und Böning um Erlass eines auf die Ablösung der mittleren und niederen fiskalischen Jagdberechtigungen nach bestimmten Grundsätzen und unter erleichternden Bedingungen abzielenden Gesetzes 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten Ungerer wegen Vorkehrungen gegen die Wiederkehr eines allgemeinen Nothstandes 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten von Rothkirch-Trach auf Emanation eines neuen Anhangs zum allgemeinen Landrecht 5. Abth.

Antrag der Abgeordneten Gräß und Raumann, betreffend die Verordnungen vom 3. Februar d. J. 4. Abth.

Antrag des Abgeordneten von Rath, die Anlage einer feststehenden Brücke über den Rhein betreffend 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten von Winde auf eine Modifikation der Preßbestimmungen 5. Abth.

Antrag desselben, die Vorlegung des Voranschlags der Staatseinnahmen und Ausgaben, wie der Staatsrechnungen an die Stände betreffend 7. Abth.

Antrag desselben wegen Aufhebung der Bestimmung, wonach Petitionen über auswärtige Angelegenheiten dem vereinigten Landtage unterzogen sind 4. Abth.

Antrag des Abgeordneten von Wegierski um Einberufung des Repomul von Niemojowski als eigentlichen Landtags-Abgeordneten des Adelnauer Kreises zum vereinigten Landtage 3. Abth.

Antrag des Abgeordneten Budde auf Vermehrung der Steuerläge bei der Gewerbesteuer 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten Dittich, betreffend die Zwangslehrbezirke der Schornsteinfeger 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten Söllner, betreffend die Flurbeschädigung durch Wild 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten Brust auf vollständigere Ueberzicht der Finanzverwaltung des Staats 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten L. König wegen Uebertragung des Rechts „zur Präsentation der Schulamts-Kandidaten“ von den Grundherren auf die der Lehrer bedürftenden Gemeinden 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten Gries wegen Einführung von Spar- und Hülfskassen in allen Fabriken der Monarchie zur Abhülfe des Nothstandes der arbeitenden Klasse und Verminderung der Kommunal-Armens-Bedürfnisse 6. Abth.

Antrag der Abgeordneten Wegg, Lebens und von Franzius um ein Ministerium für Handel und Gewerbe 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten Krüger aus Grünberg, betreffend den Schutz des Publikums gegen die künstlichen Preissteigerungen des kleinen und großen Marktes 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten Hanfmann auf ungeschmäler-tes Petitionsrecht 4. Abth.

Antrag desselben auf Pressefreiheit 5. Abth.

Antrag des Abgeordneten Schmidt um allgemeine Einführung des Schiedsmanns-Instituts in allen Provinzen des Staats 5. Abth.

Antrag des Abgeordneten Appelbaum, betreffend die Freiheit der Presse 5. Abth.

Antrag des Abgeordneten Stöpel auf Erbauung eines Ständehauses 4. Abth.

Antrag des Abgeordneten von Puttkammer auf Deklaration der betreffenden Bestimmungen der Gesetze vom 31. Dezember 1842 wegen der Ortsangehörigkeit neu anziehender Individuen 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten Appelbaum wegen staatlicher Anerkennung der christkatholischen Kirchen-Gesellschaften. 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten von Puttkammer, den nächsten Provinzial-Landtagen den Entwurf einer auf freisinnige Prinzipien basirten Landgemeindevorordnung zur Begutachtung vorzulegen 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten Schneider aus Bunzlau um eine gesetzliche Bestimmung, daß von Braunkohlen kein Zehent an den Staat abzuführen sei 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten Reuissen auf Deffentlichkeit aller ständischen Verhandlungen und unbedingte Veröffentlichung derselben mit Nennung der Namen, so wie um Bau eines Ständehauses in Berlin für die Versammlung des vereinigten Landtages 4. Abth.

Antrag desselben, Se. Majestät den König zu bitten, beim Bundestage dahin zu wirken, daß die im Jahre 1824 beschlossene Heimlichkeit der Bundesverhandlungen aufgehoben, daß der deutsche Bund durch die Deffentlichkeit seiner Verhandlungen wieder fortan, wie früher, unter die schützende Kontrolle des deutschen Geistes gestellt werde 5. Abth.

Antrag desselben auf Freiheit der Presse 5. Abth.

Antrag des Abgeordneten Ungerer, betreffend die Beschränkung des Gewerbes der Agenten und Kommissionäre 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten Baum auf genügenden Schutz der inländischen Industrie vermittelst erhöhter Zölle in Verbin-

dung mit Rückzöllen und Differenzialzöllen, so wie auf gründliche Revision des Zolltarifs unter Zuziehung von Sachverständigen 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten von Zakrzewski, daß es den der deutschen Sprache nicht vollkommen kundigen Landtags-Abgeordneten aus dem Großherzogthum Posen gestattet werde, ihre Reden abzulesen 4. Abth.

Antrag des Abgeordneten Krause aus Chalusko auf Einführung einer allgemeinen Feld- und Hütungsordnung 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten Schult auf gleichmäßige Besteuerung sämtlicher Provinzen der Monarchie 7. Abth.

Antrag des Abgeordneten Siebig um Verbesserung des Volksschulwesens

a. durch Herstellung des dreijährigen Kurses in den Seminarien,

b. durch Erhöhung der Lehrergehälter, bei dürftigen Kommunen mittelst Beihilfe aus Staats-Fonds 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten Wenghoffer, daß im Allgemeinen, wo sich das Bedürfnis herausstellt, besonders aber die in Pithhauen und Masuren bereits in Angriff genommenen Chaussee-Wege vorzugsweise und noch in diesem Jahre für Staats-Rechnung ausgebaut werden 8. Abth.

Antrag mehrerer Abgeordneten der Land-Gemeinden, Hein etc., betreffend den Bau, die Reparatur und die Unterhaltungskosten der Schulen 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten Gries auf Feststellung der rechtlichen Verhältnisse über die Verhaftung von Personen 5. Abth.

Antrag des Abgeordneten Frige auf Abänderung des Servis-Regulativs vom 17. März 1810 wegen Gewährung von Natural-Quartier an kommandirte Militär-Personen 7. Abth.

Antrag des Abgeordneten Brämer wegen allgemeiner Hagel-Versicherungs-Anstalten 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten v. Wolffs-Metternich, betreffend den zwischen der Krone Preußen und Hannover unterm 29. Juli 1843 über die Central-Schuldverhältnisse des ehemaligen Königreichs Westfalen abgeschlossenen, seitens der hannoverschen Regierung unerfüllt gelassenen Staats-Vertrag 7. Abth.

Antrag des Abgeordneten Brämer in Betreff des Chaussee-baus 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten Germershausen, betreffend die Anstellung verarmter Bürger im städtischen Subalternen-Dienste 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten Siebig auf Aufhebung des § 20 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten Dahlstroem auf Vermehrung der Kommunikationsmittel in Preußen, Pommern und Posen, durch Anlage einer Verbindungs-Chaussee zwischen der Berlin-Königsberger und der Bromberg-Ruchendorfer und durch Schiffbarmachung des Küdow-Flusses 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten Illigens um Aufhebung des Lotteriespiels event. andere Vertheilung der Gewinne 7. Abth.

Antrag des Abgeordneten Reuissen um Ernennung der Landtags-Marschälle durch die Wahl der Stände 4. Abth.

Antrag des Abgeordneten v. Donimiersti, die Abhülfe des jetzt herrschenden Nothstandes betreffend 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten v. Sacken-Julienfelde, die größere Sicherung der persönlichen Freiheit betreffend 5. Abth.

Antrag des Abgeordneten v. Sacken-Julienfelde um Zurücknahme des Gesetzes vom 29. März 1844 über die Absehbare der Richter oder wenigstens Beschränkung willkürlicher Versezungen der Richter und Justiz-Kommissionarien 5. Abth.

Antrag des Abgeordneten Camphausen auf Einberufung des vereinigten Landtages von 2 zu 2 Jahren 4. Abth.

Antrag der Abgeordneten Holzklau und Krämer auf Ermäßigung resp. Gleichstellung der Bergbau-Abgaben 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten Tschöke, betreffend das Patent vom 30. März 1847 über die Bildung neuer Religions-Gesellschaften etc. 8. Abth.

Antrag des Abgeordneten Thiel-Manten, die königlichen Haupt- und Land-Gestüte betreffend 9. Abth.

Antrag des Abgeordneten Abegg um Ermäßigung der Eingangszölle auf Eisen 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten Fabricius, betreffend die Ausführung der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 11. April 1846 wegen Errichtung von Privatbanken 6. Abth.

Antrag mehrerer Abgeordneten der Ritterschaft, v. Reiche etc. auf Verbesserung der Landes-Pferbezucht 9. Abth.

Antrag des Abgeordneten Gadegast auf Emanation eines

Gesetzes, das dem bisherigen unsicheren Zustande der Befugnisse nicht privilegierter Apotheken ein Ende macht. 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten Peter Conze, die Aufhebung der den kleineren ländlichen Brennereien bewilligte Steuerbegünstigung betreffend. 6. Abth.

Antrag des Abgeordneten v. Wincke und Anderer auf eine Erklärung des Landtags, betreffend die von den vereinigten Kurien bei Sr. Majestät dem König eingereichte Dankadresse. 6. Abth.

Marshall: Da dieser Antrag ohne Zweifel zu derjenigen Verhandlung gehört, welche von den vereinigten Kurien geführt worden ist, so werde ich denselben ebenfalls dem Herrn Marshall des Herrenstandes zu stellen.

Abgeordn. Fehr. v. Wincke: Ich bitte um das Wort.

Marshall: Ich werde hernach das Wort geben, ich will nur vollenden:

Antrag des Abgeordneten Siepler, betreffend die Abtöschung der Jagden. 8. Abth.

(Es erfolgen noch mehrere Beschwerden von Seiten der Abgeordneten und der Ministerbank, über die unrichtige Aufzeichnung der Vorträge. Die 4te Abtheilung wird sich deshalb mit den Stenographen in Verbindung setzen, auch die Sekretäre werden sich mit denselben vereinigen.)

Abgeordn. von Wincke: Herr Landtags-Marschall! Ich habe eben bei Vorlesung der Anträge und bei Bestimmung der Abtheilungen, an welche die einzelnen Anträge verwiesen werden sollen, bemerkt, daß der Antrag, den ich mit 137 anderen Mitgliedern zusammen gestellt habe, der vereinigten Kurie überwiesen werden soll. Ich kann nicht zugeben, daß dieses Verfahren in einer gesetzlichen Bestimmung begründet ist, und ich erlaube mir daher, mich auf die gesetzliche Bestimmung zu beziehen und darauf zu rekurrieren. Es heißt § 14 der Verordnung vom 3. Februar d. J.:

„Wenn der vereinigte Landtag über eine Proposition wegen Aufnahme neuer Staats-Anleihen (§ 5) oder wegen Einführung neuer Steuern oder Erhöhung der bestehenden Steuern (§ 9) zu beschließen hat, so tritt der Herrenstand mit den übrigen Ständen zu gemeinschaftlicher Berathung und Beschlussnahme zusammen. In allen anderen Fällen erfolgt auf dem vereinigten Landtage die Berathung und die Abstimmung des Herrenstandes in abgesonderter Versammlung.“

Ich glaube aus den ausdrücklichen Worten des Gesetzes schließen zu können, daß nur in den beiden speziell vorgesehenen Fällen eine Berathung der vereinigten Kurien zulässig ist, und da dem Landtags-Marschall nach § 29 der Geschäfts-Ordnung nur die Auslegung der Vorschriften in den §§ 4—28 der Geschäfts-Ordnung, keinesweges aber die Auslegung der Verordnung vom 3. Februar d. J. überwiesen worden ist, so glaub ich daraus folgern zu dürfen, daß ich mich auf gesetzlichem Boden befinde, wenn ich einen Antrag dahin richte, daß diese Erklärung, die ich im Verein mit anderen Mitgliedern überreicht habe, lediglich an eine Abtheilung unserer Kurie der drei Stände verwiesen werde. Ich glaube, daß mir auch nicht eingewendet werden kann, wovon es vorhin schien, daß es mir eingewendet werden sollte, daß, weil die Adress-Debatte des vereinigten Landtags hier stattgefunden hat, und daß, weil unser Antrag mit dem, was bei der Adress-Berathung vorgekommen ist, in einem Zusammenhange steht, indem nämlich die Gegensätze zwischen der Verordnung vom 3. Februar d. J. und den älteren Gesetzen, welche bei der Adresse zur Sprache kamen, hervorgehoben werden sollte, daß jetzt, sage ich, über denselben Gegenstand wieder in den vereinigten Kurien berathen werden müsse. Ich glaube anderer Ansicht sein zu dürfen, denn es sind eine Menge Anträge eingebracht worden, welche gleichfalls mit der Adress-Berathung im innigsten Zusammenhange stehen. So hat ein geehrter Abgeordneter für die Provinz Pommern z. B. einen derartigen Antrag gestellt und verschiedene verehrte Mitglieder aus Sachsen, Brandenburg, aus fast allen Provinzen, welche hier vertreten sind, haben ähnliche Anträge gestellt, die sich auf denselben Gegenstand beziehen. Ob sie vielleicht eine andere Form, eine andere Fassung an sich tragen, das kann ich nicht beurtheilen, aber aus dem Rubrum, wie es vorgetragen worden ist, geht hervor, daß sie eine Wahrung der ständischen Rechte, eine Hervorhebung der Gegensätze zwischen den älteren und neueren, eine Wiederherstellung der früheren Gesetze bezwecken. Da alle diese Anträge nur an die Kurie der drei Stände gewiesen worden sind, so habe ich mich nicht überzeugen können, daß hier ein anderes Verfahren eingeschlagen werden dürfe. Ich glaube, daß die ganze Adress-Berathung nach der ausdrücklichen Bestimmung des Gesetzes nicht hätte in der vereinigten Kurie vorgenommen werden sollen. Da aber der Landtags-Kommissar und beide Kurien sich dabei beruhigt haben, die Berathung also mit allgemeiner Zustimmung stattgefunden hat, so habe ich keinen Grund gesehen, warum ein einzelnes Mitglied hätte Veranlassung finden sollen, diesem exceptionellen Verfahren sich entgegenzustellen. Daraus kann aber kein Schluß auf andere ähnliche Fälle gezogen werden, sondern jedes Mitglied hat, selbst gegen die Majorität, das Recht, zu verlangen, daß den ausdrücklichen Worten des Gesetzes Folge geleistet, und daß dieser Antrag nur in der Kurie der drei Stände berathen werde, was

das Gesetz für alle Fälle, mit Ausnahme der beiden im § 14 vorbehaltenen, vorschreibt. Darauf anzutragen habe ich mir erlauben wollen.

Abgeordn. von Bardeleben: Ich unterstütze den Antrag.

Marshall: Ich kann meine Ueberzeugung nicht ändern. Es ist gesagt worden, für mich sei bloß die Geschäfts-Ordnung Grundlage dessen, was ich hier auszuführen habe. Dem muß ich widersprechen. Wo gesetzliche Bestimmungen vorhanden sind, müssen sie mit ebenfalls zur Grundlage dienen, weil ich meine Mitwirkung zu etwas, was gesetzlich nicht ausführbar scheint, nicht eintreten lassen darf. Indes abgesehen davon, diese Angelegenheit ist eine solche, die mit Zustimmung der ganzen Versammlung in den vereinigten Kurien vorgenommen worden ist. Se. Majestät der König hat vom Throne aus zu der ganzen Versammlung, zu den vereinigten Kurien gesprochen. Die vereinigten Kurien haben darauf eine Adresse an Se. Majestät den König gerichtet. Auf diese Adresse haben Se. Majestät der König zu antworten geruht. Jetzt soll diese Verhandlung fortgesetzt werden. Wenn gemeint werden sollte, daß dies keine Fortsetzung dieser Verhandlung wäre, so werde ich den Herrn Sekretär bitten, den Antrag hier zu verlesen:

Die Vorlesung erfolgt:

„In der am 16ten d. M. stattgefundenen Plenarsitzung des vereinigten Landtags hat derselbe eine Adresse an des Königs Majestät beschlossen und in dieser mit Bezug auf die von vielen seiner Mitglieder vermehrte volle Uebereinstimmung der Verordnung vom 3. Februar d. J. mit den älteren Gesetzen zur Wahrung der ständischen Rechte eine ehrsüchtige Erklärung am Throne niedergelegt. — Wenn es nicht angemessen gehalten wurde, in der erwähnten Adresse, welche zugleich den Dank für die Zusammenberufung des Landtages enthielt, die speziellen Punkte anzuführen, in welchen die erwähnte Uebereinstimmung vermehrt wird, so erscheint es um so mehr gebotene Pflicht, daß der Landtag über dieses sich verständige und sie zur Vermeidung jedes Mißverständnisses näher bezeichne. — Zu diesem Ende beehren sich die Unterzeichneten, Ew. Hochwohlgebornen die anliegende Erklärung zu überreichen, mit dem Antrage, dieselbe einer Abtheilung zur gründlichen Erörterung überweisen zu wollen, damit sie demnachst von der hohen Kurie der drei Stände zum Beschluß erhoben und im Protokoll niedergelegt werde. — Berlin, den 26. April 1847.“ (Unterschriften.)

Es scheint hiernach gar kein Zweifel zu sein, daß es eine Fortsetzung, eine weitere Ausführung, eine Wiederaufnahme der Verhandlung über die Adresse ist. Eine solche Verhandlung, die in den vereinigten Kurien stattgefunden hat, in dieser Kurie allein wieder aufzunehmen, scheint mir ganz unstatthaft und ein ganz falscher Geschäftsgang, eine ganz falsche Form. Für die richtige Form aber zu wachen, damit bin ich beauftragt. Auf das Materielle kann sich meine Bemerkung nicht beziehen, darüber habe ich nichts zu sagen. Ob es nothwendig, ob es nützlich, ob es angemessen sei, eine solche Verhandlung wieder aufzunehmen, darüber ein Wort zu sagen, steht mir nicht zu, aber wohl darüber, in welcher Form sie stattfinden soll. Und wie ich die Form für unrichtig halte, so halte sie auch für eine solche, die einen Mangel an Achtung gegen die Kurie des Herrenstandes bezeugt. Wenn wir etwas, was in der gemeinschaftlichen Kurie verhandelt worden ist, dieser gemeinsamen Versammlung entziehen und darüber für uns weiter befinden wollen, so ist dies offenbar ein Mangel an Achtung, zu dem mitzuwirken ich mich nicht für befugt halte. Deshalb muß ich bei meiner Meinung bleiben und glauben, daß ich mich ganz in meinem Rechte befinde, wenn ich diesen Antrag dem Herrn Marshall der Herren-Kurie mit der Bitte zusage, ihn in gemeinschaftlicher Kurie zur Berathung zu bringen.

Abgeordn. von Auerswald: Nur zwei Worte darüber, ob nicht vielleicht ein Mißverständnis stattfindet. Der Herr Marshall hält diese Eingabe für eine Fortsetzung dessen, was bei der Adress-Debatte stattgefunden hat. Ich möchte mir die gehorsamste Bemerkung erlauben, daß gerade hier, in dieser Eingabe, von denjenigen Gegenständen die Rede ist, die man in der vereinigten Kurie nicht für geeignet gehalten hat, in die Adresse aufzunehmen, daß also gerade dasjenige, wovon wir mit überwiegender Majorität beschlossen haben, in der Adresse keine Erwähnung zu thun, und was durch den Beschluß auf einen anderen Weg hingewiesen worden ist, daß alles dasjenige, sage ich, hier enthalten ist, nämlich die Spezialitäten, diejenige Wahrung, welche in der Adresse nur im Allgemeinen ehrsüchtig voll niedergelegt ist. Wenn also hiernach gerade derjenige Weg eingeschlagen ist, der auf dem Wege der Adresse uns nicht zulässig erschien, so muß ich aufrichtig bekennen, daß mir ein Mißverständnis obzuwalten scheint, und muß ich mich aus diesem Grunde dem Antrage des geehrten Abgeordneten aus Westfalen anschließen.

Marshall: Diejenigen, welche in der vereinigten Kurie nicht haben beschließen wollen, Spezialitäten aufzunehmen, haben auch wahrscheinlich den Beschluß nicht so verstanden, daß Spezialitäten nachträglich auf irgend eine Weise aufgenommen werden sollen. Wenn also darüber noch nachträglich ein anderweiter Beschluß gefaßt werden soll; so muß er in derselben Versammlung gefaßt werden, die zuerst über den Gegenstand berathen hat.

Abgeordn. von Wincke: Ich habe mich hauptsächlich gegen den Vorwurf zu verwahren, als ob es irgend in meiner Absicht gelegen haben könnte, in dem Antrage, den ich gemacht habe, Mangel an Achtung gegen die Herren-Kurie auszusprechen. Ich glaube, gerade in der Form des Antrages, die ich gewählt habe, bewiesen zu haben, daß ich die höchste Achtung gegen die Herren-Kurie hege; denn es wird den Mitgliedern der hohen Versammlung noch Erinnerung sein, daß gerade von einem hochgestellten Mitgliede der Herren-Kurie der Antrag ausgegangen ist, alle Spezialitäten aus der Adresse wegzulassen und diese auf allgemeine Ausdrücke zu beschränken. Gerade von diesem Mitgliede ist bemerkt worden, daß es durchaus nothwendig sein werde, im Laufe der Verhandlungen auf diese Spezialitäten zurückzukommen. Ueber die Begründung dieser speziellen Punkte kann aber eine große Meinungsverschiedenheit zwischen unserer Versammlung und der Herren-Kurie bestehen. Die Herren-Kurie kann die Gegenstände, die hierbei zur Sprache zu bringen sind, in anderer Weise auffassen, und darum habe ich durch meinen Antrag die Selbstständigkeit der Herren-Kurie erhalten wollen, damit sie nicht genöthigt werde, mit uns gemeinschaftlich zu berathen, sondern damit wir die eigene Ansicht ihr freilassen. Ich glaube auch nicht, daß wir auf die Art und Weise zurückgehen können, wie früher hier verhandelt worden ist; denn ich habe schon bemerkt, daß ich nicht glaube, daß wir früher auf dem gesetzlichen Boden uns befanden. Ich glaube, daß, wenn der königl. Kommissar oder nur ein Mitglied der Versammlung dem widersprochen hätte, daß die Adresse von dem vereinigten Landtag betrahten werde, wir nicht befugt gewesen sein würden, diese Berathung von beiden Kurien gemeinschaftlich vornehmen zu lassen, und Jeder aus unserer Mitt kann verlangen, daß dem Gesetze strictissime nachgelebt werde.

Abgeordn. Sperling: Die Eingabe ist einmal an die Kurie der drei Stände gerichtet, daher glaube ich, daß sie allein darüber zu entscheiden hat, ob sie auf den Inhalt derselben weiter eingehen wolle oder nicht. Diese Entscheidung kann sie aber erst dann treffen, wenn die Eingabe von einem Ausschusse vorberathen worden ist. Ich glaube daher, daß der Antrag, der dahin geht, die Eingabe einem Ausschusse zu überweisen, ganz in der Ordnung ist. Ich finde auch nirgends, daß dem Marschalle die Befugniß eingeräumt wäre, etwas wegzulassen, was an die Versammlung gerichtet ist.

Abgeordn. Eschcke: Ich glaube, ganz abgesehen davon, daß schon bei der Berathung der Adresse von mehreren Mitgliedern der Kurie der drei Stände Zweifel und Bedenken darüber obwalteten, ob diese Berathung von den vereinigten Kurien vorgenommen werden soll, daß der vorliegende Gegenstand sich noch dadurch unterscheidet, daß die Adresse gemeinschaftlich an Se. Majestät den König gerichtet werden sollte, während der vorliegende Gegenstand allein und ausschließlich die Ansichten der zweiten Kurie begründen und diese nur zu Protokoll gebracht, aber nicht an Se. Majestät den König eingereicht werden sollen. Ich glaube, dieser Moment mußte dafür entscheidend sein, daß der Gegenstand nur von der Kurie der drei Stände zu berathen sei.

Abgeordn. von Mantuffel I.: Was ich von dem vorliegenden Schriftstücke vernommen habe, so scheint es mir keine Petition zu sein. Wäre es eine Petition, so würde es ganz unzweifelhaft vor die Kurie der hier versammelten drei Stände gehören. Was ist es denn? Ein Gutachten ist es auch nicht über eine königliche Proposition. Es ist also etwas, was ich in keiner Weise in die Kategorien der Gegenstände bringen kann, womit die Stände sich zu beschäftigen haben. Es kann also nichts Weiteres sein, als eine Anknüpfung an eine bereits stattgehabte Verhandlung. Als ein solches Schriftstück hat der Herr Landtags-Marschall auch die Eingabe bezeichnet, und ich kann ihm hierin nur beistimmen. Das, was ein Abgeordneter aus der Provinz Preußen beigebracht hat, kann ich nicht verstehen. Nach meinen Begriffen von Logik ist im Allgemeinen das Spezielle enthalten. Ist nun in der Adresse eine allgemeine Verwahrung niedergelegt, so umfaßt diese zugleich jedwede spezielle Verwahrung, die noch gemacht werden könnte. Ich glaube also, daß aus diesem Grunde, wenn man jenes im Allgemeinen ausgesprochene Wort spezialisiren will, auch die nicht dabei Schweigen dürfen, welche jenes allgemeine Wort mit ausgesprochen haben. Das ist meine Ansicht von der Sache.

Abgeordn. von Beckerath: Wenn ich auch nicht die Ehre habe, zu den Antragstellern zu gehören, so halte ich mich doch dadurch nicht der Verpflichtung entbunden, mich vom Standpunkte des Interesses der Versammlung aus über die vorliegende Frage zu äußern. Die Adresse ist allerdings von den vereinigten Kurien verhandelt und beschlossen worden; durch die Beschlussnahme über die Adresse ist aber auch diese ganze Verhandlung zum Schlusse gebracht worden, und es war in diesem Beschlusse keinesweges die Absicht enthalten, daß alles Dasjenige, was sich späterhin im Laufe der Verhandlungen noch in Bezug auf dieselben Materialien in den Kurien des vereinigten Landtages ergeben würde, abermals von den vereinigten Kurien zu

verhandeln sei. Es konnte im Gegentheil, wenn von einer weiteren Entwicklung dieser Materien die Rede war, immer nur an den Weg der Bitte und Beschwerde gedacht werden, den verfassungsmäßig jede einzelne Kurie für sich einzuschlagen hat, und ich denke mir, daß einer der Beweggründe, welche die Antragsteller zu ihrer Eingabe veranlaßt haben, darin besteht, daß in Folge der bei der Kurie der drei Stände eingelaufenen, die Verfassung betreffenden verschiedenen Anträge der Weg der Bitte und Beschwerde von unserer Kurie eingeschlagen werden wird. Da dies geschehen wird, da die Rechte, welche in der Adresse im Allgemeinen verwahrt worden sind, nunmehr in Folge der Anträge zum Gegenstande von Petitionen gemacht werden sollen, so liegt die Besorgniß nahe, daß dadurch diese Rechte gewissermaßen in Frage gestellt werden, und in diesem Sinne scheint es mir ganz angemessen, daß diejenige Kurie, die sich zu solchen Petitionen entschließt, sich auch gleichzeitig darüber erkläre, in welchem Sinne, mit welchem Bewußtsein sie den Weg der Bitte und Beschwerde betrete. Ich glaube ferner, daß, wenn in dieser Angelegenheit eine Vereinigung der beiden Kurien beliebt werden sollte, dadurch nicht nur der gesetzlichen Vorschrift entgegengehandelt würde, die ausdrücklich bestimmt, daß jede Kurie, mit Ausnahme einiger strikte bezeichneten Gegenstände, allein zu berathen habe, sondern daß auch die Kurie der drei Stände gewissermaßen ihrer Selbstständigkeit Abbruch thun würde, wenn sie auf die abgesonderte Berathung dieses Gegenstandes verzichtete, daß sie ferner dadurch keinesweges der anderen Kurie einen Beweis von Achtung geben würde; denn der beste Beweis von Achtung, den die Kurien sich gegenseitig geben können, ist der, daß jede von ihnen die Selbstständigkeit, die sie verfassungsmäßig hat, bewahrt. Ich schließe mich den anderen Rednern an, welche für die Berathung des Gegenstandes in dieser Kurie gesprochen haben, und verzichte, daß die abgegebene Erklärung zum Gegenstande der alleinigen Berathung unserer Kurie gemacht werde.

Abgeordn. Graf von Schwerin: Ich gehöre auch nicht mit zu den Unterzeichnern des Antrags, über dessen Berathung wir uns gegenwärtig verständigen wollen, und zwar nicht, weil ich mit dem materiellen Inhalte desselben nicht einverstanden sei, sondern weil ich glaube, daß die Form nicht richtig gewählt ist, in der er eingebracht worden ist. Das hindert mich aber nicht, der Ansicht beizutreten, daß es nicht in der Befugniß des Landtags-Marschalls liege, den Antrag zurückzuweisen, sondern ich glaube, daß, wenn einmal der Antrag bei der Versammlung hier gestellt worden ist, lediglich der Weg einzuschlagen sei, welcher in der Geschäfts-Ordnung vorgesehen worden ist. Der Antrag muß einer Abtheilung überwiesen werden, und die Abtheilung wird dann sehen, ob er sich zur Berathung in einer besonderen Kurie oder zur Berathung des vereinigten Landtags eignet. Wenn der Herr Landtags-Marschall die Befugniß in Anspruch nimmt, mit einem solchen Antrag zu machen, was ihm beliebt, so glaube ich, bewegt er sich nicht innerhalb der Geschäfts-Ordnung.

Abgeordn. Graf von Sneyenau: Meine Herren! Ich gehöre zur Zahl derjenigen, welche von Hause aus die gemeinschaftliche Berathung der Adresse in den vereinigten beiden Kurien für in Widerspruch stehend mit § 14 der Verordnung über die Bildung des vereinigten Landtags gehalten haben. Daß ich und viele von den Herren, welche gewiß mit mir einverstanden waren, keinen Protest gegen diese gemeinschaftliche Berathung erhoben haben, liegt in der Reueit unserer hiesigen Verhandlungen, die uns noch nicht die nöthige Sicherheit in der Debatte geben konnte, die wir mit der Zeit zu erlangen hoffen. Die Sache ist aber geschehen, und habe ich den Inhalt des Antrages richtig verstanden, so nimmt er ausdrücklich auf die Verhandlungen bei der Adresse und auf das Bezug, was die Adresse enthalten hat. Also scheint es mir auch, daß die daraus fließende Verhandlung, welche uns jetzt durch diesen Antrag bevorsteht, nur in der Versammlung stattfinden könne, welche ursprünglich die Adresse debattirt hat. Ich glaube, daß der Deputierte aus Pommern, welcher vor mir gesprochen hat, selbst eine Petition eingebracht hat, welche, wenn ich mich recht entsinne, auf dieselben Punkte hinausläuft, welche der Antrag bezweckt. Der Herr Landtags-Marschall hat diese Petition zur Berathung in dieser Versammlung gestellt, woraus also hervorgeht, daß es keinesweges die Absicht des Herrn Landtags-Marschalls ist, die Berathung dieses Gegenstandes der Kurie der drei Stände zu entziehen.

Abgeordn. Mevissen: Ich vermag die Folgerichtigkeit, die darin liegen soll, daß deshalb, weil die Adresse von dem vereinigten Landtage berathen worden ist, nun alle Anträge, die mit der Adresse in näherer oder entfernterer Verbindung stehen, auch von dem vereinigten Landtage berathen werden sollen, nicht anzuerkennen. Es ist schon gesagt worden, daß Petitionen, die in ihrem Inhalte nothwendig auf die Adresse zurückverweisen, also mehr oder weniger auch dem Inhalte der Adresse entsprechen, zur Diskussion der drei Stände gestellt werden sind. Wenn Petitionen, die eine Ergänzung der Adresse sind, zur Berathung der Kurie der drei Stände gelangen, so muß auch der Antrag des Abgeordneten von Westfalen, der eine solche Petition in einer anderen

Form zur Wahrung der ständischen Rechte vorbringt, für geeignet zur Berathung in dieser Kurie gehalten werden. Ich glaube, daß nur auf diesem Wege ein richtiges Resultat erzielt werden kann, da bei der Adresse-Berathung das Verhältnis der Stimmzahl, die nach dem Gesetze vom 3. Februar d. J. dem vereinigten Landtage zustehen soll, dem Gesetze zuwider, abgeändert worden ist. Nach dem Gesetze vom 3. Februar d. J. soll die Herren-Kurie bei der gemeinschaftlichen Berathung der beiden Kurien auf diejenige Stimmzahl beschränkt sein, die sie bei den Provinzial-Landtagen hat. Es ist Ihnen bekannt, daß die Stimmzahl der Herren-Kurie bei der Adresse-Berathung ausgedehnt gewesen ist. Würde die Stimmzahl der Herren-Kurie wieder bei der gemeinschaftlichen Berathung dieses Gegenstandes ausgedehnt werden, so würden wir ein irriges Resultat erzielen und nicht erfahren, was wahrhaft die Meinung der Provinzial-Landstände ist, die auf ihre alten Rechte sich beziehen, und die diese Rechte verwahren wollen. Ich glaube, daß der Antrag des Abgeordneten der Provinz Westfalen in jeder Beziehung gerechtfertigt ist und zur Berathung dieser Kurie gehört. (Von einigen Seiten ertönt der Ruf zur Tages-Ordnung.)

Abgeordn. Hanseemann: Ich werde sehr kurz sein, meine Herren. Das Reglement sagt ganz und gar nichts davon, daß ein Antrag dieser Art an die vereinigten beiden Kurien gehen soll, im Gegentheil drückt es sich bestimmt darüber aus, daß das Gegentheil stattfinden müsse. Die Folgerung, daß deshalb, weil ein ähnlicher Gegenstand einmal von beiden Kurien vereinigt verhandelt worden sei, nun auch dieser Gegenstand, der hier vorliegt, an die nämlichen vereinigten Kurien gewiesen werden müsse, ist eine Induction aus Präcedenzen. Es handelt sich aber hier nicht um eine solche Induction, sondern um das Gesetz, und dieses ist klar. Ich glaube auch, daß, wie der geehrte Abgeordnete aus Preußen bereits bemerkt hat, wirklich ein Mißverständnis hier stattfindet, und ich hoffe, daß bei näherer Erwägung der Herr Landtags-Marschall die Gewogenheit haben wird, diesen Antrag seinen gesetzmäßigen Weg gehen zu lassen, d. h. mit anderen Worten, ihn einer Abtheilung zu überweisen. Welcher Widerspruch läge auch hier vor? Petitionen sind vorgekommen, worin man sich ebenfalls auf die Adresse-Berathung bezieht. Diese Petitionen sind einzig und allein den Abtheilungen der Kurie der drei Stände, nicht dem vereinigten Landtag überwiesen worden. Hier kommt nun ein Antrag vor, der analog mit diesen Petitionen ist, und wobei der einzige Unterschied darin besteht, daß nicht eine Petition, sondern eine Erklärung stattfinden soll. Dieser Antrag soll den vereinigten beiden Kurien zugewiesen werden. Ich vermag den Widerspruch, welcher hierin liegt, nicht zu lösen, und ich glaube, der Herr Landtags-Marschall wird unseren gemeinsamen Vorstellungen nachgeben und darauf Rücksicht nehmen, daß selbst auch diejenigen, welche den Antrag nicht unterschrieben haben, sich für die Legalität des Verfahrens, wie ich es wünsche, ausgesprochen haben.

Abgeordn. Sperling: Ich bitte die Versammlung, nur zu erwägen, daß sie gegenwärtig ein Urtheil über eine Eingabe fällen soll, die sie noch nicht kennt. Sie kann sie erst kennen lernen, wenn die Eingabe durch eine Abtheilung vorberathen worden ist. Es ist kein Grund vorhanden, hier eine Ausnahme von einer Regel zu machen, die schon in dem gewöhnlichen Leben stattfindet. Wenn Jemand einen Antrag stellt, so giebt es nur zwei Wege, entweder man geht darauf ein oder weist ihn zurück; ein Medium, daß man einem Dritten den Antrag übergiebt, damit er mit demselben machen könne, was er wolle, existirt nicht.

Abgeordn. Graf von Finkenstein: Es ist von einem geehrten Redner der vorliegende Antrag immer Bitte und Beschwerde genannt worden; der Antrag nennt sich aber selbst eine Erklärung, und zwar eine von 137 Mitgliedern unterschriebene Erklärung. Er tritt also dadurch ganz und gar aus der Reihe der Bitten und Beschwerden, von welchen das Gesetz handelt, heraus. Es ist außer dem gewöhnlichen Geschäftsgange, der uns durch das Gesetz vorgeschrieben ist, wonach wir erst durch die Verhandlung, durch die Debatte selbst unsere Ansicht festzustellen, nach Befinden zu modificiren und darnach unsere Stimme abzugeben haben. Hier haben aber von den Mitgliedern des versammelten Landtags bereits 137 in einem Votum ihre Ansicht abgegeben, ohne daß eine Debatte vorausgegangen ist. Das ist ein so ungewöhnlicher Gang, daß er nicht nach dem jetzigen Gesetze zu beurtheilen ist, und wenn wir dies annehmen, so dürfte allerdings den beiden vereinigten Kurien, also der Herren-Kurie mit, zustehen, diesen Gegenstand zu berathen. (Der Ruf auf Tagesordnung wiederholt sich.)

Abgeordn. Grunau (aus Elbing): Mit Bezug auf das, was der geehrte Redner von mir gesprochen hat, erlaube ich mir hinzuzufügen, daß es nicht auffallen darf, hier eine Eingabe von 137 Mitgliedern zu erblicken. Es ist dies Eingabe nicht als eine Petition zu betrachten, sondern sie ist schlechtweg nur eine Declaration. Die hohe Versammlung hat damals bei der Berathung des Adress-Entwurfs geradezu erklärt, daß sie alte Rechte zu reserviren habe. Es wurde aber von vielen beliebt, diese alten Rechte nicht speziell aufzuführen und zu nen-

nen, und wir haben auf die Dank-Adresse eine Antwort von Sr. Majestät dem Könige erhalten, die wenigstens Vielen von uns nicht befriedigend erschienen ist. (Gemurmel von verschiedenen Seiten.)

Wir sind diese Erklärung nicht sowohl uns, als unseren Kommittenten schuldig, und wir sprechen in dieser Eingabe, die von dem Mitgliede der Provinz Westfalen geschehen ist, nicht von einer Petition, aber auch von weiter nichts, als von einer Declaration. Jene Rechte, die wir nicht gewagt haben, oder von denen wir nicht für schädlich fanden, in der Dank-Adresse zu erwähnen, hielten wir uns verpflichtet, um einerseits unserem Gewissen Genüge zu thun, und um andererseits unserer Pflicht gegen unsere Kommittenten treu zu bleiben, in dieser Declaration näher zu spezialisiren und niederzuschreiben. Bedenken Sie, daß dieser Körper des vereinigten Landtags nie wiederkehrt. . .

(Viele Stimmen: Dho!)

Verstehen Sie mich recht, meine Herren. Wenn dieselbe Körperschaft nach sechs Monaten schon wiederkehren sollte, so ist es doch nicht mehr dieselbe Körperschaft; denn es sind dann einzelne Mitglieder aus ihr ausgeschieden und andere eingetreten. Und doch können wir allein nur wissen und bezeugen und bezeugen, in welchem Sinne wir die Verwahrung niedergelegt haben. Wer will es nach uns wagen, zu sagen, welche Rechte wir wahren wollten und welche nicht? Was wird eine Versammlung nach uns sagen, die in dem Protokolle steht, daß wir eine Dank-Adresse beschloffen haben, und welche aus dem Protokolle ersieht, daß der erste vereinigte Landtag auch gewisse Rechte verwahren wollte. Was sind das für Rechte gewesen? Wer will darüber Auskunft geben? Es kann nach 10 Jahren vielleicht nicht ein Drittel der jetzigen Mitglieder der Versammlung zu dem vereinigten Landtage gehören. Wer soll Kunde geben von dem, was wir haben verwahren wollten? Also, wir sind es uns, der Welt, dem Staate und der Nation schuldig, diese Declaration von uns zu geben, damit die Nachwelt weiß, was wir haben reserviren wollen. Ich glaube, daß das geschehen muß.

Abgeordn. von Sauken (Tarpuschen): Ich habe auch, durch Unwohlsein und andere Umstände verhindert, nicht den Vorberathungen, die zu diesem Entschlusse geführt haben, beizuwohnen Gelegenheit gehabt; ich habe auch in der Form Einiges gefunden, was mich abhielt, zu unterzeichnen; ich erkläre jedoch, daß ich mich dem Inhalte der Eingabe vollkommen anschließe. Aber ich erkenne das nicht darin, was Viele in ihr finden wollen. Ich glaube, das ist gerade der Weg, welchen der königliche Kommissar bezeichnet hat, indem er gesagt hat, jetzt wäre die Gelegenheit gegeben, die verschiedenen Ansichten auszugleichen, sie an einander zu halten und eine Vereinigung herbeizuführen. Nur diese Absicht kann man dem Antrage unterlegen, er geht nur dahin, daß diejenigen Punkte der alten Rechte, welche mit den neuen Gesetzen nicht in Uebereinstimmung stehen, mit diesen prüfend verglichen und beide in der hohen Versammlung gegen einander gehalten werden. Was soll also Zweck des Antrages sein? Prüfung dieses Verhältnisses und nachher vielleicht Vereinigung der Ansicht, wo Uebereinstimmung gefunden wird, oder auch nicht. Ich glaube, daß es selbst im Interesse der Krone liegen müsse, die Ansicht der hohen Versammlung über diesen Gegenstand genauer kennen zu lernen, als es in der Debatte über die Adresse möglich war. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, erlaube ich mir die Bitte an den Herrn Landtags-Marschall, der bei Gegenständen, worüber die Versammlung sich aussprechen und berathen wollte, stets die Gelegenheit gezeigt hat, ihr dieses Mittel nicht abzuschneiden, daß derselbe der Versammlung die Frage vorlegen möge, ob sie dafür sei, diese Sache für sich zu berathen. Was für ein Resultat daraus hervorgehen dürfte, ob eine so große Abweichung des jetzigen vom Früheren gefunden werde, daß es noch Gegenstand der vereinigten Kurien werden muß, das bleibt der Zukunft überlassen. Nach dem Bisherigen glaube ich, daß es den Wünschen der Versammlung entsprechen würde, wenn der Antrag einer Abtheilung unserer Kurie überwiesen werden wollte.

Landtags-Kommissar: Ich habe in die Debatte, welche vorliegt, mich in keiner Weise mischen wollen; indem ich aber eben von einem hochverehrten Redner gehört habe, wie er glaubt, daß der jetzt beantragte Weg derjenige sei, welchen ich vorgeschlagen oder doch angerathen hätte, so glaube ich, mich hiergegen verwahren zu müssen. Ich weiß in keinerlei Weise irgend eine Andeutung dahin gegeben zu haben, daß die hohe Versammlung ihre Ansichten durch Erklärung und Verwahrung zu Protokoll ausdrücken möge. Im Gegentheil kenne ich nur einen Weg, der vorgezeichnet ist, und diesen einen Weg hat Se. Majestät der König selbst vorgezeichnet, indem Allerhöchstdieselben in der Botchaft auf die Adresse sagen: „Darum haben Wir unseren getreuen Ständen Selbst den Weg eröffnet, die darauf bezüglichen Anträge Uns vorzulegen, und Wir werden solche, wenn sie an Uns gelangen, genau prüfen und gern insoweit gewähren, als Wir dies mit den unveräußerlichen Rechten der Krone und der Wohlfahrt des Landes für vereinbar halten.“

Das ist der Weg, welchen Se. Majestät der Kö-

nig bezeichnet haben, auf welchem alle Wünsche in Beziehung auf die ältere Gesetzgebung und ihr Verhältniß zur neuen Gesetzgebung von der hohen Versammlung ausgedrückt und Sr. Majestät dem Könige zur Allerhöchsten Entscheidung vorgelegt werden können. Von einer Verwahrung zu Protokoll ist darum nicht die Rede, und ich wiederhole nochmals: so weit mein Gedächtniß reicht, habe ich niemals auf diesen Weg hingewiesen.

Abgeord. Freiherr von Manteuffel II. Es ist seit vielen Wochen von dieser Stelle aus fortwährend gesprochen worden von dem Rechtsboden und von dem gesetzmäßigen Wege, den wir betreten wollen, wie kein Zweifel darüber besteht, so muß dies aber auch konsequent durchgeführt werden, es muß nicht das eine Mal eine exceptionelle Maßregel beliebt und das andere Mal wieder auf den Rechtsboden hingewiesen werden. Das Gesetz kennt nur zwei Gegenstände für die hiesige Berathung, es erkennt nur an, die Gutachten über Allerhöchste Botschaften und die Gutachten auf Petitionen oder Beschwerden; wir haben aber von mehreren Herren, die bei dieser Schrift selbst theilhaftig sind, gehört, sie enthalte eine Erklärung. Wenn dies der Fall ist, wohl- an, dann fordere ich Sie auf, bleiben sie auch auf dem gesetzmäßigen Wege, und der ist, meiner Ansicht nach, der, daß diese Schrift denjenigen, die sie eingereicht haben, zurückgegeben wird;

(Mehrere Stimmen: Ja! Andere Stimmen: Nein!)

denn sie ist keine Proposition, sie ist auch keine Petition. Wir haben bei der Adressberathung zuerst ein exceptionelles Verfahren eingeführt, und es ist meiner Ansicht nach das Allerhöchste, was man den Unterzeichnern der Schrift gewähren kann, daß man ihnen noch einmal diesen exceptionellen Weg eröffnet. (Gemurr.) Ich glaube, daß sich die Unterzeichner dann nicht beschweren können, sondern dem Herrn Landtags-Marschall zu Dank verpflichtet sein müssen, wenn er ihnen gestattet, diesen exceptionellen Weg noch einmal einzuschlagen; aber in dieser Versammlung hier die Deklarationen zu berathen, ist ein Verlassen des gesetzmäßigen Weges, und wer einmal auf dem gesetzmäßigen Wege bleiben will, der bleibe auch immer darauf.

(Schwaches Bravo!)

Abgeord. von Auerswald (vom Plaz): Ich muß mich dagegen verwahren, daß eine Sache, die durch keine Abtheilung gegangen ist, hier Gegenstand einer Debatte werde; ich halte das für einen ungesetzlichen Weg. Es handelt sich darum, ob der Herr Marschall über die Sache entscheiden kann, ohne die Abtheilung gehört zu haben, oder erst nachher.

Marschall: Das ist ganz richtig. Wenn ich die Meinung eines Jeden hier gern vernehme, so geschieht dies darum, um mich aufzuklären, ob ich auch in meinem Rechte bin. Ich habe die Ueberzeugung, in meinem Rechte zu sein, wenn ich hier in dieser Sache entscheide, und ich werde darüber entscheiden, aber ich will gern einen Jeden vorher hören.

Abgeordn. Graf Zech: Es ist vorhin schon von einem Redner auf dieser Seite ausgesprochen worden, daß, weil die vereinigten Kurien in der Adresse eine allgemeine Rechtsverwahrung niedergelegt haben, diese Kurie nunmehr sich selbst schuldig sei, eine spezielle Verwahrung zu Protokoll zu geben. Ich kann diese Ansicht nicht theilen; ich glaube, daß dem vereinigten Landtage ein anderer Weg vorgezeichnet ist, um alle Zweifel und Bedenken zur Sprache zu bringen und zu erledigen, die in Bezug auf die fehlende Uebereinstimmung der Gesetzgebung vom 3. Februar mit den älteren Gesetzen erhoben werden könnten. Der vereinigte Landtag hat eine Adresse an Se. Majestät den König erlassen und offen ausgesprochen, daß viele Mitglieder desselben das Patent vom 3. Februar nicht im Einklang finden mit den älteren Gesetzen; der vereinigte Landtag hat gesagt, er wolle diese Zweifel prüfen und, wenn er sie begründet findet, Sr. Majestät vortragen.

(Mehrere Stimmen: Ja!)

und vertrauensvoll von Sr. Majestät dem Könige die Herstellung des fehlenden Einklanges erwarten. Meine Herren, in der Adresse also, scheint mir, hat der vereinigte Landtag selbst den Weg der Petitionen als denjenigen bezeichnet, den er betreten wird, um alle Zweifel und Bedenken zur Sprache zu bringen und zu erledigen. Auf diese Adresse ist an den vereinigten Landtag eine königliche Botschaft ergangen, die auf die große Mehrzahl unserer Versammlungen wohl einen anderen Eindruck gemacht hat, als er vorhin geschildert wurde;

(Mehrere Stimmen: Ja!)

ich glaube, diese Botschaft hat uns Allen den erhebenden Beweis gegeben, daß Se. Majestät der König den ernstlichen Willen haben, Hand in Hand mit den Ständen das Werk unserer ständischen Gesetzgebung einer gedeihlichen Fortentwicklung entgegenzuführen. In dieser Botschaft sagt Se. Majestät der König:

„Auf diesem verfassungsmäßigen Wege können zugleich alle Zweifel ihre Erledigung finden, die etwa über den wahren Sinn dieser Gesetzgebung obwalten möchten.“

Also derselbe Weg wird auch von Sr. Majestät dem Könige schon als der verfassungsmäßige Weg bezeichnet.

Ganz diesem Wege entsprechend, sind bereits viele Petitionen eingegangen, welche das Patent vom 3. Februar betreffen; in diesen Petitionen werden alle die Zweifel und Bedenken, die sich an das Patent vom 3. Februar anknüpfen lassen, zur Sprache gebracht, und der Herr Marschall hat diese Petitionen auch der betreffenden Abtheilung zugewiesen; der vorliegende Antrag aber, meine Herren, soll nicht zu einem Antrage an Se. Majestät den König erhoben werden, er ist vielmehr eine Deklaration, welche der Landtag nachträglich, als einen Anhang zur Adresse, im Protokolle niederlegen soll. Ich bin auch der Ansicht des Herrn Marschalls, daß diese Deklaration sich anknüpft an die Verhandlungen über die Adresse.

Abgeordn. von Sacken (Tarputschen): Darf ich mir vom Plaz aus einige Worte erlauben? — Ich bin nicht der Meinung gewesen, dem Herrn Kommissarius die Ansicht unterzulegen, daß er die Verwahrung als das geeignete Mittel erkennt, sondern daß er selbst ausgesprochen habe, daß er den Weg der Bitten und Beschwerden als denjenigen erkennt, wo jedes Mißverständniß ausgeglichen werden könne. Das, glaube ich, hat der königl. Kommissarius in früheren Versammlungen gesagt, und ich erkenne es auch noch heute als den Weg an, den wir betreten können, und daß es zum Nutzen der Versammlung nicht nur, sondern auch der Krone gereichen kann, wenn sie Alles erfährt, was für einzelne Mitglieder oder für die Majorität ein Grund der Beschwerde sei.

Abgeordn. Freiherr von Vincke: Ich habe es zunächst für meine Pflicht gehalten, das geehrte Mitglied aus der Niederlausitz, welches sich so gern auf dem Rechtsboden befindet, daran zu erinnern, daß außer den beiden von ihm angeführten Gegenständen, den Propositionen und Petitionen, uns auch noch das Zustimmungsgesetz zu Anleihen und Steuern zusteht. Da es sich hier um Vollständigkeit handelt, so dürfen auch in bloßen Relationen der Versammlung keine gesetzlichen Rechte entzogen werden. Um Uebrigens bin ich überzeugt, daß in keiner Stelle des Gesetzes gesagt ist, daß uns außer jenen drei Handlungen keine andere Thätigkeit auszuüben gestattet sei. Daß dies nicht die Absicht Sr. Majestät des Königs hat sein können, das beweisen die Verhandlungen über die Adresse, die mit Zulassung des königlichen Kommissarius hier stattgefunden haben, und wenn das ein exceptioneller Weg genannt wird, so habe ich nichts dagegen zu erkennen; aber so gut wie dieser Weg stattgefunden hat, bleibt uns auch die Möglichkeit unbenommen, daß noch ein anderer Weg stattfinden kann. Uebrigens habe ich noch mit zwei Worten auf das, was von dem Herrn Kommissarius gesagt wurde, zu antworten. Es ist gesagt worden, daß die Antwort Sr. Majestät des Königs auf die Adresse den Weg weise, den wir einschlagen sollten. Daß dies die Ansicht der Krone gewesen sei, darüber kann nach den Worten der Allerhöchsten Eröffnung kein Zweifel obwalten; wir sind dadurch auf den Weg der Petitionen hingewiesen worden, ich aber und diejenigen, mit denen ich das Glück habe, in einerlei Meinung mich zu vereinigen, wir sind der Ansicht gewesen, daß man um Rechte, die man zu besitzen glaubt, und die durch einen Beschluß der Krone allein nicht verloren geben können, nicht bitten kann, sondern nur erklären, daß man diese Rechte noch besitzt. Das ist die Absicht dieser Erklärung gewesen. Ob es die geeignete Form ist, diese Erklärung zu Protokoll niederzulegen, ob sie dem Landtags-Kommissarius mitgetheilt werden muß und welcher Weg überhaupt einzuschlagen sei, kann nicht eher Gegenstand der Diskussion sein, als bis die Erklärung ihrem ausschließlichen Inhalte nach der Versammlung bekannt ist, und es ist eine wunderliche Petition principii, wenn man über eine Schrift diskutieren will, die man nicht gelesen hat, wenn einzelne verehrte Mitglieder über die Ungefestigkeit des Antrages philosophiren wollen, ohne ihn zu kennen.

(Gelächter.)

Zunächst handelt es sich darum, daß der Antrag an eine Abtheilung verwiesen und ein Bericht darüber erstattet wird, damit man den Bericht lesen, sich auf die Berathung desselben vorbereiten und dann erst seine Meinungen hier vortragen könne. Das ist der Weg, um den ich habe bitten wollen. Ich muß mich immer wieder auf § 14 des Gesetzes beziehen, wonach nur die darin speziell vorgesehenen Fragen zur Verhandlung der vereinigten Kurien gehören, und so leid es mir thut, mich in einer Meinungsverschiedenheit mit dem Herrn Landtags-Marschall zu befinden, so sehr ich die Unparteilichkeit anerkennen habe, womit vorzugsweise der Marschall unserer Kurie der drei Stände unsere Verhandlungen leitet, so muß ich doch das Bedauern wiederholen, daß ich dem Herrn Marschall eine Befugniß nicht zugestehen kann, den Weg einzuschlagen, den das Gesetz ipsissimis verbis ausgeschlossen hat.

(Bravo! von mehreren Seiten.)

Abgeordn. Milde: Ich kann mich im Allgemeinen dem nur anschließen, was von dem geehrten Redner vor mir ausgesprochen worden ist. Es handelt sich nämlich in der Deklaration, welche wir zu Protokoll zu geben beabsichtigen, keinesweges um etwas, das mit einer Petition irgendwie in Zusammenhang zu bringen wäre,

es handelt sich vielmehr darum, ganz positiv auszusprechen, was wir für unsere Rechte halten und inwiefern Viele von uns eine Uebereinstimmung des Patents vom 3. Februar mit den früheren Gesetzen vermessen. Der Mangel an Präzision, womit dies in der Adresse ausgesprochen ist, hat diese Erklärung hervorgerufen, und es ist sehr wichtig, daß bei dem angedeuteten Wege, welchen wir in Bezug auf Petitionen zu beschreiten haben, diejenigen, welche bei Petitionen mitkonfurren wollen, sich von vornherein den Rechtsboden bewahrt haben, auf dem sie stehen müssen, um auf eine unbefangene Weise darauf eingehen zu können. Das geehrte Mitglied der Kurie hat auf den eigentlichen Standpunkt der Debatte hingewiesen, und es ist zu bedauern, daß man so wenig Rücksicht auf das genommen hat, was er gesagt hat, obgleich er nicht Mitunterzeichner dieser Deklaration ist, er hat sehr positiv ausgesprochen, daß durch diese Deklaration für diejenigen, welche berufen sein sollen, sich im Wege der Petitionen an die Krone zu wenden, der Rechtsboden erst gefunden werden müsse, der einerseits ihr Gewissen bewahren und andererseits die Unbefangtheit der Diskussionen erhalten soll.

Abgeordn. von Beckerath: Ich werde sehr kurz sein. Meine Herren! Ich habe nur auf zwei gesetzliche Bestimmungen hinzuweisen, welche die Form einer Erklärung oder eines Beschlusses betreffen. Die erste ist enthalten im § 2 des Reglements über den Geschäftsgang, wo es heißt:

„Unser Kommissarius ist die Mittelsperson für alle Verhandlungen mit dem vereinigten Landtage. Er übergibt demselben unsere Propositionen und alle sonst von der Regierung ausgehende Mittheilungen und empfängt dessen Erklärungen, Gutachten und Eingaben aller Art.“

Also handelt es sich hier nicht bloß um Bitten und Beschwerden, sondern um Erklärungen und Eingaben aller Art. Ferner sagt § 16 der Verordnung über die Bildung des vereinigten Landtages: „Die Beschlüsse werden in der Regel durch Stimmenmehrheit gefaßt. Bitten und Beschwerden dürfen nur dann zu unserer Kenntniß gebracht werden, wenn u. s. w.“ Also im Gegensatz zu Bitten und Beschwerden ist hier von Beschlüssen die Rede, und wenn der Herr Landtags-Kommissarius dagegen sich verwahren, daß sie sich gehnigend geäußert darüber, daß die Versammlung eine Erklärung zu Protokoll gebe, so ist das allerdings von dem richtigen Standpunkte aus geschehen, denn es hieß die Existenz einer ständischen Versammlung in Frage stellen, wenn man ihr erst noch die Genehmigung dazu ertheilen wollte, daß sie etwas zu Protokoll gebe, daß sie sich gleichsam ihrer selbst bewußt werde. Ich halte die Frage, ob die Verhandlung über den Antrag in unserer Kurie allein stattfinden könne, für vollständig erörtert, und da nach wiederholter Hinweisung auf die verfassungsmäßigen Bestimmungen gewiß formell der Erklärung zu Protokoll nichts im Wege steht, so spreche ich das Vertrauen in den Herrn Landtags-Marschall aus, daß durch dieselbe Unparteilichkeit und Gesetzmäßigkeit, die vorhin anerkannt wurde und die ich neuerdings freudig anerkenne, er sich bewegen finden wird, den vielfachen Anträgen Folge zu geben und den Gegenstand an eine Abtheilung zu verweisen.

Abgeordn. Naumann: Ich habe nur wenige Worte zu sagen und bitte daher, vom Plaz aus sprechen zu dürfen. Ich schließe mich der Ansicht des Abgeordneten aus Westfalen ganz an. Es handelt sich hier nicht darum, was beantragt worden ist, sondern es muß, glaube ich, lediglich dabei stehen geblieben werden, daß etwas beantragt worden ist. Da fragt es sich nun, wo muß der Antrag berathen werden? Die vereinigten Kurien haben nur zu berathen bei Staatsanleihen und Steuern; das sind die beiden einzigen Gegenstände. Diese Gegenstände werden im Wege der Propositionen eingebracht; ein Amendement dazu würde vor beide Kurien gehören; alle übrigen Anträge müssen gesondert verhandelt werden. Daher darf auf das Materielle des Antrags jetzt nicht weiter eingegangen werden, sondern es handelt sich bloß um die Frage: ob der Antrag an eine Kommission dieser Kurie zu verweisen sei, und diese Frage muß ich bejahen.

Abgeordn. Steinbeck: Ein großer Theil der hohen Versammlung hat erst heute vernommen, daß ein Schriftstück vorhanden sei, welches 129 oder 139 Mitglieder dieser hohen Versammlung vollzogen haben, ein Schriftstück, welches nach Allem, was wir in der Diskussion fragmentarisch vernommen haben, von Bedeutung, von Wichtigkeit ist. Was ist dies für ein Schriftstück? wir haben es nennen hören eine Petition, wie wir haben es nennen hören eine Deklaration, wie wir haben es so verschieden bezeichnen hören, daß es uns, denen es bis zu dieser Stunde unbekannt ist, vollkommen räthselhaft bleibt, was eigentlich der Charakter dieses Schriftstücks in formeller wie in materieller Beziehung ist. Ist dieses Schriftstück eine Petition? Darauf antworten Viele: Nein, es ist eine einfache Erklärung unserer Ansicht, unserer Meinung, unserer Ueber-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit drei Beilagen.

Sonntag den 9. Mai 1847.

(Fortsetzung.)

zeugung, es ist etwas rein Supplementarisches. Nun wohl, wenn das ist, wenn es keine Petition ist, auf welchen Paragraphen unserer organischen Gesetze gründet sich dann der Anspruch auf eine Berathung? Es hat der sehr geehrte Redner aus der Rheinprovinz, welcher vorhin sprach, richtig, nach meiner individuellen Ansicht, angeführt, daß ein jeder Antrag von der Versammlung anzunehmen sei; zwischen Annehmen und Berathen ist aber ein großer Unterschied. Ein höchst verehrter anderer Redner machte bereits auf diesen Unterschied aufmerksam, er hob hervor, daß es nur zwei Formen gäbe, in denen ein Gegenstand Berathungsgegenstand werden könne, die Form der königlichen Allerhöchsten Propositionen, die Form der Petitionen. Ist die Declaration oder das Schriftstück, von der wir hören, eine Petition, so möge es deutlich und bestimmt, als solche bezeichnet werden; so lange ihm aber eine solche Bezeichnung verweigert, so lange ihm geradezu dieser Charakter abgesprochen wird, so lange wird es mir nicht gelingen, den Paragraph zu finden, der eine Berathung darüber rechtfertigt. Wird eine solche Berathung dennoch beschlossen, so ist es eine reine Exception, eine Exception, die nur eintreten kann, wenn der Kommissarius Sr. Majestät seine Einwilligung dazu giebt, wenn also Sr. Majestät der König selbst nachlassen will, daß eine solche Ausnahme von dem gegebenen Gesetze eintrete, dann aber ist es auch lediglich der höchste Wille Sr. Majestät des Königs, der über die Form einer solchen Exception bestimmt, und so lange dies nicht ausgesprochen ist, muß, so scheint mir, diese Erklärung, sie sei welches Inhaltes sie wolle, allerdings zu den Akten genommen, ihre Berathung aber abgelehnt werden.

(Einzeln Stimmen: Bravo!)

Abgeordn. Camphausen: Ich habe dem verehrten Redner zu erwidern, daß die Frage, ob über diese Angelegenheit berathen werden solle, erst von der Abtheilung theilweise zu entscheiden sein wird, an die gehen wird, den Antrag zu verwerfen. Daß das letztere geschehen müsse, scheint nicht zweifelhaft zu sein, nicht nur aus gesetzlichen, sondern auch aus logischen Gründen. Die vereinigten Kurien haben eine ehrfurchtsvolle Adresse an Sr. Majestät den König erlassen, worin Andeutungen enthalten sind, daß ihr fernere Anträge folgen könnten; es ist darauf von Sr. Majestät dem Könige erwidert worden, der vereinigte Landtag möge diesen Weg einschlagen und auf dem gesetzmäßigen Wege seine Bedenken zur Kenntniß Sr. Majestät bringen, auf demselben Wege, wie jede Kurie über die betreffenden Petitionen berathe und beschließe. Indem diese Kurie, vielleicht auch die andere Kurie, im Begriff ist, auf diesen Weg einzugehen, dazu veranlaßt durch die Petitionen, welche ihr vorliegen, fühlen viele Mitglieder dieser und vielleicht auch der anderen Versammlung, das Bedürfniß, den rechtlichen Standpunkt festzustellen, von welchem aus sie diesen Weg betreten, und es leuchtet daraus ein, daß darüber jede Versammlung besonders sich zu erklären hat. Es ist möglich, daß darüber in dieser Versammlung eine ganz andere Ansicht besteht, als in der anderen. Es scheint daraus hervorzugehen, daß die Ueberweisung des Antrages an eine Abtheilung zur Berathung oder, wie ein Redner vorhin meinte, Nichtberathung erfolgen müsse. Die Frage, ob, wird dann nicht mehr zur Erörterung kommen, es handelt sich dann nur um das wie, und es wird auch kein Zweifel darüber bestehen können, wohin dieser Antrag zu verweisen sei.

Marshall: Die Rechte, welche das Gesetz dem vereinigten Landtage verliehen hat, sind in demselben positiv ausgedrückt; zu diesen Rechten finde ich aber nirgends gezählt, Erklärungen der wichtigsten Art beschließen und in das Protokoll niederlegen zu können. Ich sage, der wichtigsten Art, denn eine solche Erklärung, wenn diese Kurie dieser Erklärung beitreten könnte, wäre eine der allerwichtigsten Art. Es handelt sich aber hier, ich muß es wiederholen, nur um die Form. Es mag sehr möglich sein, von meiner Seite einem großen Theile dieses Landtages, den achtbarsten Männern, den talentvollsten Rednern entgegenzutreten; aber viel mislicher wäre es, wenn ich meiner Pflicht, meiner Ueberzeugung entgegenzutreten wollte, wenn ich, um Beifall zu ernten, mir Lobspprüche zu erwerben, die mir vielleicht unverbient vorhin gezollt worden sind, mich bestimmen ließe, etwas zu thun, was meiner Ueberzeugung entgegen ist. Was hülfte es mir, wenn ich die ganze Welt gewönne und nehme Schaden an meiner Seele? Ich könnte nun die hohe Versammlung fragen, ob sie mir das Recht zugestehen wolle, in meiner Machtvollkommenheit den Antrag der anderen Kurie zuzurufen oder den Herrn Antragsteller zu bitten, ihn zurückzunehmen. Mir dies zuzugestehen, würde die Versammlung zu präjudizell finden; es bleibt mir also nichts Anderes übrig, als mir

das Recht selbst zu nehmen, und wenn mir das nicht zugestanden werden sollte, auf Sr. Majestät den König zu provozieren. Nach dem, was ich gesagt habe, kann ich nicht anders umhin, als denjenigen Herrn Bittsteller, der an der Spitze der Unterzeichner steht, zu fragen, ob er der Meinung ist, daß ich das Schriftstück dem Herrn Marschall der Herren-Kurie zufenden solle, oder aber, wenn nicht, es zurückzunehmen. Unter diesen beiden Alternativen kann ich, nach meiner Ueberzeugung, nur die Wahl stellen.

Abgeordn. Freiherr von Vincke: Ich habe ausgesprochen, daß ich im § 29 der Geschäftsordnung für den Marschall nur das Recht begründet finden kann, über Zweifel der §§ 4 bis 28 der Geschäftsordnung zu entscheiden. Das Recht, über die Auslegung der Berufsordnung vom 3. Februar d. J. zu entscheiden, ist aber dem Marschall nirgendwo eingeräumt worden. Zudem ist der § 14 dieser Verordnung so klar, daß eine verschiedene Auslegung ganz unmöglich ist. Ich befinde mich zwar als Einzelnem außer Stande, irgend einer Thätigkeit des Herrn Marschalls hindernd in den Weg zu treten. Ich kann daher nur meine Ueberzeugung aussprechen, daß ich den Herrn Landtags-Marschall nicht in seinem Rechte zu erkennen vermag, und ich muß darauf bestehen, daß diese meine Protestation zu Protokoll genommen werde. Wenn aber gefragt wird, welche Alternative mir die angenehmste sein würde, entweder die Eingabe ganz zurückzunehmen oder dieselbe dem Herrn Landtags-Marschall der Herren-Kurie überweisen zu sehen, so wird es wohl keiner weiteren Ausführung bedürfen, daß ich dem Letzteren den Vorzug gebe.

Marshall: Ich werde demnach die Eingabe an mich behalten, bis mir die Aeußerung darüber zugegangen ist.

Abgeordn. Freiherr von Vincke: Ich habe meine Meinung darüber bereits abgegeben; ich befinde mich aber ohne Vollmacht der übrigen Antragsteller und kann daher Namens derselben hier keine Erklärung abgeben.

(Es erheben sich eine Menge Abgeordnete und schließen sich dem an.)

Abgeordn. Milde: Ich glaube, es wird Niemand der Abgabe an den Marschall der Herren-Kurie entgegen sein.

Marshall: Meine Herren! Ich kann Ihnen nur meinen Dank dafür aussprechen, daß Sie mir dies gestatten wollen.

Marshall: Wir setzen unsere Berathung über das Bescholtenheits-Gesetz fort. Ich bitte den Herrn Referenten, sich hierher zu bemühen.

Referent Graf Stosch: Die Berathung über diesen Entwurf ist in der letzten Sitzung bis zu Passus 3 des § I. gelangt. Dieser Passus lautet: „Als bescholten sind diejenigen Personen zu erachten, welche im gesetzlichen Wege vom Bürger- oder Gemeindericht ausgeschlossen sind.“ Hiernach sollen diejenigen, welchen das Bürger- oder Gemeindericht entzogen ist, als bescholten zu ständischen Versammlungen nicht zugelassen werden. Unter welchen Formen, unter welchen Verhältnissen dieses aber eintritt, das besagen die Städte-Ordnungen vom Jahr 1808 und 1839, die Landgemeinde-Ordnung für Westfalen vom Jahre 1841, die Gemeinde-Ordnung der Rhein-Provinz vom Jahre 1845.

(Bei der Abstimmung ergeben sich 203 Stimmen dagegen und 302 dafür.)

Referent Abgeordn. Graf von Stosch: Der Passus 4 des § I lautet: (liest vor), „oder welchen ihre Ständesgenossen das Anerkennung unversehrter Ehrenhaftigkeit versagen.“ Dies bezieht sich auf die Personen, welchen ihre Ständesgenossen das Anerkennung der Unbescholtenheit verweigern. Im Leben treten Fälle ein, wo Jemand von den Gesetzen, von den Richtern nicht erreicht werden kann, und trotzdem müssen wir sagen, wir können mit diesem Manne nicht zusammenleben. Für derartige Fälle nun, die hohe Versammlung wird mir Spezialitäten erlassen, ich sage für derartige Fälle bestimmt dieser Passus, daß die Ständesgenossen ein Ehrengericht bilden sollen, und nach der Ansicht, die hierüber in der Abtheilung vorherrscht hat, ist dies der einzige Weg, die beabsichtigte Reinhaltung der ständischen Versammlungen in ihrem vollen Umfange, erreichen zu können, und demzufolge scheint es unzweifelhaft, daß, wie schon § 3 thut, den Ständesgenossen die Befugniß zuerkannt werde, diejenigen, denen sie das Anerkennung der Unbescholtenheit versagen, aus ihrer Mitte auszuschließen.

Marshall: Zu diesem Passus hat der Abgeordnete Hansemann ein Amendement eingebracht, und ich bitte, es zu entwickeln.

(Von verschiedenen Seiten Ruf zur Abstimmung.)

Marshall: Das Amendement müssen wir doch anhören.

Abgeordn. Hansemann (vom Platz): Das Amendement, das ich gestellt habe, geht weiter als das Ge-

setz, und da es nicht gedruckt worden ist, so muß ich darauf verzichten, es in seiner Ganzheit vorzutragen. Es geht dahin, ob in allen Fällen die Ständesgenossen, d. h. die Wähler, oder in einzelnen Fällen eine gesamtständische Versammlung zu entscheiden hat, und deshalb möchte ich den Antrag machen, daß man diesen Art. 4 einstweilen aufschiede.

Marshall: Der Antrag geht dahin, die Beschlußnahme über Art. 4 auszusetzen. Die Gründe dafür wollen mir nicht recht einleuchten, wenigstens wäre es nöthig, dieselben näher zu entwickeln. Der Herr Abgeordnete Hansemann hat nämlich eine Schrift eingebracht, welche die Amendements enthält, die er gestellt hat. Diese Amendements bestehen darin, daß vom Art. 3 an Alles gestrichen werden soll und dagegen neue Gesetzes-Bestimmungen, auf neuen Grundrissen beruhend, angenommen werden sollen. Ehe wir zu diesen neuen Bestimmungen kommen, muß das Allerhöchst proponirte Gesetz durchgegangen werden, und sollte das Gesetz verworfen werden, so würde sich dann erst fragen können, ob an die Stelle desselben das Amendement treten soll. Wollte der geehrte Abgeordnete vielleicht im Allgemeinen entwickeln, von welchen Ansichten er bei seinen Vorschlägen ausgegangen ist? Es würde dies vielleicht zur leichteren Uebersicht wesentlich beitragen.

Abgeordn. Hansemann: Das Amendement, das ich vorgeschlagen habe, und welches, wie der Marschall bemerkt hat, durchgreifend ist, geht darauf hin, daß den Ständesgenossen, den Wählern, allerdings das Recht der Versagung in gewissen Fällen zustehen soll, daß aber auch den gesamtständischen Versammlungen, welche aus verschiedenen Ständen zusammengesetzt sind, wie wir sie hier sehen oder in den Provinzial-Landtagen oder in den Kreisständen sehen, auch das Recht zustehen möge, eine solche Versagung auszusprechen. Weil diese Frage später zur Erörterung kommen wird, so erlaube ich mir den Vorschlag, daß man den Passus 4 einstweilen aufschieben möge, weil sich vielleicht ergeben würde, daß man bei diesem Passus zu dem Ausdruck „Ständesgenossen“ noch „Mitglieder der Landtage“ hinzusetzen möge. Dies ist die kleine Aenderung. Es wird dadurch durchaus nichts präjudizirt.

Marshall: Es will mir scheinen, daß nichts dadurch präjudizirt würde, wenn wir jetzt den Beschluß über Art. 4 fassen. Wenn sich dann später zeigen sollte, daß wir Zusätze machen müssen, so würde dieser von der Berathung nicht ausgeschlossen bleiben.

Abgeordn. Hansemann: Dann habe ich nichts dagegen einzuwenden.

Sekretär von Bockum-Dolffs verliest die Frage: Soll der Art. 4 des § I beibehalten werden?

Marshall: Diejenigen, welche für die Beibehaltung sind, bitte ich aufzustehen.

(Der Artikel wird mit bedeutender Majorität angenommen.)

Referent Graf von Stosch: Der § 2 des Gesetzes Entwurfs lautet (liest vor): „In den unter I. 1 bis 3 gedachten Fällen tritt die Unfähigkeit zur Ausübung ständischer Rechte, insbesondere zur Theilnahme an ständischen Versammlungen, ohne weiteres Verfahren ein und wird von dem Vorsitzenden der Versammlung nur angezeigt.“ — Aus dieser Bestimmung erhellt, daß in den von 1 bis 3 beregten Fällen die Unfähigkeit, an ständischen Berathungen Theil zu nehmen, sofort eintreten muß, sobald der Vorsitzende Kenntniß davon erlangt hat, daß das Erkenntniß der Unehrenhaftigkeit rechtskräftig geworden ist, event. daß das ehrengerichtliche Erkenntniß nach § 50 des Gesetzes vom 20. Juli 1843 die Allerhöchste Bestätigung erhalten hat, event. daß die Ausschließung von bürgerlichen und Gemeinde-Rechten formell gültig ausgesprochen ist. Im Wege der Instruction wird dafür Sorge zu tragen sein, daß der Vorsitzende der Versammlung (also bei Kreisständen der Landrath, event. der erste Kreis-Deputirte, bei Kommunal-Landtagen der von den Ständen gewählte und von Sr. Majestät bestätigte Vorsitzende, beim Provinzial-Landtage der Allerhöchst ernannte Landtags-Marschall) rechtzeitig von diesem Erkenntniß, event. von diesem Beschluß Kenntniß erhalte.

Sekretär von Bockum-Dolffs (verliest die Frage).

Soll der Artikel II. des Gesetzes Entwurfs mit Berücksichtigung der bisherigen Abstimmung beibehalten werden.

Marshall: Diejenigen, welche für die Beibehaltung sind, bitte ich, aufzustehen.

(Der § II. wird durch Majorität angenommen.)

Referent Graf von Stosch: Der § III. schreibt das Verfahren vor, welches einzuschlagen ist, wenn das Urtheil über die Bescholtenheit auf subjektiver Ueberzeugung beruhen sollte. Die Abtheilung hat hierbei eine Bemerkung über die Fassung gemacht, nämlich, daß dieser Paragraph übersichtlicher sein würde, wenn meh-

zere Unterabtheilungen eintreten möchten. Derselbe zerfällt nämlich in fünf verschiedene Theile. Passus 1 und 2 enthält die Berechtigung und die Verpflichtung zur Anklage; Passus 3 und 4 die Einleitung der Klage; Passus 5 entscheidet, ob das Verfahren einzuleiten ist; Passus 6, 7 und 8 bezeichnen den Gang der ersten Instanz, und Passus 9, 10 und 11 den der zweiten Instanz. Das ist bloß eine Fassungsbemerkung, und ich wünsche, daß die Versammlung derselben sich anschließen möchte.

Marschall: Von diesem Paragraphen fangen nun die Amendements des Herrn Abgeordneten Hansemann an, sie würden jedoch für die jetzige Berathung schwerlich zu berücksichtigen sein und erst dann in Betracht kommen, wenn das ganze Gesetz durchgegangen ist und nicht den Bifall der Versammlung gefunden hat. Würde der Antragsteller damit einverstanden sein?

Abgeordn. Hansemann: Ich würde mir erlauben, bei jedem Theile des Gesetzes dasjenige Amendement vorzutragen, welches ich für zweckmäßig halte, z. B. zu diesem Passus die drei ersten Sätze.

Marschall: Dann bitte ich, das Amendement zu diesem Paragraphen jetzt zu entwickeln.

Abgeordn. Hansemann: Der Anfang dieses Artikels setzt fest, in welchen Formen die Anklage gegen ein Mitglied aus Mangel an Ehrenhaftigkeit stattfinden soll; nämlich dem Vorsitzenden jeder Versammlung wird die Pflicht auferlegt, Alles das, was gegen die Ehrenhaftigkeit eines Mitgliedes spricht, zur Kenntniß der Versammlung zu bringen, und jedes einzelne Mitglied soll das Recht haben, ein Gleiches zu thun, um darauf nun den Antrag auf Verfassung des Anerkennungsses der Ehrenhaftigkeit zu gründen. Diese Bestimmung halte ich nicht für zweckmäßig. Erstlich deshalb nicht, weil es mir nicht die Aufgabe des Vorsitzenden einer Ständes-Versammlung zu sein scheint, auf alle die Thatsachen zu achten, die nach seinem Dafürhalten ein Mitglied unehrenhaft machen können; es ist eine Function, die, wie ich glaube, sehr ungern von manchem Vorsitzenden übernommen werden wird, und trotzdem, daß es hier heißt: er sei verpflichtet dazu, glaube ich, daß mancher Vorsitzende diese Bestimmung schwerlich erfüllen werde. Sodann glaube ich, daß die jedem einzelnen Mitgliede gegebene Befugniß, die Anklage zu stellen, auch nicht die gehörige Garantie gewährt. Meine Meinung ist, daß es am besten sei, daß ein großer Theil der Versammlung schriftlich einen solchen Antrag zu stellen habe; ich würde deshalb vorschlagen, daß dem vierten Theile der Gesamtzahl der Mitglieder einer jeden ständischen Versammlung die Befugniß zustehe, einen solchen Antrag auf Verfassung des Anerkennungsses der Ehrenhaftigkeit zu stellen. Das ist mein Amendement, was ich für jetzt vorbringe.

Marschall: Ein zweites Amendement ist von dem Abgeordneten Naumann eingereicht.

Abgeordn. Naumann: Das Amendement wird zum Theil mit dem des vorigen Redners zusammenfallen. Ich habe bloß zu erinnern, daß ich es für bedenklich erachte, den Vorsitzenden für verpflichtet zu halten, dies traurige Offizium zu übernehmen; ich wollte daher Passus 1 ganz wegfällen lassen und nur den Passus 2, welcher jedem Mitgliede zwar das Recht, aber nicht die Pflicht zuerkennt, beibehalten. Dahin geht mein Antrag. Ich theile nämlich die Ansicht, daß es bei dergleichen ständischen Versammlungen dem Vorsitzenden wohl hart ankommen möge, Thatsachen anzuführen, die nach dem Gesetz nicht strafbar sind, sondern nur nach seinen Ansichten die Ehrenhaftigkeit eines Mitgliedes verletzen.

Referent Graf v. Stosch: Da wir auf die einzelnen Passus noch nicht speziell eingegangen sind, so werde ich dieselben jetzt nach einander vorlesen. Passus 1, 2 und 3 lauten:

(liest vor)

„Der Vorsitzende jeder ständischen Versammlung ist verpflichtet, Thatsachen, welche nach seinem Dafürhalten die Ehrenhaftigkeit eines Mitgliedes in Zweifel stellen, in der Versammlung zu dem Zwecke zur Sprache zu bringen, um den Ausspruch der Ständesgenossen darüber, ob das Anerkennungsses unverletzter Ehrenhaftigkeit (I. 4) ertheilt oder versagt werde, herbeizuführen.“

Außerdem ist jedes Mitglied der Versammlung befugt, gegen ein anderes Mitglied den Antrag zu stellen, daß demselben das Anerkennungsses unverletzter Ehrenhaftigkeit versagt werden müsse.

Dieser Antrag ist bei dem Vorsitzenden anzubringen, welcher verpflichtet ist, damit nach den folgenden Bestimmungen zu verfahren.“

Passus 1 verpflichtet den Vorsitzenden, die Anklage über die Bescholtenheit eines Mitgliedes zur Kenntniß der Versammlung zu bringen. Passus 2 berechtigt jedes Mitglied, die Anklage über die Bescholtenheit eines seiner Kollegen zu stellen, und Passus 3 verpflichtet den Vorsitzenden, hierauf einzugehen und die Anklage der Versammlung mitzutheilen. In der Abtheilung hat diese Verpflichtung und Berechtigung Anklage gefunden, man hat geglaubt, daß es freistehen müsse, wenn etwas Derartiges zur Kenntniß eines Mitgliedes gelangt, auch zur Kenntniß der Versammlung zu bringen. Nur ein Zusatz zu Passus 2 wurde von der

Abtheilung beliebt, daß nämlich hinter „befugt“ eingeschaltet werde „unter Anführung bestimmter Thatsachen“ und deren Beweismittel.“ Dieser Zusatz schien deshalb gerechtfertigt, um frivol und unbegründeten Anklagen in so ernster Beziehung, wo es sich um die Ehre eines Mannes, um die Ehre einer Familie handelt, entgegenzuwirken.

Marschall: Der Abgeordnete Knoblauch hat auch ein Amendement eingebracht.

Abgeordn. Knoblauch: Ich habe mir nur einen Vorschlag zu einer Bestimmung dieses Paragraphen erlauben wollen. Es heißt nämlich darin: wird die Frage, ob das weitere Verfahren eingeleitet werden soll, nicht von zwei Dritteln der Stimmen verneint... .

Marschall: Bei diesem Passus sind wir noch nicht, und würde der Antrag daher später vorzutragen sein.

(Abgeordneter Knoblauch verläßt die Tribüne.)

Marschall: Von den Amendements, die bis jetzt auf den ersten Theil gemacht sind, geht das des Abgeordneten Hansemann dahin, wenn ich nicht irre, daß der Antrag nicht von dem Vorsitzenden, sondern von dem vierten Theil der Mitglieder der Versammlung gemacht werden soll. Wenn dieser Antrag Unterstützung findet, so werde ich ihn zur Berathung stellen. (Wird hinreichend unterstützt und es erfolgt eine kurze Debatte.)

Abgeordn. Hansemann: Da von einem Mitgliede, welches selbst Vorsitzender einer provinzialständischen Versammlung ist, keine Schwierigkeit in der Ausführung der Verpflichtung, die hier ausgedrückt worden, gefunden ist, so ziehe ich meines Theils mein Amendement zurück.

(Der Abgeordnete von Schwerin nimmt das seinige auch zurück.)

Marschall: Hiernach wären also die Amendements für den Passus 1 zurückgenommen.

Referent: Von der Abtheilung ist beantragt worden, daß ausdrücklich vermerkt werden müsse: „Unter Anführung bestimmter Thatsachen und deren Beweismittel.“ Es wird dies erst beschlossen werden müssen, damit dieser Beschluß vermerkt werde.

Marschall: Findet sich gegen den Zusatz etwas zu bemerken?

(Nein.)

Will die hohe Versammlung diesen Zusatz annehmen?

(Einstimmig: Ja!)

Ich würde die Frage auf die drei ersten Sätze stellen und bitten, daß diejenigen, welche gegen die Annahme derselben sind, aufstehen.

(Wird einstimmig angenommen.)

Referent: (Liest den Passus 4 vor: „Der Antrag auf Ausschließung aus der Versammlung etc.“) Von der Abtheilung ist der Zusatz beliebt worden, daß nämlich hinzugefügt werde hinter Zusammenzutreten: „mit vorheriger Bekanntmachung des Zweckes der Versammlung.“ Wir haben gewußt, daß dies in dem allgemeinen Gesetze vorgeschrieben sei. Wo es sich indes um ein so großes Interesse handelt, wie die Ehre ist, da ist es gerechtfertigt, wenn ausdrücklich im Gesetze vermerkt werde, welches der Zweck der Versammlung ist, damit kein Mißverständnis eintrete, sich Niemand mit Unwissenheit entschuldigen könne.

(Nach einigen Diskussionen.)

Marschall: Soll der Vorschlag angenommen werden?

(Er wird nicht angenommen.)

Kann ich ohne Abstimmung annehmen, daß der Passus 4 angenommen sei?

(Ja!)

Referent (liest den Passus 5 vor: „Der, dessen Ausschließung beantragt wird, ist befugt, sich durch eine dem Vorsitzenden zu übergebende schriftliche Erklärung oder mündlich in der Versammlung zu rechtfertigen u. s. w.“) — Die Abtheilung hat befunden, daß dieser Passus 5 mit folgenden Worten einzuleiten sei: „Entsagt der Angeschuldigte der ferneren Ausübung ständischer Rechte, so hat es dabei sein Bewenden, und kann dann Angeschuldigter nur unter den Bedingungen des Abschnitts V. wieder zur Ausübung ständischer Rechte zugelassen werden. Entsagt dagegen der Angeschuldigte nicht freiwillig der Ausübung ständischer Rechte, so tritt dann folgendes Verfahren ein.“ — Die Abtheilung war der Ansicht, daß, wenn hier nur bei der Rehabilitation von der Ausschließung die Rede sei, doch jemand ständischen Rechten entsagen könne, der viel unbescholtener ist, als jemand, der ausgeschlossen wird, und daß ihm doch gleiche Rechte der Rehabilitation zustehen müßten. Aus diesem Grunde ist der Zusatz von der Abtheilung in Vorschlag gebracht worden.

(Nachdem mehrere Redner gesprochen haben.) Der Marschall: Es sind noch 4 Redner vorhanden, die um das Wort gebeten haben.

(Viele Stimmen verlangen die Abstimmung.)

Wenn die Versammlung sie nicht mehr hören will, so ist die Debatte geschlossen, und es werden also die beiden Amendements zur Abstimmung kommen. Das erste ist das der Abtheilung; es besteht darin, daß der Angeschuldigte durch die Erklärung, der ferneren Ausübung der ständischen Rechte entsagen zu wollen, das Recht erhält, wieder zugelassen zu werden. Also die

für Annahme dieses Amendements sind, bitte ich, aufzustehen.

(Wird mit großer Majorität verworfen.)

Das zweite Amendement geht dahin, daß statt der Bestimmung:

„Wird diese Frage nicht mindestens von  $\frac{2}{3}$  der Stimmen verneint“

gesetzt werde:

„Wird diese Frage von der Mehrheit bejaht.“

Letztere ist also das Amendement, und ich frage, ob dies Amendement angenommen wird. Diejenigen Mitglieder, die dafür sind, bitte ich, aufzustehen.

(Das Resultat der Abstimmung ist ganz zweifelhaft; von mehreren Seiten wird gewünscht, die Frage noch einmal vorzulesen; dies geschieht. Da auch die jetzt erfolgende Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben zweifelhaft bleibt, werden die Ordner durch den Landtags-Marschall ersucht, die Zählung der Stimmen vorzunehmen.)

Marschall: Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: für das Amendement 269, dagegen 200 Stimmen; es ist also mit einer Majorität von 39 Stimmen angenommen worden.

Abgeordn. Welter: Meine Herren, es ist mir noch ein Bedenken bei diesem Passus aufgestoßen, nämlich das: Soll die Frage, ob das Verfahren wegen der Bescholtenheit und Ausschließung eines Mitgliedes von den ständischen Versammlungen einzuleiten sei, von der ganzen Versammlung aller vier Stände beantwortet oder nicht vielmehr von den Standesgenossen desjenigen Standes, dem der der Bescholtenheit Angeschuldigte angehört, allein entschieden werden? Das Amendement, welches ich in dieser Beziehung gestellt habe, geht dahin, daß die Frage über die Einleitung des Verfahrens von dem Stande, dem der Angeklagte angehört, ausschließlich entschieden wird. Wird sie nicht von  $\frac{2}{3}$  der Stimmen verneint, so muß das Verfahren eingeleitet werden.

Marschall: Findet das Amendement Unterstützung?

(Das Amendement wird mit großer Majorität verworfen.)

Ich würde nun zur Frage kommen, ob der ganze Artikel angenommen werden soll?

Referent: Der Passus 5 lautet mit der eingetretenen Veränderung folgendermaßen (liest vor).

Marschall: Soll derselbe als angenommen betrachtet werden? (Majorität durch Aufstehen für die Annahme.)

Referent: Der Passus 6 lautet (liest vor). Die Abtheilung ist der Ansicht gewesen, daß es zweckmäßig sei, das weitere Verfahren in die Hand des Ober-Präsidenten übergehen zu lassen, da er, vermöge seiner amtlichen Stellung, am geeignetsten erscheint, in seinem Verwaltungs-Bezirke als Wächter, Richter und Handhaber der Rechtsbefugnisse zu handeln.

Marschall: Ist gegen diesen Passus etwas zu erinnern?

Abgeordn. von Weiher: Nachdem durch den Beschluß der Mehrheit  $\frac{2}{3}$  der Anwesenden dazu gehören sollen, um das Verfahren einzuleiten (mehrere Stimmen: Nein, umgekehrt!), so habe ich im Interesse des Angeschuldigten beantragen wollen, daß das Verfahren auch auf seinen Antrag eingeleitet werden kann, wenn die erforderliche Mehrheit nicht vorhanden ist. Es könnte ihm sonst schwer werden, die gegen ihn angebrachten Anschuldigungen zurückzuweisen.

Marschall: Wird dieser Antrag unterstützt. (Ja.) Darf ich hiernach annehmen, daß dieser Zustand angenommen sei.

(Majorität dafür durch Aufstehen.)

Eine Stimme: Ich halte den Zusatz nicht nöthig, weil ich glaube, daß, wenn jemand in Anklagestand versetzt zu werden wünscht, ihm niemals die Majorität fehlen wird.

Marschall: Ich bin der Meinung, daß die Versammlung den Zusatz bereits angenommen hat, und er suche den Herrn Referenten, fortzusagen.

Referent: Passus 7 lautet (liest vor): Bei diesem Passus hatte die Abtheilung konsequenterweise den Zusatz vorgeschlagen: „nach vorgängiger Bekanntmachung u. s. w.“ Da dieser jedoch bei dem früheren Passus nicht genehmigt ist, so kann er auch hier wegefallen. Was aber die weitere Bestimmung anlangt, so erscheinen bei a die Wähler als diejenigen, welche das Verhalten des Angeschuldigten, der aus ihrer Mitte kommt, jedenfalls am richtigsten werden beurtheilen können; und eben so ist es bei b. Auch dort werden die Standesgenossen am geeignetsten sein, das moralische Verhalten des Angeschuldigten am richtigsten zu würdigen und ein gerechtes Urtheil zu fällen. Was die Bestimmung ad c. betrifft, so erscheint sie desto unabweislicher, als, so viel mir beaufst, schon bezüglich Verträge obwalten, und zwar mit ehemaligen Kreisuntemeistern.

Es wird uns vielleicht der Herr Landtags-Kommissar Auskunft geben, ob es richtig ist, daß derartige Verträge bestehen.

(Viele Stimmen: Ist nicht nöthig.)

Landtags-Kommissar: Ich muß bekennen, daß

ich nicht aufmerksam gewesen bin und daher die Frage nicht verstanden habe.

Abgeordn. von Manteuffel I. (vom Platz): Die Bestimmung ist bisher noch nicht angegriffen, also braucht sie auch wohl nicht erörtert zu werden.

Marshall: Es fragt sich, ob darüber Jemand das Wort verlangt.

(Geschieht nicht.)

Dann frage ich, ob gegen die Bestimmungen ad a., b. und c. im Passus 7 etwas zu erinnern ist, oder ob sie angenommen werden.

(Passus 7 wird unanimiter angenommen.)

Referent: (Liest vor: Passus 8 lautet: Der Oberpräsident sendet in den Fällen zu a und b die geschlossenen Akten u. s. w.) Hierzu hat die Abtheilung folgende Bemerkung gemacht: „Es ist im Passus 5 ausdrücklich gesagt, daß der Angeklagte sich schriftlich oder mündlich rechtfertigen kann.“ Dort ist also die mündliche Verteidigung als zulässig anerkannt worden. Es ist aber nicht abzusehen, warum das mündliche Verfahren bei der Verteidigung ausgeschlossen werden soll. Es ist für den Angeklagten von der höchsten Wichtigkeit, sich seinen Richtern persönlich zu stellen, die Anklage mit allen Modalitäten hören zu können, seine Rechtfertigung selbst zu führen, die moralischen Motive hervorzuheben, vielleicht auf die Vergangenheit, auf seine bürgerliche Stellung hinzuweisen und zwar durch das tief eingreifende Wort. Deshalb war die Abtheilung der Ansicht, daß die mündliche Verteidigung nicht ausgeschlossen werden dürfe. Zu meiner großen Freude habe ich gehört, wie man diese Ansicht der Abtheilung als eine wesentliche Verbesserung halte, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Versammlung dem beitreten werde. Klar ist, daß bei der Abstimmung der Angeklagte nicht dabei sei; aber ich halte es im Interesse des Angeklagten von der größten Wichtigkeit, daß er persönlich seine Verteidigung führen dürfe.

Marshall: Der Antrag geht dahin, daß der Angeklagte das Recht haben soll, den Verhandlungen über seine Ehrenhaftigkeit beizuwohnen.

Abgeordn. Möwes: Meine Bemerkung trifft nur Formelles, und darum werde ich vom Platz sprechen. In den Städten bildet die Stadtverordneten-Versammlung die Wahlversammlung. Nach den Gesetzen findet eine unmittelbare Korrespondenz zwischen der Stadtverordneten-Versammlung und der königl. Behörde nicht statt, sondern dies geschieht durch den Magistrat. Es würde also diese Bestimmung im Eingang nicht regelmäßig zur Ausführung gebracht werden können, sondern immer nur wird die Relation durch den Magistrat durch die Stadtverordneten-Versammlung gehen. Ich erlaube mir, den Antrag zu stellen, daß hinzugefügt werde: „dem Vorsitzenden der Wahlversammlung in Städten durch den Magistrat zugehen zu lassen.“ Was das Erscheinen der Angeklagten in der Stadtverordneten-Versammlung betrifft, so muß ich bemerken, daß nach der Städte-Ordnung das Erscheinen anderer Personen als der Stadtverordneten in ihren Versammlungen untersagt ist und es also nicht thunlich sein würde, daß Andere als Stadtverordnete sich verteidigen können.

Marshall: Sie stellen also das Amendement?

Abgeordn. Möwes: Ich stelle ein Amendement, daß ein Zusatz gemacht werde: „oder in den Städten durch den Magistrat.“

Sekretär Kuschke: Es trifft nur in sehr wenigen Städten zu, nur in großen Städten, die einen eigenen Deputierten haben. In allen übrigen Städten, wo mehrere Deputierten stellen, treten die Wahlmänner zusammen.

Abgeordn. Möwes: Dessenungeachtet ist das Amendement für die größeren Städte wichtig.

Landtags-Kommissar: Ich glaube, daß das Amendement nur die Fassung betrifft und auch diese kaum einer Verdeutlichung bedarf. Wenn es heißt: „der Oberpräsident stellt den Beschluß dem Vorsitzenden der Wahl-Versammlung zu“, für die Städte aber vorgeschrieben ist, daß mit den Stadtverordneten keine Korrespondenz seitens der Regierung stattfindet, so versteht es sich von selbst, daß die Mittheilung durch den Magistrat geschehen muß. Was die zweite Bemerkung zu diesem Abschnitt betrifft, so hat die Verwaltung durchaus nichts dagegen zu erinnern, daß der Vorschlag der Kommission angenommen werde, wonach dem Angeklagten das Recht eingeräumt sei, sich vor seinem Richter persönlich zu verteidigen. Auch glaube ich nicht, daß die Bestimmung der Städte-Ordnung, nach welcher in die Stadtverordneten-Versammlungen nur deren Mitglieder zugelassen werden sollen, einer solchen gesetzlichen Bestimmung entgegenstehe; denn es würde der Angeklagte dadurch nicht in die Stadtverordneten-Versammlung eingeführt, sondern er würde nur vor der Barre derselben stehen, um sich zu verteidigen. Da übrigens jedes neue Gesetz einem älteren derogirt, so würde die Bestimmung der Städte-Ordnung, wenn sie wirklich entgegenstehen sollte, durch die vorliegende Verordnung aufgehoben werden. Ich glaube also, daß diese Einwendung dem Amendement nicht entgegenstehe.

Marshall: Ich werde das Amendement zur Frage stellen.

Eine Stimme: Ist das Amendement der Regel nach schriftlich vorgelegt?

(Gelächter.)

Marshall: Es ist ja von den Abtheilungen vorgeschlagen. Ich bitte diejenigen, welche es nicht annehmen wollen, aufzustehen.

Abgeordn. von Auerwald: Es bleiben doch die Worte beibehalten, daß der Angeklagte der Abstimmung nicht beizuwohnen solle; denn davon ist nicht die Rede, sondern davon, daß er am geeigneten Orte seine Verteidigung führe. Es würde also nur die Befugnis beizufügen sein, daß der Angeklagte seine Verteidigung persönlich führen dürfe.

Referent: Das ist die Ansicht der Abtheilung gewesen.

Marshall: Die Abtheilung schlägt vor, daß der Angeklagte seine Verteidigung persönlich führen dürfe. Die dagegen sind, bitte ich aufzustehen.

(Wird einstimmig angenommen.)

Wir kommen jetzt zu einer Bestimmung, die wohl weitläufiger erörtert werden wird, und, da sie nicht in kurzer Zeit abgemacht werden kann, so schließe ich heute die Sitzung und bitte, sich morgen um 10 Uhr einzufinden zu wollen.

Wir werden die heutige Berathung fortsetzen und, wenn uns noch Zeit bleibt, zu der über das Reglement übergehen.

(Schluß der Sitzung um 3 1/2 Uhr)

Berlin, 8. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Divisions-Chef der Abtheilung für das Postwesen im königlich preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Grafen von Aldin, den rothen Adler-Orden dritter Klasse zu verleihen.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst zu Bentheim-Steinfurt, nach Steinfurt.

Berlin, 6. Mai. Heute wurde das königliche Hoflager nach Potsdam verlegt, wohin sich Ihre Majestäten der König und die Königin um 2 Uhr per Eisenbahn begaben. — Abends brachte das Offizier-Corps der dortigen Garnison, zur Feier der Allerhöchsten Genesung Ihrer Majestät der Königin, mit sämtlichen Militär-Musik-Chören ein Ständchen, dem sich das Publikum in zahlloser Menge zugesellt hatte. — Ihre Majestät die Königin geruheten sich in huldreichster Weise gegen die im Schlosse versammelten Stabs-Offiziere über die gehabte Aufmerksamkeit auszusprechen. — Am 3ten und 4ten d. M. haben die angekündigten, von der Geflügel-Verwaltung eingerichteten Rennen in der Nähe des bei Neustadt a. D. gelegenen Reiznir-Anstalts des Friedrich-Wilhelms-Geflügels vor einem zahlreichen versammelten Publikum stattgefunden, sind auch am ersten Tage mit der Gegenwart Sr. Majestät des Königs, so wie an beiden Tagen mit der Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin und mehrerer anderer prinziplichen Herren, beehrt worden. Das schönste Wetter begünstigte diese Unternehmung, welche in mehrfacher Beziehung den auf sie gerichteten Erwartungen entsprochen hat.

(Allg. Pr. 3.)

\*\*\* Berlin, 7. Mai. Heute war wieder Gerichtstag über die Tumultuanten und da heute meist solche Personen an die Reihe kamen, die aus Uebermuth oder Tobsucht an dem Unfuge Theil genommen hatten, so war das Gefühl der Theilnahme für die Verurtheilten auch bei dem Publikum gering. Zuerst erschienen ein Raschmachersgefell, ein Schmebgefell und ein Bursche, die auf der Fannowitz-Brücke einen Bäckerkarren geplündert hatten; sie erhalten 6 Wochen Gefängnis und 15 Hiebe. Danach wurde die Frau eines Schlossergesellen, welche bei der Plünderung eines Bäckerkarrens Hauptperson gewesen war, zu 6 Monaten Zuchthaus verurtheilt. Trotz des unbestrittenen strengen Benehmens dieser Frau bei dem Frevel fand sie doch als Weib und wegen der besonders kläglichsten Familienverhältnisse das meiste Bedauern. Ihr Mann liegt seit 1 1/2 Jahren im Krankenhause und 4 unmündige Kinder bleiben während ihrer Haft ohne elterlichen Schutz. Ferner wurde ein Tuchmachersgefell, der sich einem Gendarm widersetzt, zu 2 Jahr Zuchthaus und 20 Hieben, ein Arbeiter, der einem Polizeibeamten Widerstand geleistet, zu 1 Jahr Zuchthaus, 20 Hieben und zum Verlust der Kokarde, ein Kartenmacher, welcher ein Brecht als Standarte einem Plündererhause vorangetragen, zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt. Ein Arbeitermann, der erhielt schließlich das strengste Urtheil, er hatte vor dem königstädtischen Theater nach einem Offizier geschlagen und einem Unteroffizier, welcher den Hieb auffing, das Säbelgehänge abgerissen. Sein Loos sind 10 Jahre Zuchthaus und 30 Hiebe. — Gestern ist eine Auswanderergesellschaft von etwa 100 Personen aus dem Frankfurter Regierungsbezirk hier durchgekommen; sie wollen nach Hamburg und Amerika und scheinen Glaubenseiferer zu sein. — Die Getreidepreise sinken fortwährend. Heute war der Roggen zu 101 bis 105 Rthlr. zu haben, fand aber keine Käufer. Die Kartoffeln wurden auf dem Markt von einzelnen Personen, aber erfolglos, zu 3 1/2 Sgr. die Meze ausgesetzt. Man verkauft jetzt, wo die Kartoffeln nicht mehr zu Spiritus verbrannt werden dürfen und ihr Verderben nahe ist, den Wispel mit 20 Rthlr. statt daß man vor 14 Tagen noch 34 und 38 Rthlr. forderte. Die Stadtverwaltung macht dabei wieder schlechte Geschäfte, sie hat den Wispel zu 26 Rthlr. gekauft und die Verkäufer wollen jetzt nichts ablassen. — Es heißt, der bisherige königl. preussische Gesandte

am hannoverschen Hofe, Graf von Seckendorf, werde als Gesandter nach der Schweiz versetzt und dagegen werde der Graf von Wespalaen, Schwiegersohn des Ministers des Auswärtigen, von Enns, bisher königl. preuss. Gesandter in Turin, nach Hannover kommen. — Der Landtag hat in den letzten Tagen täglich Plenarsitzungen gehalten, so daß also die Zeitungen viele Arbeit bekommen werden. — Aus St. Petersburg meldet man vom 30. April, daß die strenge Kälte bis zu 12 1/2 Grad R. noch fortdauert.

Z. Berlin, 7. Mai. Die in der heutigen Allg. Pr. 3. enthaltenen Mittheilungen über die Verhandlungen der Herren-Kurie in Betreff des Ausfuhr-Verbotes für Kartoffeln und der einstweiligen Einstellung des Branntweinbrennens geben ein nicht minder erhebendes Bild von der Uneigennützigkeit und dem freudigen Opfermuth unserer Stände, wo es die Beförderung des Gemeinwohls gilt, als uns dasselbe aus den Verhandlungen der Abgeordneten-Kurie über dieselben Fragen entgegentrat. Die preussischen Gutsbesitzer haben sich mit ihrem Votum über beide, tief in ihr Eigenthumsrecht, tief in ihr Privatinteresse einschneidende Maßregeln ein Denkmal der Vaterlandsliebe und des Mitgeföhls für fremde Leiden gestiftet, welches würdig neben anderen Denkmälern preussischen Opfermuthes da steht. Es war bei den Verhandlungen sehr leicht, spottend von dem Stande der Branntweinbrenner zu sprechen. Die Billigkeit erfordert, daß wir berücksichtigen, wie mächtig das Interesse in dieser Welt wirkt und wie selten die Fälle in der Geschichte sind: wo von einem ganzen Stande das Privatinteresse willig und zuvorkommend auf dem Altar des Vaterlandes zum Opfer gebracht wird. Denken wir an Frankreich, wo das Interesse der bevorzugten Klassen die ganze Gesehgebung beherrscht. Denken wir zugleich aber auch an unsere uneigennützigste Industrie, welche unablässig Armensteuern zu Gunsten der reichen Fabrikanten fordert. Mögen die Herren Industriellen bei den etwaigen Verhandlungen über Schutzzölle und Rückzölle sich erinnern: welches Beispiel ihnen der „Stand der Branntweinbrenner gegeben“. Wir werden uns bei diesen Verhandlungen nicht durch die hoch klingenden Reden von Erleichterung des Proletariats u. s. w. beschreiben lassen. Die Industrie hat das Proletariat erzeugt und hat die nationale Arbeit, deren Schutz sie verlangt, an den Bettelstab gebracht. Soll dem Proletariat eine Hülfe zu Theil werden, so darf diese nicht unter der Form von Schutz- und Rückzöllen in oder auch durch die Hände der großen Unternehmer gehen, sondern die einmal der Consumtion aufzulegenden Steuern werden besser auf heilsame Weise den Arbeitern selbst direkt zugewendet.

Köln, 4. Mai. Gestern standen drei hiesige Bürger — denuncirt, in einem Weinhaufe angeblich Schmähschriften ausgegeben, resp. verlesen und verbreitet und angeklagt, dadurch zu dem Verbrechen der Majestätsbeleidigung durch dasselbe vollendende Handlungen Beihilfe geleistet, wie auch das Verbrechen der Verbreitung aufrührerischer Schriften begangen zu haben, — vor dem Zucht-Polizeigerichte, dessen Verhandlungen bei geschlossenen Thüren stattfanden. Das Urtheil lautete freisprechend. (Köln. 3.)

† Münster, 6. Mai. In diesen Tagen ist hier seit kurzer Zeit zum zweiten Mal der Fall vorgekommen, daß wichtige Untersuchungsakten entwendet worden sind. Zuerst verschwanden die Untersuchungsakten wegen Wuchers und Betrugs gegen einen reichen jüdischen Kaufmann, eben als dieselben zum Spruch vorgelegt werden sollten. Jetzt sind Untersuchungsakten wegen Betrugs gegen einen wohlhabenden Eisenhändler plötzlich verschwunden. Bereits war in zweiter Instanz die Relation verlesen und das conclusum collegii gefaßt, und der Referent gerade mit der Ausarbeitung des Erkenntnisses nach diesem conclusum beschäftigt; so lange aber ein Erkenntnis noch nicht unterschrieben, ist es rechtlich als gar nicht erlassen anzusehen. So liegt denn der merkwürdige Fall vor, daß materiell ein Endurtheil erlassen, dessen Inhalt jeder einzelne Richter bekannt, das aber wegen eines formellen Mangels nicht zur Ausführung gebracht werden kann. Eine Wiederholung der Untersuchung ist unmöglich, da die Ueberführungsstücke in Schriften bestehen, die sich in den verschwundenen Akten befanden.

## Deutschland

München, 3. Mai. Ueber einige am letzten Samstag im Bockeller vorgefallene Ungebührlichkeiten diene Ihnen zur Nachricht, daß dieselben von einer Anzahl Studenten veranlaßt wurden, die sich in der That auf eine höchst anstößige Weise benahmen, so daß energisch eingeschritten werden mußte und fünf Studenten verhaftet wurden. Auch noch mehrere Personen kamen zur Haft und wurden, gleich den ersteren, mit polizeilichen Arreststrafen belegt. — Se. Majestät hat zu den vier hier bestehenden Studentenverbindungen eine fünfte, die Isaria, zu genehmigen geruht und hierdurch, so wie durch die Verfügung, daß Studirende der philosophischen Kurse wieder den Verbindungen angehören dürfen, den letzteren einen neuen erfreulichen Beweis Allerhöchstseines Vertrauens gegeben. (M. K.)

\* Stuttgart, 3. Mai. Heute Abend um 8 Uhr versammelte sich eine große Masse Handarbeiter und Handwerksgefell in der mittleren Hauptstädter-Straße. Der größere Theil letzterer hat heute schon seine Werkstätten leer gelassen und einen „Blauen“ gemacht. In der genannten Straße wurden einem reichen Bäcker zuerst die Fenster mit Steinen eingeworfen; die Feldjäger, berittene Feldpolizei, kamen herbei, — jetzt erst gab es böses Blut, die Gaslaternen wurden eingeworfen in genannter großen Straße, wie in der ganzen Eberhards-

**D e s t e r r e i c h.**

**Wien, 7 Mai.** Heute wurde in der Karlskirche die große militairische Todtenfeier für den Erzherzog Karl, im Beisein SS. Majestäten und der ganzen kaiserlichen Familie, abgehalten. Auf dem Katafalk waren die im Zeughause aufbewahrten, von dem vereinigten Erzherzoge eroberten Trophäen aufgestellt. Das sämmtliche Militär war auf dem Glacis und in der Umgebung versammelt. Morgen wird ein ähnliches militairisches Todtenamt in der Augustiner-Hofkirche abgehalten und mit demselben sind die Trauerfeierlichkeiten für den unbefruchteten Helden in der Residenz geschlossen. Am 10. Mai wird in allen Garnisonen der Monarchie ein Todtenamt abgehalten werden. Die Befehle sind bereits an die Provinzen abgegangen. — Der bisherige bairische Minister, Graf Jenison-Walworth, ist gestern abgereist. Inzwischen wird ein Geschäftsträger hier fungiren. Graf Jenison war in allen Kreisen der höheren Gesellschaft sehr beliebt und sein Abgang wird wahrhaft bedauert. Er tritt in Pensionsstand zurück. — Unsere Börse gestaltet sich seit einigen Tagen bedeutend besser. Die Geldkrisis hat etwas nachgelassen, dagegen sieht es um Getreidehandelnswürdiger auf der Getreide-Börse aus. Alle Getreidequantitäten steigen von Tag zu Tag.

Frankreich.

Paris, 4. Mai. Die Course haben auf der Bourse gestern und heute wieder rückgängige Bewegungen gemacht. Die 5 % schlossen heute mit 115  $\frac{1}{10}$ , die 4  $\frac{1}{2}$  mit 78  $\frac{1}{10}$ . Heute hieß es auf der Bourse Herr v. Caplagne habe abgedankt, und man werde zu einer Anleihe von 4 Millionen schreiten müssen. — Gestern hatte der Kriegsminister eine lange Audienz bei dem Könige, worauf derselbe nach Algier abging. — Mehrere Kriegsschiffe, auch die kleine Flotte des Prinzen von Joinville, sollen Befehl haben, nach der italienischen Küste zu segeln. Ein Schreiben aus Bologna vom 25. sagt, daß der Papst die Nationalgarde bewilligt habe. — Die Gaceta de Madrid vom 29. April

## Italien.

G r i e c h e n l a n d.

## Lokales und Provinzielles.

an der beendigten Woche sind (erluf. zweier im  
fer verunglückten Personen und 4 todtgeborener Kin-  
von hiesigen Einwohnern gestorb n: 44 männ-  
und 38 weibliche, überhaupt 82 Personen. Un-  
ausen starben: an Abzehung 8, an Altersschwäche  
an der Bräune 2, an Blausucht 1, an Brust-Ent-  
zündung 1, an Lungen-Entzündung 2, an Luftröhren-  
Entzündung 1, an Unterleibs-Entzündung 1, an Nerven-  
er 1, an nervösem Fieber 1, an Zehr-Fieber 1, an  
En-Erweichung 1, an Krämpfen 16, an Keuch-  
n 1, Lungen-Katarth 1, an chronischen Lungenlei-  
1, an Lungenlähmung 1, an Lähmung 1, an  
nleiden 1, an Schlagfluß 6, an Sticfluß 1, an

Breslau, 8. Mai. Der soeben erschienene „Zweite Rechenschafts-Bericht des Vorstandes des evangel. Schulvereins“ meldet, daß die Zahl der Schülerinnen, welche in der evangelischen Vereins-Schule im verflossenen Jahre aufgenommen wurden, sich auf 22 beläuft, von denen 13 wieder abgegangen sind. In der ersten Klasse der genannten Schule befinden sich 47, in der zweiten 60 Schülerinnen; in Bezug auf den Fortschritt und die Fortschritte der Letzteren sind sehr erfreuliche Resultate gewonnen worden.—Leider haben sich die freiwilligen Beiträge um 26 Rtl. 29 Sgr. vermindert, dagegen ist ein Vermächtniß von Herrn Partikulier Knorr von 20 Rtl., von Herrn Partikulier Claassen ein Legat von 2000 Rtl. und von Frau Hutmacher Schieferbeder ein Legat von 25 Rtl. eingegangen. Die Summe der Einnahme überhaupt belief sich auf 1376 Rtl. 1 Sgr. 1 Pf., die der Ausgabe auf 572 Rtl. 22 Sgr. 11 Pf., so daß gleich blieb ein Bestand von 803 Rtl. 8 Sgr. 10 Pf.

1. Personen-Transport:	388,498		
Reisende		239,999	16 9
2. Nebenerträge		18,397	3 7
3. Güter-Transport	1,443,147 Etr.	237,611	5 5
4. Pachten, Miehcn und firrite Einnahmen		7,437	29 9
5. Von der Wilhelmshahn-Gesell- schaft für den Coseler Bahnhof		2,438	10 10
6. Extraordinaire Einnahmen		14,587	3 6
		<hr/> 520,471	9 10

Ueberschuß 48,454 20 8  
nach mit Berücksichtigung, daß die Bahn von A  
Stütze bis Myslowitz nur 3 Monate im Betriebe ge  
n, neben den auf gekommenen Zinsen, auf jede Aktie  
100 Rthlr. noch 1 Rthlr. 11 Sgr. 8 Pf. an Divi  
de zu berechnen ist.

Der Bericht enthält demnachst folgende allgemeine  
 erkungen und Mittheilungen: „Mit dem Ablauf  
 Jahres 1846 haben wir uns der Vollendung der  
 Bahn bis auf 400 Ruthen genähert. Am 3. Okt.  
 ist die Strecke von Königshütte bis Myslowitz dem  
 eb übergeben und somit die oberschlesische Eisen-  
 , soweit solche durch unsere Züge befahren wird,  
 ch fertig gebaut worden, da die Strecke von 400  
 en von dem Myslowitzer Bahnhofe über die Prems-  
 ücke zum Anschluß an die Krakauer Bahn durch  
 Krakauer Züge ausschließlich befahren werden wird.  
 besäßlichen Verhandlungen sind zur Ratifizierung  
 reitet. Die Bahnstrecke von Königshütte bis Mys-  
 ist von Sr. Majestät unserem Könige am 1. Okt.  
 1846 zuerst befahren und dieser Schlussstein unse-  
 Baues sonach auf die würdigste Weise feierlichst ge-  
 worden. — Unterstützt durch die für den Eisenbahn-  
 eb sehr günstigen Witterungs-Verhältnisse des Jah-  
 1846 haben wir uns in diesem Jahre eines sehr  
 n Dienstes auf unserer Bahn zu erfreuen gehabt,  
 (Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

(Fortsetzung.)

und mit Ausnahme eines Unfalls, am 1. Januar 1846, wo unweit des Bahnhofes Gogolin in einem Güterzuge ein Postwagen aus den Schienen kam, der 3 Wagen mit sich forttrieb, umwarf und theilweise zertrümmerte, wobei glücklicherweise Passagiere nicht verletzt wurden, haben sonst Störungen keiner Art stattgefunden. — In den Monaten Februar und März hat unsere Bahn den ersten praktischen Beweis für die Nützlichkeit der Eisenbahnen bei Militär-Transporten in Kriegsgefahr geliefert. — So unausreichend unsere Betriebsmittel damals waren, so haben wir doch durch einen beschleunigten Betrieb nicht nur erhebliche Infanterie-Massen, sondern auch reitende Artillerie: Mannschaften, Pferde und deren auch weitere Vorbereitungen bis 100 Pferde nebst Geschütze und Munition, in einem Zuge mit Leichtigkeit befördert. — Wir dürfen aber dabei nicht unerwähnt lassen, daß das vollständige Gelingen dieses Versuches wesentlich nur durch die höchst angemessenen Anordnungen der höchsten und hohen Vorgesetzten so wie der kommandirenden Offiziere, durch das pünktliche Vorgehen der erforderlichen Vorrichtungen und das musterhafte Benehmen der Mannschaften erreicht wurde. — Unsere Beziehungen zu den höchsten und hohen Landesstellen sind auch in diesem Jahre nur erfreulicher Art gewesen, und hat uns die Ernennung des königl. Polizei-Präsidenten und Geh. Reg. Rathes Dr. Abegg zum Staats-Kommissarius unserer Bahn einen unverkennbaren Beweis der besten Fürsorge des Gouvernements für unser Unternehmen gegeben. — Mit den in unserer Bahn einmündenden Nebenbahnen, von denen die Meisse-Brieger und Krafauer bis zum Juli-Monat in Betrieb gesetzt sein werden, schweben wegen Betriebs-Vereinigungen Unterhandlungen; mit der Wilhelmsbahn werden gegenseitige Verkehrs-Erleichterungen zum Abschluß kommen, und alle diese in Aussicht stehenden Verkehrsvermehrungen erweitern die erfreulichen Hoffnungen auf eine glückliche Zukunft für unser Unternehmen. — Bei den eigenthümlichen, den Verkehr unserer Provinz mit den Nachbarstaaten leider sehr beschränkenden und in neuester Zeit noch mehr beengenden Grenzverhältnissen ist unser Unternehmen vorzugsweise nur auf den innern Verkehr angewiesen. Wir haben von diesem Gesichtspunkte aus uns auch bei allen Prinzipfragen unserer Administration leiten lassen und ganz besonders die möglichste Berücksichtigung des bequemen Personen-Verkehrs überall vorangestellt und, soweit es uns gestattet wurde, dieses Interesse geltend gemacht.

\* Breslau, 8. Mai. Heute fand eine Generalversammlung der Herren Theater-Aktionäre statt. Nachdem das Direktorium Rechnung über das letzte Verwaltungsjahr gelegt hatte, wurde die Wahl des neuen Direktoriums vorgenommen. Die Abstimmung ergab als Resultat, daß die früheren Mitglieder desselben wieder gewählt wurden. Es sind dies die Herren: Geheim-Regierungsrath Heineke (Vorsitzender), Geheim-Kommerzienrath Kraker, Kriegsrath Wacker, Kommerzienrath Ertel, Kommerzienrath Ruffer, Kaufmann E. Milde jun., Landschafts-Repräsentant von Nimptsch. Als Stellvertreter wurden gewählt: die Herren Kaufmann Alex. Schreiber, Eichborn, Stöck, Stadtrath Frank und Professor Kahlert. Das Gesch. des Herrn Baron v. Baer, ihn aus dem Pachtvertrage zu entlassen, so wie der Antrag der Herren Kiefling, Nimbs und Reimann, die Pacht unter den bisherigen Bedingungen bis 1. April 1852 zu übernehmen, wurden von der Generalversammlung einstimmig genehmigt.

† Aus der Provinz, im Mai. Vor einigen Wochen verließ die Presse die erste Abtheilung des 12ten Bandes von K. A. Menzel's „Neuerer Geschichte der Deutschen von der Reformation bis zur Bundes-Acte (Breslau, Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. 1847. XXI u. 468 S.).“ Wir können im Allgemeinen den Standpunkt, den der Verfasser als Geschichtsschreiber einnimmt, als bekannt bei unseren Lesern voraussetzen, da bei Besprechung des Inhalts der früheren Bände das von einseitigen protestantischen Eiferern oft genug angefochtenen Werkes von anderen Referenten darauf hingewiesen worden ist; wir begnügen uns, auf den reichen Inhalt des vorliegenden Theiles, der, mit dem noch folgenden zum zwölften Bande vereinigt, den Abschluß bilden soll, hinzuweisen. Der erste Band führt uns das Zeitalter Franz I. und Friedrichs II. in der Epoche der Jahre 1745—1765 vor, der vorliegende Theil behandelt die deutsche Geschichte unter Joseph II. und Friedrich II. und schließt mit dem Tode des durch seine Angriffe auf die Hierarchie und durch die mit geringem Erfolge gekrönten Versuche für politische Reformen bekannten Kaisers ab. Mit gewandter Feder hat Menzel uns einen Abschnitt der vaterländischen Geschichte vorgeführt, der zwar nicht den erfreulichen Anblick eines kräftigen einmüthigen Handelns des deutschen Reiches nach Außen darbietet, jedoch nicht arm ist an Ereignissen, die auf die innere und äußere Gestaltung politischer Entwicklungen, auf die fortschreitende

Gestaltung, auf die Umformung sozialer Verhältnisse, auf den Gang der Literatur einen wesentlichen Einfluß ausgeübt habe. Der Zeitgeist im politischen und religiösen Leben in den verschiedenen Schattierungen vorzuführen, die hervorstechendsten Charaktere treffend zu zeichnen, den Einfluß der Literatur auf das Leben der menschlichen Gesellschaft und auf die Erweiterung der universellen Anschauung nachzuweisen, hat man als Hauptmoment der neuen Geschichtsschreibung hervorgehoben, und diese Aufgabe hat der Verfasser des vorliegenden Werkes geschickt zu lösen gewußt. Wir würden die Tendenz einer politischen Zeitung verkennen, wollten wir mit Ausführlichkeit, wie es das wahre Interesse für den inhaltreichen historischen Stoff erfordert, über die Art und Weise uns weiter verbreiten, wie der Verfasser den Stoff verarbeitet hat, um daraus ein Bild der Physiognomie eines Zeitalters zu formen, und gedächten wir die Objecte der Darstellung in Vergleich zu ziehen mit den subjectiven Urtheilen, die dem Geschichtsschreiber aus dieser allgemeinen Weltanschauung entsprossen, um dann mit mehr Competenz das Amt eines Kritikers zu übernehmen.

Der Hubertsburger Frieden hatte das Mißtrauen zwischen den beiden Hauptmächten Deutschlands nicht ausgeglichen, und wir gewahren, wie Preußen sich dem Petersburger Cabinet nähert, und wie diese Annäherung zu einem Bündniß zwischen beiden Staaten führt, zu dessen Abschluß den großen König mancherlei politische Rücksichten bewogen. Das System der Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichts insulirt mächtig auf die Ansichten mehrerer Höfe Europa's, und die Garantie für die osmanische Pforte ließ den Gedanken zur Zerstückelung des Nachbarstaates Polen aufkommen, in dem seit August's III. von Sachsen Tode der russische Einfluß überwiegend war. Ueber die politische Maxime, die Friedrich zu einem näheren Anschluß an Rußland bewog, äußert Menzel: „Wenn Friedrich noch zehn Jahre später einen Krieg gegen Oesterreich unternahm, um die Gebietsveränderung des ihm fernliegenden Balerns zu hindern, so hätte er — scheint es — zehn Jahre früher weit mehr darauf halten sollen, um jeden Preis das für Preußen so wichtige Polen der russischen Herrschaft zu entreißen und dessen ewiges Bündniß mit Preußen zu einer für beide Theile fruchtbaren Wahrheit zu machen.“ — Die Besorgniß, welche der Wiener Hof über die glücklichen Erfolge des Krieges, den Katharina die Zweite gegen die Türken begonnen hatte, hegen mußte, führten zu einer vorübergehenden Befreundung der Kabinette von Wien und Berlin. In wie weit dieselbe auf die Religionsverhältnisse im deutschen Reiche von wesentlicher Einwirkung begleitet war, wird im zweiten Kapitel erörtert. Interessant ist die Charakterisirung Kaiser Josephs II. in Bezug auf die herrschenden Ansichten der katholischen Kirche und die Lehre vom Primat des Papstes, worin das Oberhaupt des Staates die Ansichten des Febronius (Honthelm) theilte. Bei Gelegenheit der durch das bringende Verlangen der katholischen Großmächte Europa's gebotenen Aufhebung des Jesuiten-Ordens, die durch Papst Clemens XIV. (1773) erfolgte, wird ausführlich über die Verdienste, die sich die Jesuiten um Erziehung der Jugend erworben, berichtet, und die Schuleinrichtungen derselben werden in Vergleich gestellt mit den auf den protestantischen Lehranstalten; es wird dabei die Begründung des Philantropismus in Dessau und des Einflusses des Philantropismus auf das Erziehungswesen und die Unterrichtsmethode gedacht. Während in einer protestantischen Zeitschrift das päpstliche Verfahren gegen die Jesuiten einer scharfen Beurtheilung unterworfen wurde, fand der Orden in einem protestantischen Fürsten, dem großen Könige Preußens, einen mächtigen Schutzmantel. Es kann als bekannt vorausgesetzt werden, welche Schritte Friedrich II. nach Ausstellung des päpstlichen Aufhebungsbriefes: „Dominus ac redemptor noster“ für Erhaltung der Jesuiten in seinen Staaten that, wie er dieselben, den Zweck der Erziehung der Jugend im Auge behaltend, in dem „Schulensinstitut“ in Schleisien vereinigte. Nachgelesen zu werden verdient, wie der Monarch sein Verfahren gegen die harten Anklagen und satyrischen Bemerkungen Voltaires und D'Alemberts zu rechtfertigen suchte (S. 67 ff.). Im fünften Kapitel werden Josephs II. Versuche zur Verbesserung des Reichs-Justizwesens besprochen, und zugleich Beispiele von herrscherlicher Willkür, wie sie bei den bürokratischen Verfassungen kleiner deutscher Staaten zum Vorschein kamen, unter andern in Württemberg unter Herzog Karl Eugen, besprochen. Eben so wenig erquicklich als diese Erscheinungen sind die Bilder, die uns von den Soldatenwerbungen, die England in deutschen Staaten behufs der Verwendung in dem nordamerikanischen Kriege veranstalten ließ, vorgeführt werden. — Der Tod des Kurfürsten Maximilian Joseph von Baiern gab den nächsten Anlaß zu den Bestrebungen des Kaisers auf Vergrößerung seiner Hausmacht,

denselben arbeitete Preußen entgegen, und es kam zum Ausbruch eines Krieges, dessen weitere Fortführung eben so wenig von Friedrich II. als von Maria Theresia gewünscht wurde. Im Tschener Frieden, bei dessen Abschluß sich die russische und die französische Politik theiligten, gleichen sich die streitenden Parteien aus; den ferneren Absichten Josephs zur Verfolgung selbstthätiger Zwecke auf Erweiterung des Machtumfanges des österreichischen Staates tritt wiederum Preußen, das somit in gewisser Beziehung die Rolle des Reichsoberhauptes in Wahrung des status quo im deutschen Reiche übernimmt, hemmend entgegen und begründet den Fürstenthum. — In einen anderen Conflict geräth der Kaiser mit dem päpstlichen Stuhl; denn als er nach dem Tode seiner Mutter in seiner Monarchie mit einer durchgreifenden Umbildung der inneren Verwaltung nach den Grundsätzen des finanziell-militärischen Absolutismus umging, warf er sich mit allem Eifer auf die Reform der Einrichtungen des katholischen Kirchenenthums, welche mit diesen Grundsätzen im größten Widerspruch standen (S. 184). Die Unterhandlungen mit dem Papst, die Erfolge der gegenseitigen Besuche, die sich das geistliche und das weltliche Oberhaupt in Wien und Rom abstatteten, bleiben nicht unerwähnt. Bemerkenswerth ist, daß, als die päpstliche Autorität von katholischen Schriftstellern angegriffen wurde, ein gefeierter protestantischer Geschichtsschreiber, Johannes von Müller, „in seinen Reisen der Päpste“ den Schutzmantel des heiligen Vaters macht; daß Friedrich der Große den Grundsätzen des spanischen Ritters Azara sich beipflichtete, der dem Kaiser die bedenklichen Folgen seiner Absicht, sich ganz von Rom loszusagen, zu Gemüthe führte (S. 215); daß Friedrich Wilhelm II. von Preußen als protestantische Macht vom Papste um Schutz angegangen wurde gegen das Unternehmen der bei der Emser Punktion theiligten deutschen Erzbischöfe, die dem Primat des Bischofs zu Rom sich zu entziehen trachteten. — Nachdem der Verfasser gezeigt, wie Josephs Unternehmungen zur Umformung des verfallenen deutschen Reichskörpers durch Friedrichs II. hemmenden Einfluß nicht zur Ausführung gekommen, stellt er den Satz auf: „der rechte Weg, das Kaiserthum zu einer Wahrheit zu machen, wäre gewesen, nationale Interessen herauszufinden, welche dazu dienen konnten, zwischen der deutschen Nation und ihrem Oberhaupt das gelockerte Band der Gemeinschaft von Neuem zu knüpfen.“ (S. 345.) Wie dieser Satz zu deuten sei, welchen Weg Joseph II. hätte einschlagen sollen, um den bekannten Ausspruch, den über ihn Friedrich der Große in einem Schreiben an Voltaire richtete, zu rechtfertigen, darüber erhalten wir im Verlauf der Darstellung ausführlicheren Aufschluß. Er hätte das Recht und die Pflicht der Oberaufsicht über das Reich benutzen sollen, um den Unterthanen den gehörigen Schutz gegen die Mißbräuche herrscherlicher Gewalt, wie sie hin und wieder in einzelner Reichstaaten vorkamen, zu verleihen; er hätte von einem höheren Standpunkte die nationalen Interessen ins Auge gefaßt, dem Handel und Gewerbfleiß neue Bahnen erschließen, dem deutschen Bildungswesen regere Theilnahme und Förderung schenken, und die Gedanken und geistigen Lebenskräfte des Jahrhunderts als Anknüpfungs- und Bindungsmittel eines neuen geistigen Kaiserthums der Deutschen gebrauchen sollen. Josephs II. ganze Denkweise bekundet nur allzu sehr, daß er die Aufgabe, die seine Zeit an einen Herrscher stellte, der dem wahren Fortschritt huldigte, nicht richtig begriff. Schnelbende Gegensätze finden sich in seiner Handlungsweisen einerseits will er zu Gunsten der deutschen Bischöfe den Bau der durch Jahrhunderte begründeten Hierarchie lösen, andererseits strebt er, um seine eigene Souveränität zu erhöhen, die Rechte und Privilegien der belgischen und ungarischen Verfassung zum Nachtheil der Stände einzuschränken; in dem Papst erkennt er nur einen Bischof von Rom an, die Stellung nicht beachtend, zu der ihn das Mittelalter erhoben, und veranlaßt einen protestantischen Schriftsteller zu der Aeußerung, daß man consequenter Weise in den deutschen Kaisern des 18ten Jahrhunderts, den Vorfahren seiner Mutter, nur die Grafen von Habsburg erblicken dürfe. Traurige Erfahrungen bereiteten sich für den Kaiser in seinen letzten Lebensjahren vor, als die Bewegungen in Belgien und Ungarn den Monarchen bestimmten, mehrere seiner Reformen rückgängig zu machen. Der Wille und die Absicht des Regenten, auf die sittliche Erhebung der niederen Volksklassen, auf die Lösung der Fesseln, die eine freie Regsamkeit hemmen, hinzuwirken zeugten von vorurtheilsfreier Gefinnung; die Beeinträchtigungen, die bei der Ausführung seines Willens gegen die Rechte und Interessen der Einzelnen unvermeidlich waren, dienten den Unzufriedenen zum Vorwand, des Monarchen Entwürfe zu verdächtigen. Der Adel und der Klerus waren es, welche der Reform der sozialen Verhältnisse, die vom Staatsoberhaupt ausging, den heftigsten Widerstand entgegensetzten, damals ward die Regulierung des Steuer-

und Robothwesens in Böhmen und Galizien ausgeübt, was 56 Jahre später dem Adel, dessen Unwillen durch jene Ausübung beschwichtigt werden sollte, so herbe Früchte getragen hat. (S. 452.) Der Kaiser suchte im Interesse der Menschheit Reformen vorzunehmen, ehe noch das Bedürfnis derselben durch die allgemeine Entwicklung der Zeitverhältnisse vor das Gesamtbewußtsein seiner Unterthanen getreten war. Bei der Nachwelt muß natürlich das Andenken Josephs höher stehen, als einem Theile der Zeitgenossen sein Wirken erschien. — Werfen wir noch einen Blick auf die inneren religiösen Bewegungen, auf den Kampf über die Autorität der Schrift, über die bindende Kraft der Symbole u. s. w., so giebt dieser Band dem Leser über viele literarische Erscheinungen im Zusammenhange einen erwünschten Aufschluß; überhaupt ist das religiöse Leben ein Hauptmoment, worauf Menzel bei der Behandlung der Geschichte sein Augenmerk gerichtet hat. Ebenso ist an geeigneter Stelle Anlaß genommen, über die literarische Wirksamkeit der Männer sich zu verbreiten, die in einem andern Gebiet des Wissens als der Theologie ihren Eifer zugewandt haben. Um einige Beispiele anzuführen, genügt es, auf die Namen: Johannes v. Müller, Schubert, Lessing, Dohm, Goethe, Ernesti, Michaelis, Semler, Kant, Bahrst, Nikolai, Ikenbiel u. A. m. aufmerksam zu machen. Die äußere Ausstattung des Buches ist dem Inhalt desselben angemessen.

\* Löwenberg, 8. Mai. Der hiesige „Bürger- und Hausfreund“ enthält einen Aufruf zur Bildung eines Spar-Vereins, sowie die näheren interimistischen Bestimmungen in Betreff desselben.

Kreuzburg, 5. Mai. In Landsberg brach heute Morgen, ohngefähr 1½ Uhr, Feuer aus. Es ist dies, wie ja auch durch öffentliche Blätter zu sehen ist, seit 8 Wochen das dritte Brandunglück. Die Stadt war, wie in den früheren Fällen, auch heute wieder sehr bedroht, da das Feuer in dem auf Kreuzburg zu gelegenen Viertel resp. auf der links nach Kreuzburg führenden Gasse in einem Bürgerhause ausbrach, welches von Holz erbaut und fast im ganzen Viertel von hölzernen Gebäuden umgeben ist. Die Thätigkeit der Löschmannschaften war für die Zeit der dringendsten Gefahr lobenswerth und blieb es bei dem einzigen Hause resp. zwei Hausnummern, da dem Feuer bei stiller Witterung durch Einreißen des schon zum Einfallen geneigten Hauses bald ein Ende gemacht wurde. (Telegr.)

#### Verzeichniß

derjenigen Schiffer, welche am 6. Mai Glogau stromaufwärts passirten.

Schiffer oder Steuermann:	Labung	von	nach
Benj. Noack aus Frankfurt.	Güter,	Stettin	Breslau.
Buleh u. Brosinski aus Straley, dto. u. Thon.	Güter,	Berlin	dto.
David Hacke aus Rothen,	Güter,	Stettin	dto.
Christiant Erle aus Bruthen,	Rohstoffe,	dto.	dto.
Gottl. Klimke aus Maltitz, Feinl., Güter,	dto.	dto.	dto.
Brosinski aus Guben,	Güter,	dto.	dto.

Zimmermann aus Auster,	dto.	dto.	dto.
Kühn aus Urfkau,	dto.	Berlin	dto.
Gustav Nibel aus Grosse,	dto.	Stettin	dto.
Gottfried Lange aus Modersig,	dto.	Potsdam	dto.
Friedr. Nr aus Müllersdorf,	dto.	Stettin	dto.
Christ. Fischer von Kienig,	dto.	Stettin	dto.

Der Wasserstand am Pegel der großen Oberbrücke ist heute 7 Fuß 3 Zoll. Windrichtung: Osten.

Am 7ten Mai:

Schiffer oder Steuermann:	Labung	von	nach
Rehme u. Brinke aus Breslau,	Güter,	Berlin	Breslau.
Schulz aus Grosse u. Steuermann,	dto.	Stettin	dto.
Friedr. John aus Breslau,	Zabak	Landsberg	dto.

Der Wasserstand am Pegel der großen Oberbrücke ist heute 7 Fuß 2 Zoll. Windrichtung: Osten.

**Viegnitz.** Der Rittergutsbesitzer Grünwald auf Ober-Buchwald ist als Polizei-Distrikts-Kommissarius für den 3. Bezirk im Saganer Kreise, und der Ober-Steuer-Inspektor Dffelsmeyer auf Kroppen als Polizei-Distrikts-Kommissarius des 1. Bezirks im Hoyerwerdaer Kreise bestätigt worden.

Die Kreis-Thierarzt-Stelle im Kreise Bunzlau ist dem Thierarzt 1. Klasse, Kühn in Bunzlau, verliehen worden. Der Diakonus Peters hiersebst ist mit Genehmigung des hohen Ministerii der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten als Hülfsarbeiter in das hiesige Regierungs-Kollegium eingetreten, um sich neben seinen eigentlichen Berufsgeschäften der Bearbeitung eines Theils der auf das evangelische Schulwesen Bezug habenden Angelegenheiten zu unterziehen.

Dem Kaufmann Friedrich Wilhelm Schubert hiersebst ist zur Uebernahme der Agentur für die Geschäfte der hiesigen allgemeinen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft zu Kassel die Genehmigung erteilt worden.

#### Handelsbericht.

**Breslau, 8. Mai.** Bald nach unserem letzten Berichte stellten sich die Getreidepreise etwas niedriger, indessen konnte es nicht ausbleiben, daß bei der sehr geringen Zufuhr die Notierungen wieder auf ihre frühere Höhe gingen. Wir können heute die letzten Preise als unverändert annehmen, Roggen sogar einige Silbergroschen höher und zwar schöne schwere Waare bis 4 Rtl. 3 Sgr.

Mit Kleesaat ist es flauer, so daß weiße wohl 1/3 und rothe 1/2 Rtl. niedriger zu kaufen wäre; bei den flauen Berichten, die von den auswärtigen Märkten darüber einliefen, ist eine fernere, wenn auch nicht bedeutende Ermäßigung in der Wahrscheinlichkeit.

In Rapssaat wurde Einiges auf Lieferung bald nach der Ernte geschlossen, und dafür 80 Sgr. angelegt, da man annimmt, daß durchschnittlich wenig Rüben gebaut sind, und die junge Rapspflanze nur sehr mittelmäßige Ernte verspricht, so hat sich für Delfaat die Meinung im Allgemeinen gehoben.

Auf Rübsöl hat die eben angeführte Ansicht nicht influirt, auch kann sich dieses Fett wegen der abgespannten Spekulationslust nur mühsam emporarbeiten; loco ist 10 1/3 und Herbst 11 1/2 Rtl. für kleine Parthien zu machen.

Der Spiritusmarkt befindet sich in einem fieberhaften Zustande; in Folge des früher erwähnten Verbotes wurde der Preis loco bis 23 Rtl. pro Eimer und darüber getrieben, doch trat darauf eine Reaktion, veranlaßt durch flauere Berichte von Berlin und Stettin ein, so daß a 21 Rtl. loco wieder zu kaufen war. Die enorme Steigerung hat auf Rübensyrup, der bisher vernachlässigt war, einen sehr günstigen Eindruck gehabt, und wurde davon für Berlin, Magdeburg u. c. in letzter Zeit ansehnliche Parthien zu steigenden Preisen gekauft.

Zink matt, loco a 5 1/2 Rtl. zu kaufen.

#### Briefkasten.

Zurückgelegt wurden: 1) X Berlin 5. Mai; 2) 8 Wien 6. Mai (verpätet); 3) \* Wien 6. Mai (besgl.); 4) \* Stuttgart 4. Mai; 5) ++ Münster 5. und 6. Mai; 6) \* Pleschen 3. Mai; 7) Hultschin 7. Mai (anonym).

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Nimbs.

#### (Eingefandt.)

**Breslau, im Mai.** Der Verwaltungsrath der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft macht in seiner Aufforderung zur diesjährigen ordentlichen General-Versammlung bekannt, daß „eine Abänderung der Organisation der Gesellschafts-Vorstände, so wie eine Remuneration der Mitglieder des Directorii“, von ihm beantragt werden würde. Wir haben gesehen, daß diese Veränderung darin bestehen soll, daß die Direction anstatt der bis jetzt gewesenen 8 von der Gesellschaft gewählten Mitgliedern, in der Folge nur aus 4 Personen und dem königlichen Kommissarius bestehen soll, und daß diese einen Gehalt aus der Gesellschafts-Kasse beziehen werden. Wir begreifen einen solchen Vorschlag nicht, da er, wie wir nachzuweisen uns bemühen werden, ganz und gar

nicht im Nutzen der Actionaire ist. Wir erkennen es gern an, daß die Oberschlesische Bahn zu denjenigen Bahnen gehört, welche gut administrirt werden, und diese gute Administration fand schon zu einer Zeit statt, als die Ober-Beamten und die Direction ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf den Bau der Bahn zu richten hatten. Welche größere Garantien werden dem Publikum jetzt, nachdem der Bau seinem Ende nahe ist, geboten, da die ganze Thätigkeit auf den Betrieb allein gerichtet werden kann? Aus welchem Grunde daher eine Veränderung und warum einen Gehalt für die Mitglieder der Direction? Die Liste dieser Mitglieder, welche wir nachgesehen haben, besteht aus so ehrenwerthen Männern, und das Interesse der Gesellschaft ist durch sie so vortrefflich vertreten, daß eine Aenderung durchaus nicht wünschenswerth erscheinen kann, und um bloß zu experimentiren, ist die Sache zu wichtig. Wir glauben, die Gesellschaft kann sich Glück wünschen, daß ihre Direction aus einer so großen Anzahl von Mitgliedern besteht, sie zu vermindern, würde sehr gegen ihren Vortheil sein. Wir sehen täglich, welche Anforderungen an die Gesellschaften gemacht werden, und wir müssen aufrichtig wünschen, daß stets eine so große Majorität in den Directionen gegen diese Anforderungen sein mag. Man könnte uns vielleicht noch einwenden, daß die Ober-Beamten der Bahn größere Unterstützung von Seiten der Directions-Mitglieder nöthig haben, und daß sobald dieselben besoldet werden, auch mehr zu leisten verpflichtet sind. Auch das können wir nicht zugeben, denn es ist uns sehr wohl bekannt, daß die Ober-Beamten so tüchtig sind, daß sie Zeit übrig haben, den Bau der Krakau-Oberschlesischen und Neisse-Briegner Bahn (circa 15 Meilen Länge) nebenbei zu leiten.

Den letzten Vorschlag des Verwaltungsrathes, dem Pensionsfond der Beamten-Kasse eine noch zu bestimmende Summe jetzt schon zuzuwenden, müssen wir entschließen so lange ablehnen, bis uns nicht dargethan ist, daß ein solches Bedürfnis vorhanden sei. Wir haben gehört, daß dieser Fond bedeutend angewachsen ist und daß bis jetzt die Anforderungen an denselben höchst unbedeutend sind. Wir erkennen die Verpflichtung der Gesellschaft an, für ihre im so schweren Dienst invalid gewordenen Beamten zu sorgen, behaupten aber, daß es erst dann nöthig ist, ein Kapital dieser Kasse anzuzuwenden, wenn das Bedürfnis dazu sich herausgestellt hat, und glauben, daß es wohl gerathen sei, die disponiblen Fonds erst dann als solche zu erkennen u. c., wenn der ganze Bau beendet sein wird, weil sonst möglicherweise noch einmal neue Actien ausgegeben werden müßten.

Mehrere Actionaire.

#### Bekanntmachung.

Der Turnunterricht auf dem städtischen Turnplatz am Schießwerder findet diesen Sommer wochentäglich des Abends von 6—8 Uhr statt, und zwar,

#### 1. Montags und Donnerstags

für die Schüler der höheren Bürgerschule und der Egl. Wilhelms-Schule,

#### 2. Dinstags und Freitags

für die Schüler des Egl. kath. Gymnasii,

#### 3. Mittwochs und Sonnabends

für die Schüler des Elisabethani, des Magdalenäi, der Bürgerschule z. hl. Geist und für das Egl. kath. Lehrer-Seminar.

Die Eltern und Pfleger der Schüler werden ersucht, mit darauf zu halten, daß die letzteren sich nicht früher, als zum Anfange der bestimmten Turnzeit, also immer erst kurz vor 6 Uhr Abends auf dem Turnplatz einfänden und sich gleich nach Beendigung der Stunden von diesem hinweg nach Hause begeben.

Breslau, den 8. Mai 1847.

Der Turnrath.

**Inserate können nur bis 12 Uhr für die am folgenden Tage erscheinende Zeitung angenommen werden.**

Im Verlage von **Graf, Barth Comp.** in Breslau und Oppeln ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler**:

**Serzog**, der katholische Seelsorger nach seinen Amtsverpflichtungen und Amtsverrichtungen. Mit besonderer Bezugnahme und Rücksicht auf die Geseze des königl. preuß. Staats. Mit hoher Approbation des hochwürdigsten Bischofs von Culm. 3 Theile. 8. 4 Rtlr. 15 Sgr.

**Hoffmann**, Verhältniß des preuß. Gewichts und Maasses zu dem Breslauer oder Schlesischen, sowie das Verhältniß des Breslauer, Amsterdamer, Hamburger, Kopenhagener, Londoner, Petersburger, Wiener und Leipziger Gewichts und Maasses zu dem preuß. Gewicht und Maasse. In 10 ausführlichen Vergleichungstafeln. 8. Geh. 10 Sgr.

**Jungmann**, die orientalische Blumen- und Frucht-Malerei, oder deutliche Anweisung, binnen wenigen Stunden diese Art der Malerei vollkommen zu erlernen. Nebst einer Farbentabelle zum Gebrauche für die noch Ungerübten in dieser Kunst. 8. Geh. 15 Sgr.

**Knie**, alphabetisch-topographisch-statistische Uebersicht aller Orte der Provinz Schlesien. Gr. 8. Cart. 3 Rtlr. 20 Sgr.

**Knüttel**, die Dichtkunst und ihre Gattungen. Ihrem Wesen nach dargestellt und durch eine nach den Dichtungsarten geordnete Muster-Sammlung erläutert. 4. Cart. 1 Rtlr. 10 Sgr.

**Köster**, Ulrich von Hutten. Ein historisches Trauerspiel. 8. Geh. 22 1/2 Sgr.

**Köster**, Luther. 1r. Theil. Tragödie. 8. Geh. 22 1/2 Sgr.

**Kudraß, A. J.**, Religiöse Dichtungen. 8. Geh. 1 Rtlr. 10 Sgr.

**Kudraß, A.**, Verhältniß des preussischen Gewichts zu dem Zollvereinsgewicht, und des letzteren, sowie die Verhältnisse des Amsterdamer, des Belgischen und Französischen, des Hamburger, des Kopenhager, des Leipziger, des Londoner, des Petersburger und des Wiener Gewichts zu dem Zollvereinsgewicht. In 10 Vergleichungstafeln. 8. Geh. 7 1/2 Sgr.

**Löschke**, merkwürdige Begebenheiten aus der schlesischen und brandenburgisch-preussischen Geschichte. 8. 7 1/2 Sgr.

**Löschke**, Erzählungen aus der Geschichte alter und neuer Zeit, mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands und der christlichen Kirche. 8. 12 1/2 Sgr.

**Löschke**, die religiöse Bildung der Jugend und der sittliche Zustand der Schulen im 16ten Jahrhundert. Gr. 8. 1 Rtlr.

**Menzel**, neuere Geschichte der Deutschen von der Reformation bis zur Bundesakte. 1—11r Band. 8. 26 Rtlr.

**Morgenbesser**, biblische Geschichten aus dem alten und neuen Testamente, mit nützlichen Lehren begleitet, besonders für Bürger- und Landschulen. 8. 6 Sgr.

**Morgenbesser**, Aufgaben zur Erlernung und Uebung der im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungsarten. 1—3s Heft. 8. a 6 Sgr. Auflösung. 1—3s Heft. 8. a 3 Sgr.

**Rees von Esenbeck**, Naturgeschichte der europäischen Lebermoose, mit besonderer Beziehung auf Schlesien und die Verticilliten des Riesengebirges. 3ter und 4ter Band. 8. a 2 Rtlr.

**Ordnung** für sämtliche Städte der königl. preuß. Monarchie. d. d. Königsberg den 19. Novbr. 1808. Nebst den durch die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 4. Juli 1832 bestätigten nachträglichen ergänzenden und erläuternden Bestimmungen. 8. Geh. 6 Sgr.

**Scholz**, Das Wissenswürdigste aus der Thierkunde für Volksschulen. 1s Bbchn. 8. 12 1/2 Sgr.

**Stolä-Tar-Ordnung** für sämtliche evangelische Kirchen des städtischen Patronats zu Breslau. 4. Geh. 7 1/2 Sgr.

**Tagmann**, Berechnung der Zinsen zu 2, 2 1/2, 3, 3 1/2, 4, 4 1/2 und 5 Rtlr. vom Hundert jährlich von 5 Silbergroschen bis 100,000 Rtlr. auf 1 Jahr, Halbjahr, Vierteljahr, einen Monat und einen Tag. 4. Geh. 12 1/2 Sgr.

**Thiemann**, Vorübungen zur Erlernung der französischen Sprache für Anfänger. 8. 7 1/2 Sgr.

**Theater-Repertoire.**

**Sonntag: „Don Carlos, Infant von Spanien.“** Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Don Carlos, Herr Heese, vom Königl. Hoftheater in Dresden, als erste Gastrolle.

**Montag: „Die Gebrüder Foster“, oder: „Das Glück mit seinen Lannen.“** Charaktergemälde in 5 Akten von Dr. C. Köpfer. Stephan Foster, Herr Marber, vom Stadt-Theater zu Leipzig, als erste Gastrolle.

**Dinstag, zum Benefiz für den Regisseur Hrn. Prawit und unter freundlicher Mitwirkung der Mad. Koester: „Die Hugenotten.“** Große Oper mit Tanz in 5 Akten, Musik von Meyerbeer. (Valentine, Mad. Koester.)

F. z. C. Z. 11. V. 6. R. □. III.

**Entbindungs-Anzeige.**

Die am 7. d. M. Abends 11 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Agnes, geb. Facillides, von einem gesunden Mädchen, zeige ich hierdurch ergebenst an. Krentsch, den 8. Mai 1847.

W. Meygenfinb.

**Entbindungs-Anzeige.**

(Statt besonderer Meldung.) Deut Abends 10 1/2 Uhr wurde meine Frau Marie, geborne Gütler, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden. Breslau, den 7. Mai 1847.

Z. Kleinert.

**Todes-Anzeige.**

Nach 14tägigen schweren Leiden starb, jedoch mit vollem Bewusstsein und Ergebung, mein ältester Sohn, der Bergzögling Benno Heinrich Rudolf Meißner, an Unterleibs-Leiden, am 5. Mai, zu Neurobe in der Grafschaft Glatz. Reulendorf, den 6. Mai 1847. Meißner.

**Todes-Anzeige.**

Das gestern Abend um 6 Uhr erfolgte Ableben unseres jüngsten Töchterchens, in dem Alter von vier Wochen, zeigen wir Verwandten und Freunden, um stille Theilnahme bittend, hiermit an. Glumbowig, den 6. Mai 1847.

Wollny.

Helene Wollny, geb. Kemp.

**Todes-Anzeige.**

(Verpätet.) Heute Nachmittags 1/2 6 Uhr starb hier nach 17-tägigen Leiden, an Altersschwäche, unser theurer vielgeliebter Vater, Großvater, Bruder und Schwiegervater, der Kaufmann Abraham Simon Leichtenritt, aus Miloslaw, in einem Alter von 73 Jahren. Dieses zeigen Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, um stille Theilnahme bittend, in tiefer Trauer an: die Hinterbliebenen. Pleschen, den 28. April 1847.

**Todes-Anzeige.**

Gestern früh 8 1/2 Uhr starb sanft und Gott ergeben, nach langen Leiden an Lungenschwindsucht, unsere gute noch einzige Tochter, Charlotte Rosalie Köhr, in einem Alter von 26 Jahren 5 Monaten 28 Tagen. Schmerzlich betrübt, um stille Theilnahme bittend, zeigen wir dieses Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an. Breslau, den 8. Mai 1847.

**Die Hinterbliebenen.**

**Todes-Anzeige.** Den 6. Mai, Nachmittags halb 3 Uhr, endete nach langen Leiden, unsere geliebte Mutter und Großmutter, Charlotte v. Kessel, geb. v. Wallenrodt, im Alter von 74 Jahren, ihre irdische Laufbahn. Solches zeigen wir entfernten Freunden und Bekannten, mit der Bitte um stille Theilnahme, ergebenst an. Kegnitz, den 6. Mai 1847.

**Die Hinterbliebenen.**

(Eingefandt zum Sonntag Rogate.) Daß ich hab' mich nähren sollen, — Dafür möchte ich Dich küssen. — Ob Du recht um Hilfe flehest? — Dieß kann Gott allein nur wissen.

**Villa nova**

in Alt-Scheitnig.

**Zur Eröffnung**

im Sommer-Lokal an der Fürstenbrücke Sonntag den 9. Mai **erstes Concert,** ausgeführt von einer Kapelle (bestehend aus 30 Personen), unter der Leitung des Kapellmeisters Bialecki. Anfang 3 Uhr.

**Dankagung.**

Seit zwei Jahren erkrankte, suchte ich bereits anderwärts vergeblich Hilfe und habe es nunmehr der äußerst geschickten Operation durch den Herrn Dr. Viol hierselbst (Tauenzenstr. 8) zu verdanken, daß ich auf schmerzlose Weise zu meinem Augentlichte gekommen bin, wofür ich meinen tiefgefühlten Dank öffentlich auszusprechen, mich nicht enthalten kann. Breslau, den 7. Mai 1847.

E. Vogtland.

**Berichtigung.**

Der zum Verkauf Regerberg Nr. 9 angezeigte Flügel ist von Polyrander-Holz, Gebrauchs- und soll Umzugshalber für den billigsten aber festen Preis von 130 Rthl. überlassen werden.

Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, erscheint und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen:

**Wigand's Conversations-Lexikon.**

Für alle Stände. — Von einer Gesellschaft deutscher Gelehrten bearbeitet.

Vollständig in 12 Bänden gr. 8. — Jeder Band in 12 Hefen (60 Bogen). — Jedes Heft 5 Bogen in Umschlag geb. 2 1/2 Sgr. Vorräthig bei Graf, Barth und Comp. in Breslau und Oppeln, in Brieg bei Ziegler.

**Dankagung!**

An die verehrten Mitglieder der israelitischen Corporation hier.

Ihre freundliche Theilnahme bei dem harten Verluste, der uns am 28. v. M. durch das Hinscheiden unseres geliebten Vaters, Großvaters, Bruders und Schwiegervaters, des Herrn Abraham Simon Leichtenritt, betroffen hat, war unsern Herzen wohlthuend. Das Mitgefühl, welches Sie den Hinterbliebenen widmeten, goß lindernnden Balsam in unsere tief schmerzende Wunde. — Empfangen Sie daher unsern besten Dank für den Trost in unsern herben Leiden, und für jenen liebevollen Ausdruck Ihrer frommen Gefinnungen, welche uns auf die unverstorbene Quelle geistiger Stärkung, auf die Religion hinweist. — Für alle Beweise Ihres gütigen Wohlwollens werden wir stets die reinste Verehrung in unserm Herzen nähren, womit wir die Ehre haben zu unterzeichnen. Pleschen, im Mai 1847.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Als frühesten hiesiger Agent der Kurhessischen allgem. Hagelschaden-Versicherungsgesellschaft, welche den auf 5 Jahre beigetretenen Mitgliedern 2/3 pCt. des Versicherungskapitals, als Dividende für 1846 vergütet, bin ich nach wie vor befugt, Versicherungen für dieselbe anzunehmen, welche ich schnell besorge. Breslau, 1. Mai 1847.

F. A. Müllendorff's Sohn, alte Taschenstraße Nr. 28.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:

- 1) Herrn Köhr,
  - 2) Fräulein E. Bille,
  - 3) Herrn Kaufmann Mansfeld,
  - 4) Herrn Schauspieler Grans,
  - 5) Herrn Studiosus Ollendorf,
  - 6) Frau Apotheker Reubacher,
  - 7) Madame Schiff,
  - 8) Herrn Kroch,
  - 9) Herrn Chirurg Johann Hübner,
  - 10) Herrn Sprachlehrer Weidlich,
  - 11) Herrn Polizeisergeant Hensel,
  - 12) Herrn Kaufmann Goldstein,
  - 13) Herrn Rektor Dr. Klette,
  - 14) W. Gerichts-Amt Döwig,
- können zurückgefordert werden. Breslau, den 7. Mai 1847.

Stadt-Post-Expedition.

**Bekanntmachung.**

Die Auktion verfallener Pfänder etc. im städtischen Leih-Amt soll am 11. Mai d. J., Vormittags von 9 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr, fortgesetzt werden, wozu Kauflustige hiermit eingeladen werden. Breslau, den 6. Mai 1847.

Der Magistrat

hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

**Bekanntmachung.**

Die dem Hospital zu Allerheiligen gehörige, sub Nr. 35 der Reuthen: und Nr. 46 der Nikolai-Straße gelegene Cullmannsche Scheune, soll im Term. den 1. Juni dieses Jahres auf unserm rathhauslichen Fürstensaale meistbietend verkauft, eventualiter vom 1. Juli dieses Jahres ab, auf 6 Jahre vermietet werden. Verkaufs- und Vermietungs-Bedingungen sind in der Rathsbienerscheube einzusehen. Breslau, den 24. April 1847.

Der Magistrat

hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

**Bekanntmachung.**

Abermals sehen wir uns veranlaßt, den Wohlthätigkeitsfuss unserer Mitbürger anzufragen. Die Stadt B. omf, welche schon im Jahre 1844 ein bedeutendes Brandunglück erlitten, ist am 22. April d. J. abermals von einem solchen, wahrscheinlich durch Feuerhand erzeugt, betroffen worden, durch welches 47 Wohnhäuser, 43 Stallgebäude und 14 Scheuern ein Raub der Flammen wurden. 104 Familien, aus 412 Köpfen bestehend, sind obdachlos und der größten Noth preisgegeben.

Wir sind gern bereit, die Spenden der Wohlthätigkeit für die Verunglückten anzunehmen, und haben unsere Rathhaus-Inspektion zur Empfangnahme der eingehenden Gaben, sie bestehen in Geld oder Kleidungsstücken, angewiesen.

Breslau, den 4. Mai 1847.

Der Magistrat

hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

**Heiraths-Gesuch.**

Ein wohlgebildeter gesunder Mann, gesetzten Alters, Hausbesitzer und Inhaber eines gut rentirenden Geschäfts, ist des letztern wegen, was seine Aufsicht erfordert, behindert, Familienbekanntschaften zu machen und wählt daher diesen Weg, um eine Gattin zu finden. Die beschreibenden Ansprüche sind: angenehmes Äußere, moralischer Charakter, häuslicher Sinn und einiges Vermögen, welches jedoch ganz zu ihrer Disposition verbleibt. Unter Zusicherung der strengsten Discretion werden Adressen A. B. Nr. 3. poste restante Breslau, zur näheren Einleitung erbeten.

Im Verlage von Graf, Barth u. Comp. in Breslau u. Oppeln ist so eben erschienen, und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Brieg durch J. F. Ziegler:

**Die Pyrenäen.**

Von

Eugen Baron Baerst.

2 Bände. 8. Geh. 4 Rthl.

**Inhalt:** Zueignung. Quellen. Reise nach Marseille. Die Provence. Catalonien. Geschichte von Roussillon. Pau. Die Pyrenäen. Geschichte von Bearn. Spanien. Die baskischen Provinzen. Die Karlisten. Reise zu den Karlisten. Aufenthalt bei denselben. Heimkehr.

Im Verlage von Graf, Barth u. Comp. in Breslau und Oppeln ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Brieg bei Ziegler:

**Kurze Anleitung**

zum künstlichen Holz-Anbau

von Julius v. Pannwitz, königl. preuß. Oberforstmeister.

Zweite vermehrte Auflage, nebst Anhang, enthaltend die Vergleichung der verschiedenen Maße, Gewichte und Münzen mit den preussischen. 8. Geh. 12 Sgr.

**Auktions-Anzeige.**

Dienstag den 11ten d. Mts., Vormittags 9 Uhr und folgende Vormittage, sollen mehrere Nachlaßgegenstände, als: Porzellan, Gläser, Kupfer etc., Möbeln (wocunter ein Schreib-bureau), Betten und Leinwand, weibliche Kleidungsstücke, 2 Koffhaar-Matrasen, ein Flügel, ein Fortepiano und ein Jagott, auf dem Ober-Landes-Gericht gegen baare Zahlung versteigert werden. Breslau, den 3. Mai 1847.

Hertel, Kommissionsrath.

**Auktion.** Am 11. d. M., Vormittags 9 und Nachmittags 2 Uhr, werde ich Breitenstraße Nr. 42 zuerst zwei Breitenwagen, dann Tischuhren, Gläser, Porzellan, Kleidungsstücke, Möbel und eine Partie pariser Gipsformen versteigern. Mannig, Auktions-Kommiss.

**Auktion.** Am 10ten d. M. Vorm. 9 Uhr werden in Nr. 42 Breitenstr. versch. Effekten, als: Leinwand, Betten, Kleidungsstücke, gute Möbel und Hausgeräthe, versteigert werden. Mannig, Aukt.-Kommissar.

Der Anton May hat mich in der Zeitung vom 7. d. M. aufgefordert, den Grund zu veröffentlichen, warum ich in beiden Zeitungen seine Entlassung von mir bekannt gemacht habe, indem er ein Zeugniß besitze, in welchem ich doch meine Zufriedenheit anerkenne. — Jedem rechtlichen und einsichtsvollen Manne ist es gewiß genügend bekannt, daß man stets Zeugnisse so auszustellen genöthigt ist, daß Niemand in seinem weiteren Fortkommen behindert werde. Als Erwiderung diene ihm hiermit, ein für allemal: Daß jedem Principal das Recht zur Seite steht, das Ausscheiden seiner Leute öffentlich bekannt zu machen, ohne dabei die Absicht zu verbinden, Dilemm oder Jenem dadurch zu schaden. Durch eine mir gewordene Mittheilung soll der Anton May hin und wieder verschiedene Proben von solchen Artikeln vorgezeigt und zum Kauf angeboten haben, welche auch ich fabrizire. Um einem etwaigen Irrthum vorzubeugen, fand ich es daher für nöthig, bekannt machen zu müssen, daß sich nicht mehr der z. M. bei mir in Condition befindet, weil es ja leicht möglich sein könnte, daß vielleicht diejenigen, von ihm zum Kauf angebotenen Artikel, nicht von der Beschaffenheit sind, als die Meinigen, wodurch ich in meinem zeitweiligen Vertrauen, welches ich mir durch Lieferung reeler Waaren erworben, geschmälert würde.

E. C. Krusch.

Sonntag den 9. Mai wird meine Schwimm-anstalt für Herren, Hinterbleiche Nr. 3, eröffnet.

Kallenbach.

Herrn Gutsbesitzer v. Fragstein, früher auf Nieder-Diersno, zuletzt in Schönhaide, Studiosus Schnappfa, früher hier, ersuchen wir hiermit, uns ihren jetzigen Wohnort baldigst anzuzeigen. Breslau, den 8. Mai 1847.

J. Wiener u. Söfkind,

früher J. Wiener.

Frische echte Elbinger Bricken, billig, Marinirten Lachs,

Geräucherten Lachs, das Pfund 8 und 10 Sgr.,

Frische marinirte Heringe, delikate zubereitet, das Stück 1 bis 1 1/2 Sgr.,

Neuen Karoliner und Tafelreis, das Pfd. 3 und 3 1/2 Sgr. empfiehlt

J. G. Plauge,

Dhlauerstraße Nr. 62, a. d. Dhlaubrücke.

Zwei gute Kochöfen sind zu verkaufen: Albrechtsstraße Nr. 33.

**Poudre Fèvre,**

oder Selterwasser-Pulver, das Paket zu 20 Flaschen berechnet, kostet nur 15 Sgr., die einzelne Flasche also nur 9 Pfennige, empfing in Commission und empfiehlt: C. G. Schwark, Dhlauerstr. 21.

Weidenstraße Nr. 34 sind drei Marquisen von gestreiftem Drillisch, mit eisernen Stäben, billig zu verkaufen. Das Nähere beim Wirth.

Für Möbel-Fabrikanten stehen schöne trockene Erlenbretter und Bohlen, von 1 Zoll bis 3 Zoll stark, Holzhäuselbrücke Nr. 1, zu verkaufen bei D. Viertel.

**Goldene Schärpen**

für Schlingengilden, von 4 bis 12 Rthl., offerirt die neue Berliner Militär-Effekten-Handlung des W. D. Sellinger, Nikolaistraße Nr. 13.

**Echte Talis-Tressen**

und Spigen, in Gold und Silber, sind wieder vorrätig bei W. D. Sellinger, Nikolaistraße Nr. 13, gelbe Marie.

**Zwei Markisen.**

fast noch ganz neu, von Segelleinwand, nebst allem Zubehör sind für 2 Rthl. 20 Sgr. zu verkaufen beim Tapezireur E. Ehrmann, Antonienstraße Nr. 31.

Ohne persönliche Besprechung bitte ich auf meinen Namen nichts zu verabsolgen, indem ich für dergleichen Schulden nicht aufkommen noch dieselben bezahlen werde.

Napheal Alexander.

Zu verkaufen ist ein günstig gelegener Bauplatz auf der Bauenzienstraße. — Auch sind daselbst schöne Wohnungen bald zu beziehen. Tralles, Schuhbrücke 66.

Ein in der Stadt und gut gelegenes Haus mit Schank-Gelegenheit und Billard etc. ist gegen eine mäßige Anzahlung durch mich zu verkaufen.

C. Hennig, Weidenstr. Nr. 13.

Mehlgasse Nr. 7 ist eine Mittelwohnung zu vermieten. Näheres beim Wirth.

**Zu vermieten**

für Herrn Johann d. J. ist am Neumarkt Nr. 27 im weißen Hause die sehr freundliche erste Etage (Sonnenseite), bestehend aus 7 Stuben, Küche, 2 Speise-Kabinetts, verschließbarem Glas-Entrée, Keller und Bodengelaß, mit und ohne Stallung und Wagenremise, desgleichen die zweite Etage von 5 Stuben, Speise-Kabinetts, verschließbarem Glas-Entrée, Keller und Bodengelaß.

Das Nähere im Spezerei-Gewölbe.

**Neuße Straße Nr. 1,**

in den 3 Mohren, sind im ersten Stock, vorn heraus, zwei gut möblirte Zimmer während des Wollmarkts, auch schon früher, zu vermieten.

Ein sehr freundliches, sauberes und geräuschloses Sommer-Quartier in Döwig, über das der Herr Lehrer Nagel in Breslau, wohnhaft Kirchstraße Nr. 13, gern nähere Auskunft geben will, offerirt der Drechslermeister Faulhaber in Döwig.

Zu vermieten und Johann zu beziehen ist der halbe erste Stock im ersten Hause an der Kleinburger Straße.

## Aus den Vorräthen von Ferdinand Hirt.

So eben ist eine, für die preussische Verfassungsfrage höchst wichtige Schrift von dem bekannten Volksvertreter, Hofrath C. Welcker erschienen, welche den Titel führt:

### Grundgesetz und Grundvertrag.

Grundlagen zur Beurtheilung  
der preussischen Verfassungsfrage.  
von Carl Welcker.

(Aus dem Staatslexikon besonders abgedruckt.)

Altona. Gr. 8. Bei Joh. Fr. Hammerich. Geh. 15 Silbergr.

In allen Buchhandlungen Deutschlands, in Breslau und Ratibor bei Ferdinand Hirt, in Krotoschin bei Stock zu haben.

Bei F. A. Brochhaus in Leipzig erschien so eben und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten, in Breslau und Ratibor vorrätig bei Ferdinand Hirt, in Krotoschin bei Stock:

### Ungarische Zustände.

Gr. 12. Geh. 1 Rthl.

Für Diejenigen, die zu einer klaren Anschauung über die in der ungarischen Nation sich kundgebenden Regungen und Bestrebungen gelangen wollen, wird diese Schrift von ganz besonderem Interesse sein.

In meinem Verlage erschien und ist in Breslau und Ratibor bei Ferdinand Hirt, in Krotoschin bei Stock vorrätig:

### Die medizinische Anwendung der Aetherdämpfe.

Von Dr. J. Bergson.

Mit einem Holzschnitt. gr. 8. brosch. 18 Sgr.

Berlin.

Alb. Förstner.

In der Ernst'schen Buchhandlung in Quedlinburg ist erschienen, vorrätig in Breslau und Ratibor bei Ferdinand Hirt, — in Krotoschin bei Stock, — in Liegnitz bei Reischer, — in Glogau bei Flemming — in Schweidnitz bei Heege, und in allen Buchhandlungen Schlesiens:

(Für jede Hausfrau ist nützlich:)

Grove's neu erfundene Methode,

### den Kaffee so zuzubereiten,

daß derselbe den höchsten aromatischen Wohlgeschmack erhält. Nebst Zubereitung der Chocolate, Orgeade, Chaudreau, Maitrant, Punsch, wie auch der Backwerke bei Kaffee- und Theegesellschaften.

Enthält noch 11 Anweisungen zu warmen, 12 zu kalten Getränken, 5 zu künstlichen Weinen und 12 Rezepte zu beliebigen Backwerken. Dritte Auflage. Preis 5 Sgr.

Auch in Gleiwitz bei Landsberger, in Reife bei Hennings, in Brieg bei Ziegler vorrätig.

Bei Carl Hoffmann in Stuttgart ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen vorrätig:

Fr. Berge, Taschenbuch für Käfer- und Schmetterlingsammler, oder praktische Anweisung, Käfer und Schmetterlinge zu sammeln, zu erziehen, zuzubereiten und aufzuwahren. Nebst einer namentlichen Aufzählung der europäischen Gattungen in systematischer Ordnung. Mit instruktiven Abbildungen der Fanginstrumente und sonstiger Geräthschaften. Preis, brosch. 1/2 Rthl.

Dieses, 24 Bogen starke, mit den nöthigen Abbildungen versehene Buch, enthält Alles, was Sammlern von Schmetterlingen und Käfern zu wissen nöthig ist; die Anleitung zum Fang und zum Aufbewahren ist genau und ausführlich, und das angehängte vollständige Verzeichniß aller europäischen Käfer und Schmetterlinge dürfte, da ein anderes nicht vorhanden ist, auch für wissenschaftlich Gebildete zu richtiger Eintheilung und Ordnung ihrer Sammlungen unentbehrlich sein!

Zu Bestellungen empfehlen sich namentlich für Breslau Ferdinand Hirt, G. Ph. Aberholz, Korn, Graß, Barth u. Comp. und Marx u. Komp., für Oberschlesien die Hirt'sche Buchhandlung in Ratibor, in Krotoschin A. E. Stock.

Etwas ganz Neues.

### Wirthschafts-Bücher für Landwirthe

sauber liniert und mit Kopf-Überschriften versehen

nach der einfachen, beliebigen Buchführung

des preuss. Amtsrath, Herrn Albrecht Block,

sind bei uns ungebunden erschienen und werden auf Bestellung, in jeder Bogenstärke, der verschiedenen Schemas, rasch und dauerhaft gebunden.

Klaus und Hofert,

Ring Nr. 43, Papier-Handlung, Buchbinderei und Linir-Anstalt.

### Niederschlesische Steinkohlen

empfehl:

H. Dittich, Matthiasstraße Nr. 5.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren,  
nach den neuesten Formen, aufs Soldeste gearbeitet, empfiehlt in reichhaltiger Auswahl zu billigen Preisen:

das Möbel- und Spiegel-Magazin des

Joseph Stern, Ring Nr. 60.

### Hamburger's Strohhut-Lager,

Schweidnitzer Straße Nr. 51, zur Stadt Berlin,

empfehl sein reich fortirtes Hut-Lager in deutschen und italienischen Geflechten für Damen und Mädchen;

### Bordüren-Hüte

in allen Nuancen und in den geschmackvollsten Façons, so wie etwas ganz Neues:

### Pariser Zephir-Hüte,

die ihrer Eleganz wegen, Alles bisher in diesem Fache da gewesene übertreffen.

Außerdem empfehle ich italienische Herren- und Damen-Mützen in größter Auswahl zu den solidesten Preisen.

Die beliebtesten von andern bereits annoncirtten Gartenhüte verkaufe ich in bunt das Stück à 10 Sgr. und weiß à 12 1/2 Sgr.

### Friedrich Herzog in Breslau,

Fabrikant in Mengersdorf in Sachsen,

empfehl, durch fortwährende Zufuhren neuer Waaren, sein best assortirtes Lager en gros

### Baumwollener Rock- und Hosenzeuge.

Blücherplatz Nr. 7, im weißen Löwen.

## Oberschlesische Eisenbahn.

Wir sind auf Befehl des hohen Finanz-Ministerii angewiesen worden, mit unsern Zügen: von Breslau bahnauwärts 12 Uhr 15 Minuten Mittags und von Kosel bahnabwärts 11 Uhr Vormittags, hier die Ankunft des Niederschlesisch-Märkischen und in Kosel die Ankunft des Wilhelms-Bahn-Zuges, bis eine Stunde über die reglementmäßige Abfahrtszeit, abzuwarten.

Die hierdurch unter Umständen auf allen unseren Stationen und mit fast allen unseren Zügen unausbleiblichen Verspätungen bringen wir hiermit im Voraus zur öffentlichen Kenntniß.

Breslau, den 4. Mai 1847.

Das Direktorium.

### Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Behufs der Wiederverpachtung der vom 1. Oktober d. J. ab pachtlos werdenden Restauration im Bahnhofe zu Schweidnitz haben wir im Wege der Licitation einen Termin auf Freitag den 21sten d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, in unserem Hauptbureau hieselbst angesetzt.

Die Verpachtungs-Bedingungen können in letzterem und bei der Bahnhofe-Inspektion zu Schweidnitz eingesehen werden.

Breslau, den 4. Mai 1847.

Direktorium.

Vorschriftsmäßig — (nach der Verordnung vom 15. Februar 1811 und dem Publikandum vom 13. März 1813) — angefertigte

### Mühlenwaage-Tabellen,

das Exemplar zu 3 Bogen — 6 Sgr.,

sind vorrätig zu haben in der Stadt- und Universitäts-Buchdruckerei von

Graß, Barth und Comp.,

Breslau.

Herrenstraße Nr. 20.

Die mir zur Erhebung der neuen Couponsbogen bis zum 30. v. M. übergebenen polnischen Pfandbriefe können von den resp. Eigenthümern vom 11. dieses Monats ab in Empfang genommen werden.

E. Heimann, Ring Nr. 33.

Eine Partie gut conservirter Citronen werden für fremde Rechnung billig verkauft: Nikolai-Vorstadt Fischergasse N. 13 im Comtoir.

### Aus der Fabrik von

### Wilhelm German Gebrüder aus Braunschweig

sind neue Sendungen von Kofhaar- und Bordüren-Hüten neuester Façon angekommen und im Hotel zum blauen Hirsch, Zimmer Nr. 2, zu billigen Preisen zu haben.

Frisch gebrannten Stuccatur-Gips Nr. 1., II. und III.; besten Glas-Dünger-Gips, so wie reines Knochenmehl sind stets in solchen beliebigen Quantitäten vorrätig, daß ich allen Anforderungen genügen kann. Bestellungen auf spätere Lieferungen, so wie auch Abschlässe werden sowohl in der Masselwitzer Fabrik, als auch in deren Niederlage, Schweidnitzer Straße Nr. 31, so wie in meinem Comtoir entgegengenommen und bewirkt.

Moritz Werther, Dhlauer Straße Nr. 8, im Rautenfranz.

### Wolle-Lagerung.

Auf den drei Böden des städtischen Leinwandhauses sind für den bevorstehenden Wollmarkt Plätze zur Lagerung von Wolle zu vermieten und ertheilt nähere Auskunft hierüber der Woge-Rendant Nauer in der großen Woge.

### Etablissemments-Anzeige.

Hiermit beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem heutigen Tage Neumarkt Nr. 28, im Einhorn, in dem neu eingerichteten Keller eine

### Restauration

unter der Firma F. Lindner

eröffnet und zur Unterhaltung der mich beehrenden Gäste ein Billard aufgestellt habe. Indem ich mir noch zu bemerken erlaube, daß ich mit verschiedenen Bieren und Weinen bestens assortirt bin, werde ich gleichzeitig mich bestreben, für gute Speisen und prompte Bedienung stets Sorge zu tragen.

Um geneigten Zuspruch ersucht:

F. Lindner.

Breslau, den 6. Mai 1847.

### Alt-Scheitnig. Villa nova.

Heute, Sonntag den 9. Mai Öffnung.

Concert unter der Direction des Herrn Kapellmeister Bialecki.

### Restaurations-Öffnung in Salzbrunn.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage meine Restauration in Salzbrunn zum grünen Baum wieder eröffnet habe und bemüht sein werde, das Vertrauen meiner resp. Kunden wie in den früheren Jahren durch schmackvolle Küche und zeitgemäße Preise dauernd zu erhalten.

Breslau, den 9. Mai 1847.

Scholim.

Zu jeder Tageszeit, bei jeder Witterung, Einzel- und Gruppen- Daguerreotyp-Porträts. schwarz und bunt. Atelier im Schweizerhause an der Freiburger Eisenbahn.



# Die Mode- und Puzwaaren-Handlung von Friedrike Werner,

am Fischmarkt Nr. 1, erste Etage,

empfehlen ihr reich sortirtes Lager der neuesten Pariser und Wiener Damenhüte und Hauben jeder Art, so wie eine große Auswahl der feinsten und geschmackvollsten Blumen und Bänder, und bittet, unter Versicherung solider Preise, um geneigten Zuspruch.

## Die Damenschuh-Niederlage

aus der Fabrik von C. Selzrich in Berlin,

befindet sich in der Mode- und Puzwaaren-Handlung von Friedrike Werner, am Fischmarkt Nr. 1, erste Etage,

und empfiehlt ihr, in Auswahl ausgezeichnetes Lager der elegantesten Damenschuh.

Das Sortiment von dauerhaft und ganz modern gearbeiteten Damenschuhen von den verschiedensten Stoffen und Gattungen, wird die Wünsche der geehrten Damen in jeder Hinsicht befriedigen, da bei reeller Arbeit die möglichst billigen Preise gestellt worden sind.

## Die neue Tapeten- und Bronze-Handlung des J. S. Hoffmann, Albrechtsstr. Nr. 48,

empfehlen ihr reichhaltig sortirtes Lager von deutschen und französischen Tapeten in den neuesten und geschmackvollsten Dessins, die Rolle von 4 1/2 Sgr. bis 3 Rthl., desgl. Bronze-Garbinenverzierungen und Broncestangen, die Stange von 17 Sgr. bis 8 Rthl. in größter Auswahl.

## Ausverkauf von Tuchen und Buckskins.

Wegen Geschäfts-Veränderung werden alle Sorten Tuche, Buckskins, Halbtuche und Sommer-Beinkleiderzeuge, verschiedene Westen und wollene Futterzeuge zu und unter dem Kostenpreise baar verkauft: Elisabethstraße Nr. 15, im 1. Et.-Gewölbe.

## Frischer Maitrank

von vorzüglicher Qualität à 15 und 20 Sgr. pro Fl. ist täglich zu haben bei

C. G. Gansauge, Neuschestr. Nr. 23.

## Gnadenfreier-Pfeffermünzküchel

von Herrn J. Favre in versiegelter Originalschachteln zu 1/4 Pfd. und 6 Loth sind zu haben Junkernstraße Nr. 5 im Comtoir.

Ein gebrauchter, sich im besten Zustande befindlicher und bequemer mittlerer, leichter Wagen, ganz und halbgelackter, steht billig zu verkaufen bei

C. R. Dreßler,

Sattler-Meister, Bischofsstraße Nr. 12.



## Friedrich's Conditorei, Neuschestr. Nr. 7, empfiehlt guten Himbeersaft, die Flasche 20 Sgr., bei Abnahme von 6 Flaschen 1 Flasche Rabatt.

### Zu vermieten

und Termin Michaeli zu beziehen ist Hintermarkt Nr. 2 die erste Etage, bestehend aus 5 Zimmern und Zubehör. Das Nähere bei

J. G. Berger's Sohn, Hintermarkt Nr. 5.

### Im Hermanns-Hofe

in der Bahnhofstraße sind die eine Hälfte des ersten und zweiten Stockes, so wie einige kleinere Wohnungen zu vermieten und eine sofort zu beziehen.

Das Nähere beim Haushälter.

Junkernstraße Nr. 33 stehen zwei gut eingefahrene junge russische Wagenpferde, so wie ein fast noch neuer Fenster-Chaisenwagen zum Verkauf.

Für's reisende Publikum sind fortwährend elegant möblirte Zimmer auf beliebige Zeit zu vermieten: Albrechtsstraße Nr. 33, erste Etage, bei König.

Elegant möblirte Zimmer sind auf beliebige Zeit stets zu vermieten und zur Aufnahme Fremder bereit: Tauenzienstraße 36 D (Tauenzienplatz-Ecke).

### Zu vermieten

ist ein schönes großes Keller-Kögel als Restauration an einem sehr belebten Orte hieselbst. Das Nähere zu erfahren Schmiedebrücke Nr. 9 im Gewölbe.

Im früher Kroll'schen Bade sind in der ersten Etage möblirte oder unmöblirte Zimmer zu vermieten und sofort zu beziehen.

### Zu vermieten

und Michaeli d. J. zu beziehen ist eine Gastwirtschaft nebst Schankgelegenheit und Ausspannung. Das Nähere zu erfahren Karlsstraße Nr. 33, eine Etage.

### Wohnungen.

In dem neubauten Hause Königsplatz-Ecke sind elegante Wohnungen und zwei Gewölbe zu billigem Mietzins zu vermieten. Das Nähere ebenfalls hieselbst.

Für's reisende Publikum sind jederzeit gut möblirte Quartiere zu vermieten, Ritterplatz Nr. 7 bei Fuchs.

Das Parterre-Kögel, Stockgasse Nr. 10, als Verkaufs-Gewölbe oder zu einer Restauration ist zu vermieten und sofort zu beziehen.

Näheres Oberstraße Nr. 10, im Gewölbe.

Albrechts-Strasse Nr. 11 ist die neu decorirte obere Etage, bestehend in sieben Stuben nebst Zubehör sofort oder zu Johanni zu vermieten und das Nähere daselbst bei dem Herrn Lust zu erfahren.

Ring Nr. 54 ist der zweite Stock zu vermieten, bestehend aus zwei Stuben, Küche, Keller und Boden. Das Nähere im Gewölbe daselbst.

## Commerzwohnung.

Zu erfragen Schweidnitzerstraße 33 par terre.

Leichtstraße Nr. 5 ist die erste Etage, aus 6 Piecen nebst Garten bestehend, und sehr freundlich gelegen, von Johanni zu vermieten.

## Ein Haus

in bester Lage, worin sich eine sehr gut rentirende Destillation, Speiseanstalt und Billard befinden, soll, mit Uebernahme der Schankgerechtigkeit, wegen Ortsveränderung des Eigenthümers zu einem sehr civilen Preise sofort verkauft werden. Einzahlung 3000 Rthl.

Das Nähere durch

Jacob Heymann,

an der St. Barbara-Kirche Nr. 5.

Schwaben das Pfund 6 Sgr.,  
Besten Karoliner Reis à 3 1/2 Sgr.,  
Feine Perigrinen à 3, 3 1/2 und 4 Sgr.,  
Fein Wiener Gries à 3 Sgr.,  
Weiß und gelbe Tabaknubeln à 5 Sgr.,  
Weiß und braunen Perslago à 3 Sgr.,  
Feinste Weizenstärke à 3 1/2 Sgr.  
empfehlen zur geneigten Abnahme

H. R. Leyser,

Schmiedebrücke Nr. 56.

## Rapé de Paris,

das Pfd. 20, 15 und 10 Sgr. empfiehlt:

H. R. Leyser,

Schmiedebrücke Nr. 56.

Die Schnittwaaren-Handlung Gelbneradegasse Nr. 25 empfiehlt ihr wohlfortirtes Lager in Mailänder Taffeten, Bartisten und allen in dies Fach schlagenden Artikeln, und versichert bei reellster Bedienung die billigsten Preise.

H. L. Schnapp.

## Wollzette

sind zu vermieten in der Möbel- und Billard-Handlung von S. Dahlem, Ring (grüne Rohrseite) Nr. 32.



Zwei gebrauchte, in allen Theilen gut reparirte, kostgütige Nähmaschinen, sind für die feinsten Preise von 40 u. 50 Rthl. zu verkaufen: Altbüßerstraße 12, beim Instrumentenbauer.

## Bekanntmachung.

Zum bevorstehenden Wollmarkt ersuchen wir ein geehrtes Publikum, uns wo möglich in der Zeit ihre respectiven möblirten Zimmer, so wie auch Remisen, die sich zum Lagern der Wolle eignen, recht bald a. f. zugeben.

Unser Bureau befindet sich Antonienstraße Nr. 30, par terre.

Alexander und Comp.

## Das Mode-Waaren-Magazin

H. Riakel und Sohn,

Ring Nr. 60, Ecke der Oberstraße, empfiehlt:

Pariser und Wiener Umschlagelücher, Double Long-Shawls, Französische Seidentosse, Foulards, Balzotine, Mousseline de laine und Battist Kleider.

Mantillen und Visiten nach den neuesten und beliebtesten Pariser Modellen, wie alle übrigen für diese Saison erschiene neuen Neuheiten.

## Engesottene Gebirgs-Preisbeeren

von bester Güte, das Pfund 1 Sgr., empfiehlt:

C. F. W. Jacob,

Dhlauerstraße 70, im schwarzen Adler.

## Angelommene Fremde.

Den 7. Mai. Hotel zum weißen Adler: Gutsbes. Czarnicki a. Struga. Banquier Friedländer a. Beuthen. Kaufm. Fremercy a. Gupen. Friedländer a. Beuthen. Revianbt a. Elberfeld. Ward aus Amerika. Schaller a. Frankfurt a. M. Kopp a. Bremen. Jillinghaus a. Magdeburg. Freund a. Darmstadt. Handl.-Kommiss. Goldschmidt u. Buchfabrikant Pasternack a. Warschau. Fr. Kaufm. Seydel a. Bromberg. Part. Wellhöfer a. Dresden. Reg.-Rath v. Kalkbrenner a. Weimar. Justiz-Kommiss. Eisenhardt a. Schönebeck. Dekon. Günther a. Jüterwalde. — Hotel zu den drei Bergen: Kaufm. Sack a. Jassy. Friedländer u. Friedheim aus Berlin. Frau Hauptm. Mertens a. Königsberg. — Hotel zur goldenen Gans: Gutsbes. Graf v. Pfeil a. Hausdorf, v. Unruh und Fr. Gutsbes. v. Glog a. Gröbberz.

Posen. Kammerherr v. Eisner a. Biebrich. Legationsr. Hübnert a. Leipzig. Dekon. von Basse und Reinberg a. Dresden. Kaufm. Jänike a. Berlin. Schafer a. Main. Seydel a. Trief. Lehr a. Urecht. Wirthsch. Jasp. Willibald a. Neudenburg. — Hotel de la Lette: Insp. Hirschberg a. Freiburg. Rfm. Raumann a. Berlin. Part. Kuchardt und Fink a. Dresden. — Hotel de la Gasse: Insp. Hirschberg a. Pilsberg. Post-Sekretar Fred. a. Münster. Fabrik. Lindner a. Berlin. — Hotel de la Gare: Major Müller aus Guben. Regier.-Kondukt. Quiram aus Rakel Gutsbes. v. Debschütz aus Sendz. Student Scheumann aus Königsberg. — Rohnelt's Hotel: Justizrath v. Giedt a. Elberfeld. Gutsbes. Reimann a. Herdorf. Mühlenbauer Heymann a. Rastatt. — Zwei goldene Löwen: Kaufm. Seliger u. Insp. Lukas aus Ratibor. Sekretär Hirschberg a. Posen. Gutsbes. Werner aus Giersdorf. — Deutsches Haus: Oberamt. Falkenhain a. Kempen. Postsekr. Serwakka a. Oppeln. Kaufm. Sachs u. Galle a. Kempen. Part. Neumann a. Dels. — Weißes Kreuz: Apoth. Struzynger a. Berlin. Gutsbes. Urban a. Reichenbach. Gutsbes. Schaub a. Viehau. Kaufm. Martensdorf a. Neumarkt. Siebert aus Pommern. Erzieher Logoz aus Genf. — Goldener Löwe: Fr. Muskat. Dir. Lange u. Ober-Sängerin Geißhardt a. Ratibor. Musik-Dir. Meyer a. Berlin. Wirthsch. Neimann a. Rudelsdorf. — Goldener Baum: Gutsbes. Giesmann aus Winzig. Privat-Logis. Karlsstr. 27: Handl.-Agent Berger a. Krakau. — Serbergasse 1: Kaufm. Tegel a. Biegenhals.

## Breslauer Cours-Bericht vom 8. Mai 1847.

Fonds- und Geld-Cours.

Holl. u. Kaij. vllw. Duf. 95 1/2 Gld.	Posener Pfandbriefe 3 1/2 % 92 1/2 Gld.
Friedrichsd'or, preuß. 113 1/2 Gld.	Schles. dito 3 1/2 % 97 1/4 Br.
Louisd'or, vllw. 111 1/2 Gld.	dito dito 4 % Litt. B. 102 1/2 Gld.
Poln. Papiergeld 99 1/2 bez. u. Gld.	dito dito 3 1/2 % 93 1/2 Br.
Deßter. Banknoten 113 1/2 Br.	Poln. Pfdbr., alte 4 % 94 1/8 Gld.
Staatschuldsscheine 3 1/2 % 93 1/2 Br.	dito dito neue 4 % 94 Gld.
Seeh.-Pr.-Sch. à 50 Thl. 95 1/2 Br.	dito Part.-L. à 300 Fl. 96 Br.
Bresl. Stadt-Obligat. 3 1/2 %	dito dito à 500 Fl. 79 1/2 Gld.
dito Gerechtigkeit 4 1/2 % 97 Br.	dito P.-B.-C. à 200 Fl. 17 1/2 Br.
Posener Pfandbriefe 4 % 102 1/2 Gld.	Rff.-Pfn.-Sch.-Dbl. i. S.-R. 4 % 81 1/2 Gld.

## Eisenbahn-Actien.

Oberschles. Litt. A. 4 % 103 1/2 Br.	Rheinische 4 %
dito Prior. 4 %	dito Pr.-St. Zuf.-Sch. 4 %
dito Litt. B. 4 % 96 3/4 Gld.	Rhin.-Minden Zuf.-Sch. 4 % 90 1/2 Br.
Bresl.-Schw.-Freib. 4 % 99 1/2 bez. u. Br.	Schf.-Schl. (Drs. Schl.) Zuf.-Sch. 4 % 99 1/2 Gld.
dito Prior. 4 % 95 1/2 Br.	Nfse.-Brieg. Zuf.-Sch. 4 % 63 — 63 1/2 bez.
Niederschles.-Märk. 4 % 86 2/3 Br.	Kraf.-Dberchl. 4 % 76 1/2 bez.
dito Prior. 5 % 102 Gld.	Posen-Starg. Zuf.-Sch. 4 % 83 1/4 Gld.
dito Zwgb. (Gl.-Sag.)	Fr. Wilh. Nordb. Zuf.-Sch. 4 % 70 3/4 bez.
Wüthb. (Kofel-Dberb.) 4 % 85 Gld.	

## Breslauer Wechsel-Course vom 8. Mai 1847.

Amsterdam in Courant, 2 Mon., 250 Fl. ....	Briefe. 139 1/4 Gld.
Hamburger in Banco, 300 M., à vista .....	151 1/2 " "
dito dito 2 Mon. ....	149 3/4 " "
London 1 Pfund Sterl. 3 Mon. ....	6 21 3/4 " "
Wien 2 Mon. ....	102 " 101 1/2 " "
Berlin, à vista .....	99 3/8 " "
dito 2 Mon. ....	99 " "

## Berliner Eisenbahn-Actien-Cours-Bericht vom 7. Mai 1847.

Breslau-Freiburger 4 %	Rhin.-Minden 4 % 90 1/4 Br. 1/2 Gld.
Niederschlesische 4 % 86 1/2 bez.	Nordb. (Fdr. Wilh.) 4 % 71 1/4 Br. 71 Gld.
dito Prior. 4 % 92 bez. u. Gld.	Posen-Stargarder 4 % 83 1/2 Br.
dito dito 5 % 102 bez.	Sächsl.-Schlesische 4 % 99 Gld.
Niederschl. Zweigb. 4 % 62 Kleinigk. bez.	
dito Prior. 4 1/3 %	Fonds-Course.
Oberschles. Litt. A. 4 % 103 1/4 Br.	Staatschuldsscheine 3 1/2 % 93 1/8 bez.
dito Litt. B. 4 % 97 Br. 96 1/2 Gld.	Posener Pfandbriefe 4 % 102 bez.
Wilhelmsbahn 4 % 87 1/2 zu machen.	dito dito 3 1/2 % 92 Gld.
Krakau-Dberchl. 4 % 76 3/4 Br.	Polnische dito alte 4 % 94 bez. u. Gld.
Quittungsbogen.	dito neue 4 % 93 1/4 Gld.
Rheinische Prior.-St. 4 % 89 Br.	

Paris, 4. Mai. 3 % R. 78 Fr. 5 % R. 115 Fr. 95 C. Nordbahn 615 Fr.

## Breslauer Getreide-Preise vom 8. Mai 1847.

	Beste Sorte.	Mittlere Sorte.	Geringste Sorte.
Weizen, weißer ..	4 Rtl. 10 Sg. — Pf. 4 Rtl. 5 Sg. — Pf. 4 Rtl. — Sg. —		
dito gelber ..	4 " 9 " — " 4 " 5 " — " 4 " 15 " — "		
Bruch-Weizen ..	3 " 25 " — " 3 " 20 " — " 3 " 15 " — "		
Roggen ..	4 " 3 " — " 3 " 27 " — " 3 " 20 " — "		
Gerste ..	3 " — " — " 2 " 25 " — " 2 " 20 " — "		
Hafer ..	1 " 18 " — " 1 " 16 " — " 1 " 15 " — "		

## Universitäts-Sternwarte.

7. und 8. Mai.		Barometer		Thermometer				Wind.	Gewölkt.	
		3.	z.	inneres.	äußeres.	feuchtes niedriger.				
Abends 10 Uhr.	27	7 72	+	15 67	+	14 6	3 6	5°	D	heiter
Morgens 6 Uhr.		7 46	+	14 00	+	11 7	1 2	13°	D	fast heiter
Nachmitt. 2 Uhr.		6 92	+	17 60	+	19 9	8 2	48°		
Minimum		6 80	+	14 00	+	11 7	1 2	5°		
Maximum		7 72	+	17 90	+	21 4	8 2	48°		

Temperatur der Ober + 14, 2



Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

Montag den 10. Mai 1847.

Extra-Blatt.

Landtags-Angelegenheiten.

Sitzung der Kurie der drei Stände am 5. Mai.  
(Verlesung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung.)

Marshall: Zwei Abgeordnete der Landgemeinde haben gewünscht, in andere Abtheilungen versetzt zu werden, in Folge dessen der Herr Michaelis aus der 1ten in die 6te, dagegen Herr Müller aus der 6ten in die 1te Abtheilung kommt. Es ist dies ein Tausch, den ich sehr gern zugeben habe.

Abgeordn. von Brünne: Ich bemerke aber dazu, daß Herr Michaelis, welcher der 1ten Abtheilung bis jetzt angehört hat, noch zu ersuchen sein wird, der Abfassung eines Gutachtens, welches übermorgen vorgelegt werden soll und von Wichtigkeit ist, beizuwohnen. (Herr Michaelis erklärt sich dazu bereit.)

Marshall: Ich fahre fort in der Vertheilung der eingegangenen Anträge.

Verzeichniß  
der verschiedenen Abtheilungen in der  
Sitzung vom 5. Mai überwiesenen Petitions-  
Anträge.

- Antrag des Abgeordneten Riebold und 14 anderer Abgeordneten wegen Einführung einer Landgemeinde-Ordnung für die östlichen Provinzen des Staats der 8. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Barre in Betreff der Emancipation der Volksschule von der Kirche, unter Hinweisung einer besseren Stellung der Volksschullehrer 8. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Mevissen um Aufhebung a) der Kabinetts-Ordre v. 6. März 1835 b) der nicht gesetzlich publizirten Kabinetts-Ordre vom 21. August 1819, c) der Gesetze vom 29. März 1844, so weit sie die Richter betreffen 5. Abth.
- Antrag der Abgeordneten Gräß und Raumann, betreffend die Umwandlung eines Theils der Gymnasien in Realschulen 8. Abth.
- Antrag des Abgeordneten von Bockum-Dolffs auf Erlass gesetzlicher Bestimmungen wegen gereizter Armen-Krankenspflege 8. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Hansemann, die Unabhängigkeit des Richterstandes, die persönliche Sicherheit und die Einschränkung der Polizei-Gewalt betreffend 5. Abth.
- Antrag desselben auf Bildung von Zettelbanken 7. Abth.
- Antrag desselben auf bessere Organisation der Zoll-Vereins-Verwaltung 6. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Baum auf Begünstigung der Vereins-Seelschiffahrt durch Beförderung des direkten transatlantischen Verkehrs im Wege des Differenzial-Zollsystems, Errichtung von Vereins-Konsulaten und Annahme einer Vereins-Flagge 6. Abth.
- Antrag des Abgeordneten der Stadt Memel, Frenzel Beyme, auf allgemeine Einführung einer mäßigen Steuer auf Branntwein und Spiritus 7. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Dorenberg auf Aufhebung der Verpflichtung, die Kunststraßen vom Schnee zu reinigen 8. Abth.
- Antrag des Abgeordneten von Weltheim auf Verminderung des übermäßigen Rothwildstandes und Abänderung des bisherigen Verfahrens bei Abschätzungen und Feststellung von Wildschäden 8. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Hüffer auf Errichtung von Privatbanken 7. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Illiges, den unfreiwilligen Umtausch von Grundstücken betreffend 6. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Schmidt aus Westfalen, Diebstahl, Raub und ähnliche Verbrechen strenger zu bestrafen 5. Abth.
- Antrag der Abgeordneten Schier, Coqui und Kersten auf Errichtung eines passenden Lokals für die Versammlungen des vereinigten Landtages, eventuell Errichtung eines Ständehauses 4. Abth.
- Antrag des Abgeordneten von Schorlemer, die Aufhebung der Stempel-Abgabe bei Sessionen in auf- und absteigender Linie betreffend 7. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Meyer aus Südböhmen, die von den Regierungen ohne vorherige Anhörung der veranagenden Behörde vorgenommenen Klassensteuer-Erhöhungen betreffend 7. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Hoof auf Abänderung des Verfahrens bei Beschwerden gegen die Behörden 5. Abth.
- Antrag des Abgeordneten von Arnim-Kopershagen wegen weiterer Ausbildung und Berechtigung der höheren Bürgerschulen, gegenüber den Gymnasien 8. Abth.

- Antrag des Abgeordneten Pantaleon Schumann um bürgerliche und politische Gleichstellung der Juden mit den Christen 1. Abth.
- Antrag des Abgeordneten von Kall auf Oeffentlichkeit der Landtags-Sitzungen 4. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Dr. Zimmermann aus Spandow auf Autorisation für die fiskalische Station, von der Grenz-Regulirung fiskalischer Binnengewässer zu abstrahiren 8. Abth.
- Antrag desselben um Organisation einer besonderen Instanz für die Beurtheilung der Zweckmäßigkeit der Richtung neu anzulegender Chausseelinien 8. Abth.
- Antrag desselben wegen exekutivischer Einziehung der Kriminalkosten von dem Schuldner Seitens der Kommunen 5. Abth.
- Antrag desselben auf Feststellung und Bewahrung der Rechte der Patrone 8. Abth.
- Antrag desselben auf Erlass von Marktpolizei-Gesetzen und Verordnungen zur Abwehr von Theuerung 6. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Abegg auf eine Bestimmung, daß alle Beschlüsse des vereinigten Landtages durch einfache Stimmenmehrheit gefaßt werden. 4. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Wenghoffer auf Einrichtung von besonderen Realklassen bei den königlichen Gymnasien 8. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Denzin, betreffend die Stellung der Richter und Justiz-Kommissarien 5. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Fürsten Reuß auf Vertretung der mit landtagsfähigen Rittergütern angeessenen Frauen bei den ritterschaftlichen Landtagswahlen 4. Abth.
- Antrag des Abgeordneten von Kall auf ein reichliches Auskommen der Schullehrer in baarem Gehalt und Verwirklichung der ihnen gewordenen allerhöchsten Verheißungen 8. Abth.
- Antrag desselben auf Anlage von Fabriken in der Provinz Preußen durch das Seehandlungs-Institut 6. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Weise wegen sofortiger Aufhebung der Gesetze vom 29. März 1844 über Absehbareit der Richter 5. Abth.
- Antrag desselben wegen Vorlegung der Rechnung über die wirklichen Einnahmen und Ausgaben des Staats vor Berathung über die Einkommensteuer und Eisenbahnanlage 7. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Heliodor Grafen Sforzinski um Aufhebung der Censur 5. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Dom auf Aufhebung der Klassensteuer für sämtliche Stufen, wenigstens zur Hälfte, auf die Monate Mai, Juni und Juli d. J. 7. Abth.
- Antrag des Abgeordneten von Puttkammer-Reinsfeld um Aufhebung der Salzsteuer und Uebertragung des abseits des Staatshaushalts von derselben bisher gezogenen Ertrages auf die allgemeine Klassensteuer 7. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Barre auf Gleichstellung aller Konfessionen, bezüglich der staatsbürgerlichen Rechte, welche durch das Toleranz-Gesetz vom 30. März d. J. nicht einmal für die christlichen Sekten gewährt ist 8. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Berndt auf Erweiterung des Schiedsmann-Instituts 5. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Vere in und 5 anderer Abgeordneten von Landgemeinden auf Verleihung einer Kommunalordnung für das platte Land 8. Abth.
- Antrag des Abgeordneten Appelbaum auf Einführung vollständiger Oeffentlichkeit und Mündlichkeit beim Kriminalprozeß 5. Abth.
- Antrag desselben auf Erweiterung der Wahl-Berechtigung im Stande der Städte 4. Abth.
- Abgeordn. Naumann: Ich bemerke, daß die erwähnte von mir eingebrachte Petition, betreffend die Posen-Schlesische Eisenbahn, für den Fall bestimmt ist, daß der Antrag auf eine Anteile für die preussische Bahn von der Versammlung nicht genehmigt werden sollte, und wollte ich mir für diesen Fall das Feld für jene Petition offen erhalten. In dieser Hinsicht scheint es mir nicht angemessen zu sein, daß sie an die vereinigten Kurien abgegeben ist. Wenn mir jedoch das Recht vorbehalten ist, sie in dem angedeuteten Fall noch zu Geltung zu bringen, so habe ich gegen diese Maßregel nichts einzuwenden.
- Marshall: Dies würde dem Herrn Abgeordneten wohl vorzubehalten sein.
- In Betreff der eben verlesenen eingegangenen Anträge wollte ich schließlich bemerken, daß ich mit Vertheilung derselben in der morgenden Sitzung fortfahren werde. Dieselben müssen alle zuvor abgeschrieben werden, und dies Geschäft hat bis heute noch nicht beendet werden können. Es haben mehrere Herren Abgeordnete um das Wort

gebeten, zunächst hat dasselbe der Herr Abgeordnete von Bockum-Dolffs.

Abgeordn. von Bockum-Dolffs: Der Buchhändler Karl Reimarus hat in der Preuss. Allg. Zeitung Folgendes angekündigt: „Der erste preussische vereinigte Landtag, enthaltend dessen vollständige Verhandlungen, herausgegeben unter Aufsicht des Sekretariats des vereinigten Landtags.“ Ein Prospekt gleichen Inhalts liegt mir vor, ohne daß mir als Sekretär der Auftrag von der hohen Versammlung geworden wäre, die erwähnte Aufsicht irgendwie zu führen; ob einem der übrigen Sekretäre ein solcher Auftrag geworden ist, weiß ich nicht, dem ganzen Sekretariat jedoch ist ein Auftrag dazu nicht geworden. Es ist auf diese Weise ein Mißbrauch mit dem Namen des Sekretariats des hohen vereinigten Landtages getrieben worden, was zu rügen sein dürfte.

Marshall: Der Buchhändler Reimarus hat mir die mündliche Mittheilung gemacht, daß er ein solches Werk herauszugeben beabsichtige, außerdem hat er auch mit dem Herrn Marshall der Herren-Kurie Rücksprache genommen.

Sekretär von Leipziger: Se. Durchlaucht der Landtags-Marshall Fürst zu Solms hat mich veranlaßt, mit dem Reimarus zu sprechen und die Aufsicht über das Unternehmen zu führen. Der Reimarus ist bei mir gewesen und ich habe im Allgemeinen mit ihm bereits gesprochen und ihm anheimgestellt, mit Sr. Durchlaucht über diese Angelegenheit weitere Rücksprache zu nehmen.

Abgeordn. von Bockum-Dolffs: Meine Bitte geht dahin, daß in der Ankündigung des Reimarus der Zusatz: „unter Aufsicht des hohen Sekretariats“ weggelasse, bis die hohe Versammlung sich dafür ausgesprochen haben wird.

Abgeordn. Schuman: Herr Landtags-Marshall! Meine Muttersprache ist die polnische, in ihr habe ich denken gelernt und daher die Fertigkeit nicht, mich in längerer Rede aus dem Gedächtniß deutsch so auszudrücken, wie ich wohl wünschte. Erlauben Sie daher, daß ich hierbei dies mein Blatt zur Hülfe nehme.

(liest vor.)

Meine Herren! Es ist von meinen Kollegen aus dem Großherzogthum Posen eine Petition um Aufrechterhaltung der dortigen Polen zugesicherten Nationalität und Sprache an den vereinigten Landtag gerichtet, vom Herrn Landtags-Marshall aber zurückgewiesen worden, weil sie ein bloßes Provinzial-Interesse zum Gegenstande habe. — In der Lage, in welcher sich die Sache in Betreff dieser Petition befindet, will ich hier auf eine nähere Beleuchtung des Inhalts nicht eingehen, mir aber doch die kurze Bemerkung erlauben, daß ein Gegenstand, welcher die Lebensfrage eines ganzen Volksstammes, eines ganzen Landestheiles — wie dies die Nationalität und Sprache gewiß ist — betrifft, daß ein solcher Gegenstand ganz unbedenklich für die ganze Monarchie nicht nur nicht gleichgültig sein kann, sondern sie ganz wesentlich interessiert und also gewiß eine innere Angelegenheit des ganzen Staates ist.

Meine Herren! § 13 der Verordnung vom 3. Februar e. bestimmt:

(liest vor)

„Dem vereinigten Landtage steht das Recht zu, Uns Bitten und Beschwerden vorzutragen, welche innere Angelegenheiten des ganzen Staats oder mehrerer Provinzen betreffen, wogegen Bitten und Beschwerden, welche allein das Interesse der einzelnen Provinzen betreffen, den Provinzial-Landtagen verbleiben.“

ich will es nun — wenn es gleich der Fall nicht ist — für einen Augenblick als zweifelhaft annehmen, ob die fragliche Petition ihrem Inhalte nach vor den vereinigten Landtag oder den Provinzial-Landtag gehöre. Die nächste Frage ist die: wer diesen Zweifel zu lösen, wer darüber zu entscheiden hat? Nach meiner Ueberzeugung hat hierüber allein das Reglement zu entscheiden. Dieses verordnet in den §§ 8 und 26:

(liest vor)

„Das weitere Verfahren richtet sich nach den im § 9 und folgenden des Reglements enthaltenen Vorschriften, wonach — wenn die Sache zum Vortrage in der Plenar-Versammlung vorbereitet worden — nach deutlicher Vorschrift § 26 zu b.“

(liest vor)

zunächst die Frage:  
ob der Petitions-Antrag in Berathung genommen werden solle?  
der Versammlung vorgelegt werden muß, indeß — wenn in dieser Kurie nicht wenigstens 24 Mitglieder sich dafür er-

klären, der Antrag nicht zur Berathung gebracht werden darf.

Hiernach ist der in Rede stehende Fall klar entschieden. Die Abtheilung hat zu prüfen:

ob die Petition vor den vereinigten Landtag gehöre oder nicht? die Plenar-Versammlung hat darüber zu entscheiden. Eine andere Art der Zurückweisung irgend eines an den vereinigten Landtag gerichteten Antrages kennt das Reglement nicht.

Dies ist klar, und es kann also von einem Zweifel, der etwa nach § 29 des Reglements zu entscheiden wäre, keine Rede sein.

Ich meine aber, daß, wenn selbst die Sache zweifelhaft wäre, doch im Interesse des Rechts und der Billigkeit es der Versammlung überlassen bleiben muß, über die Zulassung einer Petition zu bestimmen, als sie durch eine einzige Stimme des Herrn Landtags-Marschalls zurückzuweisen.

Aus diesen Gründen trage ich daher darauf an: daß es dem Herrn Landtags-Marschall gefallen möge,

das im § 26 des Reglements zu a. und b. vorgeschriebene Verfahren stattfinden zu lassen,

d. h. die fragliche Petition zunächst an die Abtheilung zur Begutachtung zu verweisen.

Marschall: Es ist allerdings ein Petitions-Antrag des angegebenen Inhalts bei mir eingegangen; derselbe betrifft, wie der Herr Redner gesagt hat, die Aufrechterhaltung der Nationalität und polnischen Sprache im Großherzogthum Posen. Der Antrag geht also recht eigentlich die besonderen Interessen des Großherzogthums Posen an und fällt in die Kategorie derjenigen Petitionen, welche von der Berathung des vereinigten Landtages ausgeschlossen, dagegen den Provinzial-Landtagen zugewiesen sind. Hierüber ist kein Zweifel, denn das Reglement spricht sich darüber klar aus. Es ist also hier keine Art von Entscheidung nöthig. Wo die gesetzliche Bestimmung so klar spricht, da kann eine weitere Berufung nicht stattfinden. Daß übrigens ein solcher Antrag ein sehr großes Interesse in Anspruch nehmen kann, ist nicht zu leugnen, aber es ist dies nicht das Interesse, von welchem das Gesetz spricht, sondern ein allgemeines menschliches Interesse. Wenn wir dieses hier annehmen wollten so würde der bezogene Paragraph keinen Sinn haben; ohne Rechtsgelchtheit zu sein, ist mir aber doch der Rechtsatz bekannt, daß nie angenommen werden kann, der Gesetzgeber habe in eine Stipulation gar keinen Sinn legen wollen. Nach der Ansicht des Antragstellers müßte dann jede Petition zur Cognition und Berathung des vereinigten Landtages kommen können. Dies sind die Gründe, aus denen ich mit großem Bedauern den Antrag zurückgewiesen habe.

Abgeordn. von Brodowski: Eine bedeutende Anzahl Abgeordneter des Großherzogthums Posen hat sich veranlaßt gefunden, eine an die Versammlung gerichtete Petition zu richten. Der Herr Landtags-Marschall hat sich aber bewogen gefunden, sie auf Grund des § 13 der Geschäfts-Ordnung zurückzuweisen. Die Petenten glauben aber, daß sie allerdings vor das Forum dieser Versammlung gehöre, indem dieser Gegenstand von hohem politischem Interesse für die ganze Monarchie einerseits ist, und weil sie andererseits auch auf Allerhöchste Verordnungen gestützt ist, welche kein Gesetz aufgehoben haben, welche aber in neuerer Zeit bedeutend alterirt sind. Die Antwort des Herrn Landtags-Marschalls, welche diese Petition desingewachtet zurückgewiesen hat, lautet wie folgt (liest vor). Ich will gern von den Ansichten der Petenten abstrahiren, ich bitte aber die Versammlung, zu berücksichtigen, das nach § 13 der Landtags-Marschall nicht entscheiden kann, ob eine Sache vor dies Forum gehört oder nicht, sondern den Abtheilungen, welchen jede Petition zugewiesen wird, steht diese Entscheidung zu. Im § 26 des Reglements steht nicht geschrieben, daß dem Landtags-Marschall das Recht zustehe, die Petitionen zurückzuweisen, sondern es steht darin mit großen Buchstaben, daß sie der Abtheilung zugewiesen werden müssen, damit diese den Gegenstand erörtere, begutachte und der Versammlung alsdann vorlege, welche dann auch entscheiden kann, ob die Sache zurückzuweisen ist. Zwar steht dem Landtags-Marschall das Recht zu, wenn Zweifel obwalten, daß er sie beilegt; aber hier sind keine Zweifel. In dem ganzen Reglement steht kein Wort, das Petitionen zurückgewiesen werden dürfen, und darauf bitte ich die Versammlung Rücksicht zu nehmen, weil sonst nicht die Materie der Petition zu ihrer Kenntniß kommt. Sollte die Abtheilung der Meinung sein, daß die Petition zurückgewiesen werden muß, und die Versammlung dieser Ansicht beistimmen, so werden sich die Petenten gern bequemen.

Marschall: Ich wollte hierauf nur erwiedern, daß der Marschall allerdings kein Recht hat, jede Petition zurückzuweisen, wie denn überhaupt von Recht hier nicht die Rede ist, sondern von einer Verpflichtung. Der Marschall hat die Verpflichtung, Petitions-Anträge, welche das Gesetz zurückweist, nicht anzunehmen.

Abgeordn. von Krassowski: Ich erlaube mir die Bemerkung, daß davon nicht die Rede sein kann, als hätte der Marschall die Befugniß, zu entscheiden, ob die Petition nicht anzunehmen sei, denn dies muß vorher erörtert werden. Der Marschall kann unmöglich wissen, was der Gegenstand der Petition ist, so lange sie nicht in der Versammlung erörtert ist, und insofern hat er auch keine Befugniß, von vornherein eine Petition abzuweisen. Wir Antragsteller wünschen, daß die eingereichte Petition von der Abtheilung erörtert werde, und sofern diese sich dafür oder dagegen ausspricht, dann ist es Zeit, die Entscheidung der Versammlung herbeizuführen. Wir haben dann eine Instanz, und diese ist der vereinigte Landtag. Ich muß also gegen die Befugniß protestiren, die sich der Marschall angeeignet hat, um so mehr, als sich gestern das schmerzliche Gefühl auf den Gesichtern hat sehen lassen, als der Marschall gegen ein ausdrückliches Gesetz handelte.

(Dho!)

Ich bitte die Herren, mich nicht zu unterbrechen; von der Tribüne werde ich mir jede Widerlegung gefallen lassen und mich darüber freuen, widerlegt zu sein. Gestern ist ich wiederholte es, von dem Landtags-Marschall gegen ein klares Gesetz gehandelt worden; er hat zwar gesagt, es sei seine Ueberzeugung, und wir ehren jede Ueberzeugung; aber hier handelt es sich um Gesetze, die nicht zweifelhaft sind, und deshalb spreche ich heute die Bitte aus, daß der Herr Marschall die Güte haben möge, die eingereichte Petition dem Ausschuss zu überweisen. Ich habe noch eine Bemerkung zu machen. Die erwähnte Petition enthält einen materiellen Grund, weshalb sie eine allgemeine genannt zu werden verdient, sie spricht von Verheißungen, die von des hochseligen Königs Majestät gemacht worden sind. Wir fußen auf diese Verheißungen, wie Sie, meine Herren, Ihrerseits das Recht

haben, darauf zu fußen, wenn Sie auf eine Constitution bringen. Wir verteidigen unsere höchsten Güter. Meine Herren, es giebt keine Constitution ohne Volksschümlichkeit, sie ist die Basis, und jenes ist der Geist, also sprechen Sie auch uns das nicht ab, was Ihnen selbst so Noth thut. Also meine Herren, entscheiden Sie sich hier für, darum bitte ich ein für allemal, damit der Gebrauch hier nicht aufkomme, daß der Landtags-Marschall die Befugniß habe, zu entscheiden, was vor Ihr Forum gehört.

Abgeordn. Freiherr von Vincke: Ich bin auch der Ansicht, daß der zur Erörterung gekommene Fall sehr viel Ähnlichkeit mit dem gestern zur Sprache gekommenen hat. Ich kann den Rednern, die vor mir gesprochen haben, nur vollständig darin beitreten, daß dem Landtags-Marschall nicht das Recht zusteht, die §§ 4—26 der Geschäftsordnung in dem von ihm erwähnten Sinne ausulegen, denn gerade in § 26 ist disertis verbis gesagt: (liest vor.) Darin ist ihm also die Verpflichtung auferlegt, jeden Antrag ohne weitere Kritik seines Inhalts der betreffenden Abtheilung zu überweisen, und die Abtheilung hat die Frage, ob er nach Form oder Materie in einer der beiden Kurien oder auch beiden Kurien vereinigt zu berathen ist, zu beurtheilen. Es ist aber in keinem Paragraphen der Geschäftsordnung die Befugniß ihm beigelegt, welche er für sich in Anspruch nimmt. Wenn der § 13 der Verordnung vom 3. Februar die Bestimmung enthält, auf welche der Landtags-Marschall sich bezogen hat, so bemerke ich, daß ihm nirgend das Recht beigelegt worden ist, eine gesetzliche Bestimmung zu interpretiren. Dieses Recht steht nur Sr. Majestät dem Könige zu, und der Versammlung steht es zu, sich darüber auszusprechen, ob sie sich in ihrem Rechte zu befinden glaubt, aber nicht dem Vorstehenden. Im Uebrigen bin ich, wenn es sich um die Auslegung des § 13 des Gesetzes handelt, der Ueberzeugung, daß hier kein Fall vorliegt, wodurch der § 13 alterirt ist. In dem Schreiben des Hrn. Landtags-Marschalls, welches vorgelesen worden, ist ausdrücklich anerkannt, daß bei dem in Rede stehenden Antrage allerdings die ganze Monarchie interessiert sei, und in dem angezogenen Paragraphen steht gerade, daß nur Bitten, welche allein einzelne Provinzen betreffen, nicht vom vereinigten Landtage, sondern von den Provinzialständen zu berathen sind. Wenn also anerkannt ist, daß das Interesse anderer Provinzen auch in Frage kommt, so folgt daraus von selbst, daß dem Gesetz Folge gegeben und die Petition hier berathen werden muß. Dies folgt ferner aus der Natur der Sache. Es ist bekannt, daß die polnische Nationalität und Sprache nicht bloß auf das Großherzogthum Posen beschränkt ist, sondern es giebt in Preußen und Schlesien, namentlich in Oberschlesien, Einwohner, welche die polnische Sprache reden. Also ist bei der Petition auch das Interesse anderer Provinzen wesentlich betheiligt. Ein bedeutender Theil von Oberschlesien gehört der polnischen Nationalität an, dies geht aus allen statistischen Handbüchern hervor; ich bin aber der Meinung, daß, wenn es sich hier auch nur um das Großherzogthum Posen allein handelte, es für uns doch nicht gleichgültig ist, wie starke Motive sie haben, sich mit uns zu vereinigen. Wenn wir auf die Geschichte zurückgehen, so werden wir uns erklären können, daß die polnische Nation noch manche Erinnerungen an ihre frühere Nationalität bewahrt. Wenn sie uns also nicht schon mit vollem Herzen angehört, so müssen wir um so mehr wünschen, ihr den Weg zu bahnen, daß sie sich ganz preussisch und deutsch fühlen könne. Wenn sie sich jetzt verlegt glaubt, so haben wir die Pflicht, ihre Interessen zu schonen und ihre Rechte, die sie aus früheren Verträgen ableitet, wenn sie begründet sind, zu wahren und zu pflegen, und ich kann nicht zugeben, daß eine Provinz dem Staate deshalb weniger innig angehört, weil sie sich in ihren heiligsten Interessen verletzt glaubt. Ich halte vielmehr dafür, daß der gesammte Staat wesentlich dabei interessiert ist, daß die Provinz Posen in ihren begründeten Ansprüchen gewahrt werde.

Marschall: Wenn mein Schreiben, welches vorgelesen ist, so verstanden wird, als hätte ich gesagt, daß ich anerkenne, mehrere Provinzen seien bei dem in Rede stehenden Petitions-Antrage interessiert, so ist dies nicht richtig, im Gegentheil, ich habe gesagt, es warte hierbei allerdings ein allgemeines menschliches Interesse vor, von diesem kann jedoch hier nicht die Rede sein, sondern nur von dem, von welchem das Gesetz spricht.

Abgeordn. von der Heydt: Meine Herren, es ist nicht meine Absicht, mich über den Gegenstand der Petition für jetzt auszusprechen, sondern ich will nur darauf aufmerksam machen, wie gefährlich es sein würde, wenn die Versammlung den uns sanctionirte, daß bloß das Präsidium über solche Fragen entscheiden dürfe. Es ist die Rechtsregel, daß das Kollegium, dem die Beschlußnahme zusteht, und dem rückwärts seiner Schranken und Kompetenzen Grenzen gesetzt sind, auch in erster Instanz über seine Kompetenz entscheide, aber nirgend ist es Rechtsens, daß der Beschließende einseitig, und ohne das Kollegium zu befragen, über die Kompetenz Bestimmungen trifft. Ein solches Recht ist also auch hier nicht vorhanden, wo überdies ein spezielles Gesetz gegeben ist, nach welchem diese Befugniß dem Marschall nicht zustehen kann. Ich habe zwar die feste Ueberzeugung, daß der Marschall hier die Entscheidung nach seinem besten Wissen getroffen hat, es kommt auch nicht darauf an, ob das Gesetz diese Entscheidung, wie sie getroffen ist, sanctionirt oder nicht, sondern darauf kommt es an, wer die Entscheidung trifft. Es kommt ferner nicht darauf an, ob heute dieser Marschall und morgen ein anderer den Vorsitz führt, sondern es kommt bloß auf den Grundsatz an, der hier angewendet wird, und die Versammlung ist es sich selbst schuldig, ausdrücklich auszusprechen, daß sie sich das Recht dieser Entscheidung selbst vorbehält und keinem Anderen zukommen läßt.

Abgeordn. von Niegolewski: Als die pacificirenden Mächte auf dem Wiener Kongresse die christliche Moral für die Grundlage ihrer Politik erklärten und den Willen aussprachen, Staaten und Völker in den vorigen, durch die Folgen der großen Staats-Umwälzungen gestörten Stand wieder einzufügen, erkannten sie, wie gerecht die Ansprüche der polnischen Nation auf Vergütung des ihr zugefügten Unrechts waren. Weil aber übermächtige Rücksichten und Verhältnisse die Gewährung der vollen Gerechtigkeit durch Wiedervereinigung der getrennten Glieder unter einem Haupte zu neuem, selbstständigem Leben hinderten, so sollten wir wenigstens vor der Schmach der Vernichtung als Volk bewahrt werden, so wurde uns überall der öffentliche Gebrauch unserer Sprache, unsere volkstümliche innere Entwicklung, also ein Zustand, welcher uns als Polen wenn nicht zufriedenstellen, doch mit unserem harten Schicksale versöhnen konnte. Auf Grund dieser Zusicherungen hat Sr. Majestät der jetzt

in Gott ruhende König Friedrich Wilhelm III. bei der Bestimmung des Großherzogthums Posen einen Zursch auf die Einwohner des Großherzogthums Posen vom 15. Mai 1815 erlassen, in welchem es heißt:

„Auch Ihr habt ein Vaterland und mit ihm einen Beweis meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erhalten. Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Ihr werdet an der Constitution Theil nehmen, die Ich Meinen getreuen Unterthanen zu gewähren beabsichtige, und Ihr werdet, wie die übrigen Provinzen Meines Reichs, eine provinzielle Verfassung erhalten.“

Eure Religion soll aufrecht erhalten und zu einer standesmäßigen Dichtung ihrer Diener gewirkt werden. Eure persönlichen Rechte und Euer Eigenthum kehren wieder unter den Schutz der Gesetze zurück, zu deren Berathung Ihr künftig gezogen werden sollt.“

Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und Jedem unter Euch soll nach Maßgabe seiner Fähigkeiten der Zutritt zu den öffentlichen Aemtern des Großherzogthums, so wie zu allen Aemtern, Ehren und Würden Meines Reichs, offen stehen.

Mein unter Euch geborener Statthalter wird bei Euch residiren. Er wird Mich mit Euren Wünschen und Bedürfnissen und Euch mit den Absichten Meiner Regierung bekannt machen.“

Diese bedeutungsvollen königl. Worte betrachten wir als das Fundament unseres politischen Daseins. Sie haben die Herzen der Einwohner der Provinz mit gebührender Dankbarkeit gegen den Monarchen erfüllt, welche, um unsere Liebe auf eine Sr. Majestät und unsern würdigen Weise zu gewinnen, und um die Wunden, die uns die Trennung von unsern Brüdern so tief geschlagen, zu heilen, uns die geträumelte Hoffnung zu hegen berechtigten, das höchste von den Vätern ererbte Gut, unseren Namen, unsere Sprache, unsern Nachkommen treu überliefern zu können.

Kurz waren aber die Tage dieses Frostes; kaum waren einige Jahre verflossen, so wurden unsere Beamten theilweise entfernt und andere aus anderen Provinzen, welche der Sprache unkundig, diesen unseren Herzen so theuren Verheißungen nicht entsprechen konnten, traten ein. Nach dem ungewissen Patent und königl. Verheißungen, welche den Polen ihre Nationalität, ein Vaterland als Beweis der Achtung des Monarchen für ihre Anhänglichkeit an dasselbe und den Gebrauch der polnischen Sprache neben der deutschen in allen öffentlichen Geschäften und Verhandlungen zusichern, glauben wir dieses Recht beanspruchen zu dürfen. Aber das Bestreben der Behörden in dem Großherzogthum Posen hat sich ganz offenbart, die den polnischen Einwohnern zugesicherte Nationalität zu beseitigen und die polnische Sprache von allen öffentlichen Geschäften und Verhandlungen zu entfernen.

Aber doch sollten die, welche die königlichen Bürgschaften und Verheißungen ins Leben einzuführen und zu einer Wahrheit zu machen die Verpflichtung haben, keinen Augenblick vergessen, daß die erhabene Würde des Monarchen mit der Heiligkeit seines Wortes identisch ist, und daß jene nur wahrhaft geehrt wird, wenn dieses unangestastet bleibt. Mein und flar, wie das Licht der Sonne, darf es niemals durch Deuteleien, und wären sie noch so scharfsinnig gemobelt, verflummert und illusorisch gemacht werden, und wäre es selbst verschiedener Deutung fähig, so darf doch eben um jener Würde und Heiligkeit willen nur diejenige Geltung erhalten, welche denen die günstigere ist, die es als eine Bürgschaft unantastbarer Güter empfinden.

Dieses sind, meine Herren, die tiefsten Wunden, aus welchen unsere Herzen bluten. Um diese vernarben zu machen, um diese zu heiligen, wenden wir uns an diese hohe Versammlung mit der frohen Hoffnung, daß Sie, meine Herren, unsere Bitte bei Sr. Majestät bevorzugen werden, um die Behörden bei uns in dem Großherzogthum Posen hinzuweisen auf den Wahspruch des Konrad III. von Hohenstaufen:

„Was der König sagt, muß steif und streng gehalten werden.“

Landtags-Kommissar: Ich bin in keinerlei Weise gewillt, mich in die Debatte zu mengen, welche über die Frage entstanden ist, ob der Antrag des Mitgliedes aus Posen auf Anerkennung der polnischen Nationalität für das Großherzogthum Posen zur Cognition oder Kompetenz dieser Versammlung gehöre oder nicht; wenn aber ein Mitglied aus Posen so eben die heftigsten Vorwürfe gegen die Regierung in Beziehung auf angeblich verletzte Versprechungen und Rechte ausgesprochen hat, so muß ich erklären, daß diese Art des Angriffs gegen die Regierung nicht reglementsmäßig ist. Wenn ein solcher Angriff beabsichtigt wurde, so muß er in einer Petition niedergelegt, mir vorher mitgetheilt und dann zur Tages-Ordnung gebracht werden. Da dies nicht geschehen ist, so befinde ich mich jetzt in demselben Falle, welchem ich schon einmal in dieser Versammlung war, nämlich, erklären zu müssen, daß von Seiten des Gouvernements der Angriff in dieser Instanz so betrachtet werden muß, als hätten wir ihn nicht gehört.

Marschall: Ich erkenne es meinerseits gern an, daß die Art dieses Angriffs mit dem Reglement nicht ganz übereinstimmt und es nicht für richtig gehalten werden kann, wenn der Redner dabei in das Materielle eingreift. Da aber derselbe gerade gegen mich gerichtet war, so glaubte ich das Reglement in diesem Falle auf das weiteste auslegen zu müssen und dem Redner nicht ins Wort fallen zu dürfen, damit es nicht scheinen sollte, als wolle ich den gegen mich gerichteten Angriff irgendwie unterdrücken.

Abgeordneter Graf von Schwerin (vom Plase): Hr. von der Heydt hat bereits vollständig meine Ansicht ausgesprochen, es handelt sich um eine wichtige Prinzipien-Frage. Ich habe gestern dem Herrn Landtags-Marschall nicht das Recht zugestehen können, daß er darüber zu entscheiden habe, ob ein Antrag abzuweisen sei oder nicht. Der § 26 spricht ausdrücklich aus, daß alle Anträge durch die Abtheilungen gehen müssen, und ich glaube daher, daß wir in diesem Falle um so mehr daran festhalten müssen, als sehr wesentliche Interessen einer ganzen Provinz in Frage sind. Ich füge noch hinzu, daß ich anerkennen muß (doch es wird meine Anerkennung nicht bedürfen), worauf der Herr Landtags-Kommissar uns aufmerksam gemacht hat, daß das Materielle der Petition hier noch nicht hergehöre. Ich theile diese Ansicht, aber wir werden auf solche Diskussion immer wieder zurückkommen, wenn wir an dem Prinzip nicht festhalten, daß jeder Antrag an die Abtheilung kommen muß. Es ist demnach auch praktisch das Verfahren des Herrn Marschalls nicht angemessen, ich bin aber, wie gesagt, prinzipieller der

in Gott ruhende König Friedrich Wilhelm III. bei der Bestimmung des Großherzogthums Posen einen Zursch auf die Einwohner des Großherzogthums Posen vom 15. Mai 1815 erlassen, in welchem es heißt:

„Auch Ihr habt ein Vaterland und mit ihm einen Beweis meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erhalten. Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Ihr werdet an der Constitution Theil nehmen, die Ich Meinen getreuen Unterthanen zu gewähren beabsichtige, und Ihr werdet, wie die übrigen Provinzen Meines Reichs, eine provinzielle Verfassung erhalten.“

Eure Religion soll aufrecht erhalten und zu einer standesmäßigen Dichtung ihrer Diener gewirkt werden. Eure persönlichen Rechte und Euer Eigenthum kehren wieder unter den Schutz der Gesetze zurück, zu deren Berathung Ihr künftig gezogen werden sollt.“

Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und Jedem unter Euch soll nach Maßgabe seiner Fähigkeiten der Zutritt zu den öffentlichen Aemtern des Großherzogthums, so wie zu allen Aemtern, Ehren und Würden Meines Reichs, offen stehen.

Mein unter Euch geborener Statthalter wird bei Euch residiren. Er wird Mich mit Euren Wünschen und Bedürfnissen und Euch mit den Absichten Meiner Regierung bekannt machen.“

Diese bedeutungsvollen königl. Worte betrachten wir als das Fundament unseres politischen Daseins. Sie haben die Herzen der Einwohner der Provinz mit gebührender Dankbarkeit gegen den Monarchen erfüllt, welche, um unsere Liebe auf eine Sr. Majestät und unsern würdigen Weise zu gewinnen, und um die Wunden, die uns die Trennung von unsern Brüdern so tief geschlagen, zu heilen, uns die geträumelte Hoffnung zu hegen berechtigten, das höchste von den Vätern ererbte Gut, unseren Namen, unsere Sprache, unsern Nachkommen treu überliefern zu können.

Kurz waren aber die Tage dieses Frostes; kaum waren einige Jahre verflossen, so wurden unsere Beamten theilweise entfernt und andere aus anderen Provinzen, welche der Sprache unkundig, diesen unseren Herzen so theuren Verheißungen nicht entsprechen konnten, traten ein. Nach dem ungewissen Patent und königl. Verheißungen, welche den Polen ihre Nationalität, ein Vaterland als Beweis der Achtung des Monarchen für ihre Anhänglichkeit an dasselbe und den Gebrauch der polnischen Sprache neben der deutschen in allen öffentlichen Geschäften und Verhandlungen zusichern, glauben wir dieses Recht beanspruchen zu dürfen. Aber das Bestreben der Behörden in dem Großherzogthum Posen hat sich ganz offenbart, die den polnischen Einwohnern zugesicherte Nationalität zu beseitigen und die polnische Sprache von allen öffentlichen Geschäften und Verhandlungen zu entfernen.

Aber doch sollten die, welche die königlichen Bürgschaften und Verheißungen ins Leben einzuführen und zu einer Wahrheit zu machen die Verpflichtung haben, keinen Augenblick vergessen, daß die erhabene Würde des Monarchen mit der Heiligkeit seines Wortes identisch ist, und daß jene nur wahrhaft geehrt wird, wenn dieses unangestastet bleibt. Mein und flar, wie das Licht der Sonne, darf es niemals durch Deuteleien, und wären sie noch so scharfsinnig gemobelt, verflummert und illusorisch gemacht werden, und wäre es selbst verschiedener Deutung fähig, so darf doch eben um jener Würde und Heiligkeit willen nur diejenige Geltung erhalten, welche denen die günstigere ist, die es als eine Bürgschaft unantastbarer Güter empfinden.

Dieses sind, meine Herren, die tiefsten Wunden, aus welchen unsere Herzen bluten. Um diese vernarben zu machen, um diese zu heiligen, wenden wir uns an diese hohe Versammlung mit der frohen Hoffnung, daß Sie, meine Herren, unsere Bitte bei Sr. Majestät bevorzugen werden, um die Behörden bei uns in dem Großherzogthum Posen hinzuweisen auf den Wahspruch des Konrad III. von Hohenstaufen:

„Was der König sagt, muß steif und streng gehalten werden.“

Landtags-Kommissar: Ich bin in keinerlei Weise gewillt, mich in die Debatte zu mengen, welche über die Frage entstanden ist, ob der Antrag des Mitgliedes aus Posen auf Anerkennung der polnischen Nationalität für das Großherzogthum Posen zur Cognition oder Kompetenz dieser Versammlung gehöre oder nicht; wenn aber ein Mitglied aus Posen so eben die heftigsten Vorwürfe gegen die Regierung in Beziehung auf angeblich verletzte Versprechungen und Rechte ausgesprochen hat, so muß ich erklären, daß diese Art des Angriffs gegen die Regierung nicht reglementsmäßig ist. Wenn ein solcher Angriff beabsichtigt wurde, so muß er in einer Petition niedergelegt, mir vorher mitgetheilt und dann zur Tages-Ordnung gebracht werden. Da dies nicht geschehen ist, so befinde ich mich jetzt in demselben Falle, welchem ich schon einmal in dieser Versammlung war, nämlich, erklären zu müssen, daß von Seiten des Gouvernements der Angriff in dieser Instanz so betrachtet werden muß, als hätten wir ihn nicht gehört.

Marschall: Ich erkenne es meinerseits gern an, daß die Art dieses Angriffs mit dem Reglement nicht ganz übereinstimmt und es nicht für richtig gehalten werden kann, wenn der Redner dabei in das Materielle eingreift. Da aber derselbe gerade gegen mich gerichtet war, so glaubte ich das Reglement in diesem Falle auf das weiteste auslegen zu müssen und dem Redner nicht ins Wort fallen zu dürfen, damit es nicht scheinen sollte, als wolle ich den gegen mich gerichteten Angriff irgendwie unterdrücken.

Abgeordneter Graf von Schwerin (vom Plase): Hr. von der Heydt hat bereits vollständig meine Ansicht ausgesprochen, es handelt sich um eine wichtige Prinzipien-Frage. Ich habe gestern dem Herrn Landtags-Marschall nicht das Recht zugestehen können, daß er darüber zu entscheiden habe, ob ein Antrag abzuweisen sei oder nicht. Der § 26 spricht ausdrücklich aus, daß alle Anträge durch die Abtheilungen gehen müssen, und ich glaube daher, daß wir in diesem Falle um so mehr daran festhalten müssen, als sehr wesentliche Interessen einer ganzen Provinz in Frage sind. Ich füge noch hinzu, daß ich anerkennen muß (doch es wird meine Anerkennung nicht bedürfen), worauf der Herr Landtags-Kommissar uns aufmerksam gemacht hat, daß das Materielle der Petition hier noch nicht hergehöre. Ich theile diese Ansicht, aber wir werden auf solche Diskussion immer wieder zurückkommen, wenn wir an dem Prinzip nicht festhalten, daß jeder Antrag an die Abtheilung kommen muß. Es ist demnach auch praktisch das Verfahren des Herrn Marschalls nicht angemessen, ich bin aber, wie gesagt, prinzipieller der

in Gott ruhende König Friedrich Wilhelm III. bei der Bestimmung des Großherzogthums Posen einen Zursch auf die Einwohner des Großherzogthums Posen vom 15. Mai 1815 erlassen, in welchem es heißt:

„Auch Ihr habt ein Vaterland und mit ihm einen Beweis meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erhalten. Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Ihr werdet an der Constitution Theil nehmen, die Ich Meinen getreuen Unterthanen zu gewähren beabsichtige, und Ihr werdet, wie die übrigen Provinzen Meines Reichs, eine provinzielle Verfassung erhalten.“

Eure Religion soll aufrecht erhalten und zu einer standesmäßigen Dichtung ihrer Diener gewirkt werden. Eure persönlichen Rechte und Euer Eigenthum kehren wieder unter den Schutz der Gesetze zurück, zu deren Berathung Ihr künftig gezogen werden sollt.“

Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und Jedem unter Euch soll nach Maßgabe seiner Fähigkeiten der Zutritt zu den öffentlichen Aemtern des Großherzogthums, so wie zu allen Aemtern, Ehren und Würden Meines Reichs, offen stehen.

Meinung, daß der Herr Landtags-Marschall nicht im Rechte ist, wenn er so verfährt.

Abgeordn. von Werdeck: Ich gehe davon aus, daß der Herr Marschall seine Schuldigkeit in dieser Angelegenheit gethan hat. Meine Ansicht von der Sache ist die: das Gesetz schreibt vor, was vor die Landtags-Versammlung gehört innerhalb der Grenzen, die dazu gezogen sind. Auf der anderen Seite schreibt das Reglement vor, was geschehen soll. Innerhalb dieser Grenzen haben wir uns zu bewegen, wenn es sich um Petitionen handelt, die überhaupt vor den Landtag gehören. Das Gesetz sagt ausdrücklich, daß Petitionen, welche bloß provinzielle Angelegenheiten betreffen, nicht vor den vereinigten Landtag gehören. In der Petition, die uns eben vorgetragen ist, mit Recht oder Unrecht, aber es ist gesehen, die Tendenz des Antrages als eine ausschließlich provinzielle bezeichnet. Ich glaube daher in keiner Weise, daß sie zur Erörterung kommen kann; wäre dies nicht der Fall, so würde der Herr Landtags-Marschall im vorbezeichneten Wege sie in die Abtheilung verweisen müssen. Ich sage, das ist meine Meinung von der Sache. Wir haben das Entgegengesetzte von einer anderen Seite vernommen. Ich bin weit entfernt, meine Ansicht als eine ausschließlich richtige anzunehmen. Sie werden aber zugeben, daß sie, da ich sie habe, möglich ist. Es ist also in diesem Fall Zweifel vorhanden, wie sie zu behandeln wäre, und daher schließe ich weiter und glaube, daß der Herr Landtags-Marschall im Rechte gewesen ist, eben weil sie zweifelhaft war.

Abgeordn. Wobicius: Es ist von einem Abgeordneten aus Westfalen beobachtet worden, daß in Oberschlesien die polnische Nationalität vorherrscht. Als Bewohner von Oberschlesien behaupte ich, daß wir keine Nationalität besitzen. Die benachbarten Polen sehen uns nicht als ihre polnischen Brüder an. Wir Oberschlesier wollen nur als deutsche Brüder, als Preußen angesehen und behandelt werden.

Graf von Renard: Der vorige Redner hat bereits den Grundlag ausgeprochen, den ich mir zu erwähnen erlaube. Ich muß die Affinität der Idee zwischen der slavischen Sprache und der polnischen Nationalität in Abrede stellen. Wenn auch ein Theil der Bewohner Oberschlesiens die slavische Mundart spricht, so sind ihre Interessen und ihre Vaterlandsliebe doch deutsche, obwohl ich auch das polnische Nationalgefühl ehre. Uebrigens kann ich nicht anerkennen, daß der Fall von gestern, wo ein mit Unterschriften versehenen Protest nicht angenommen wurde, mit dem gegenwärtigen zusammenhänge. Es ist dieser letztere ein ganz anderer Fall, folglich auch die Rechte, die Pflichten und Befugnisse des Landtags-Marschalls ganz verschiedene. — Der Landtags-Marschall hätte, so wie gewünscht wird, diese Petition einem Ausschuss überweisen müssen. Dieser hätte nicht das Recht gehabt, zu sagen, der Antrag gehöre nicht hierher, die Abtheilung hätte es für ihre Pflicht gehalten, näher auf die Gründe einzugehen und demzufolge zu berichten; und so wäre ein nicht hierher gehöriger Antrag Gegenstand einer weitläufigen Debatte geworden.

Abgeordneter Hansemann: Das tiefe Schweigen, welches erst in der Versammlung bei der Rede eines verehrten Deputirten herrschte, beweist hinreichend, welche eine große Theilnahme der zur Sprache gebrachte Gegenstand erregt. Ich gehe aber auf diesen Gegenstand nicht weiter ein, weil es sich im vorliegenden Fall bloß von der Ausführung der Geschäfts-Ordnung handelt. Nach meiner Ansicht beruht diejenige Ueberzeugung, nach welcher der Herr Landtagsmarschall die Sache behandelt, auf einer irrthümlichen Ansicht. Ich schließe mich ganz der Meinung an, die hier bereits geäußert worden ist, daß der Herr Landtagsmarschall nichts anderes zu thun habe, als die Anträge an eine Abtheilung zu überweisen, die als solche zu berichten hätte, ob nach ihrer Ansicht darauf einzugehen sei oder nicht. Es ist ein gefährlicher Weg, auf den der Herr Landtags-Marschall sich begeben hat, indem er auf seine eigene Verantwortlichkeit von vorn herein entsagte, ob ein Gegenstand von allgemeinem Staats-Interesse sei oder nicht. Was hat der königliche Kommissarius erst gesagt? Ich gebe zu, mit Recht. Er hat bemerkt, daß der Redner aus der Provinz Posen außerhalb des Reglements gewesen sei, als er hier in die Sache eingegangen war, daß es Sache des Redners gewesen sei, eine Petition anzubringen und sie auf dem reglementsmäßigen Wege hier zur Berathung zu bringen und daß erst dann auf die Sache hätte eingegangen werden müssen. Das ist es gerade, was bei dieser Petition in Frage steht. Man ist mit dieser Petition gerade den von dem Herrn Landtags-Kommissar vorgeschriebenen Weg gegangen, und sie ist ohne Weiteres zurückgewiesen worden. Die Ansicht des Herrn Landtags-Marschalls ist übrigens um so schwerer durchzuführen, als Widersprüche mit derselben unausbleiblich sind. Ein Antrag ist eingereicht worden auf Erbauung stehender Brücken über den Rhein. Das ist doch eine Sache, von der man sagen sollte, sie beträfe nur die Rhein-Provinz und gehöre nicht hierher, insofern man nicht annimmt, daß der ganze Staat ein Interesse dabei habe, daß der Rhein auch auf stehenden Brücken überschritten werden könne. Diese Ansicht muß der Herr Landtags-Marschall gehabt haben, indem er diese Petition angenommen hat, während auf der anderen Seite bei der Petition aus Posen eine andere vorgeherrschte hat. Dort hat die Ansicht vorgeherrschte, eine Rechtsvertretung, worüber man sich dort beschwert, ginge dem ganzen Staate nichts an. Meine Ueberzeugung ist nun, daß diese Angelegenheit eine noch viel allgemeinere ist, als die einer stehenden Brücke über den Rhein. § 13 der Verordnung vom 3. Februar 1847 sagt übrigens, daß Witten und Bielefeld, welche allein das Interesse der einzelnen Provinzen betreffen, vor den Provinzial-Landtag kommen sollen. Dieses allein, was hier sehr absichtlich gesagt ist, allein bestimmen, seitens des Marschalls bestimmen zu lassen, halte ich für sehr gefährlich und wünsche sehr, daß der Herr Landtags-Marschall einen anderen Weg einschläge und die Abtheilung vorziehen ließe. Mein Schluß-Antrag geht darauf, daß er die vorliegende Petition einer Abtheilung zuweisen wolle.

Marschall: Es ist mir von dem Redner als Inkonzessenz vorgeworfen, daß ich geglaubt habe, den Petitions-Antrag der Herren Abgeordneten aus der Provinz Posen einer Abtheilung nicht überweisen zu dürfen, da dies doch geschehen sei mit der Petition, betreffend den Bau einer stehenden Brücke über den Rhein. Ich gebe zu, daß es zweifelhaft erscheinen könnte, ob letzteres eine allgemeine Landtags-Angelegenheit betreffe. Hier muß ich aber wiederholen, daß ich den Grundlag habe, die Vorschriften des Reglements überall, wo ich über die Anwendung derselben zweifelhaft bin, zum Vortheil der Betheiligten auf das weiteste ausulegen.

Es haben sich noch mehrere Redner gemeldet, die über diese Sache zu sprechen wünschen; vielleicht dient

es aber zur Verkürzung der Verhandlung, wenn ich ausspreche, wie ich zu verfahren gedenke. Es ist von mehreren Seiten behauptet worden, daß ich gegen die Bestimmung des Buchstaben a § 26 gehandelt hätte, wonach ich den betreffenden Petitions-Antrag einer Abtheilung hätte überweisen müssen. Meine Meinung ist dagegen, daß ich dazu nicht berechtigt gewesen sei. Sollte die Mehrheit dieser Meinung beitreten, daß ich in dieser Angelegenheit nicht in meinem Rechte gewesen wäre, so würde der Fall des § 29 eintreten, der da sagt: „Sollten über die Auslegung der vorstehenden Vorschriften Zweifel entstehen, so ist einstweilen, bis Wir darüber entschieden haben, nach der Bestimmung des vorstehenden Marschalls zu verfahren.“ Meine Absicht ist also, die hohe Versammlung zu fragen, ob sie der Meinung ist, daß ich gegen die Bestimmung des Buchstaben a § 26 verstoßen habe, und sollte diese Entscheidung gegen mich ausfallen, so werde ich die Allerhöchste Entscheidung einholen. Ich werde sodann meine desfallsige Immediat-Eingabe morgen der hohen Versammlung vortragen und dem Herrn Landtags-Kommissar zur Beförderung übergeben.

Wenn Jemand noch das Wort verlangt, so bitte ich ihn, sich zu melden.

Eine Stimme (vom Platz): In Bezug auf die Abstimmung ist die Meinung getheilt darüber, ob die Petition eine provinzielle oder eine allgemeine sei.

(Unterbrechung durch den Ruf nach Abstimmung.)

Ich bitte nur um vier Worte. Es ist Zweifel darüber vorhanden, ob die Petition eine solche sei, die die allgemeinen Interessen des Landes, oder eine solche, die nur das Interesse der Provinz Posen betrifft; wenn ich nicht weiß, über was ich abstimmen soll, so kann ich nicht wissen, wie ich stimmen soll.

Abgeordn. von Auerwald: Ich würde, da die Versammlung die Abstimmung verlangt, sehr gern auf das Wort verzichten, wenn die Redner nach mir dies gleichfalls thun.

Marschall: Wenn die Redner nicht alle verzichten wollen, so müssen wir sie alle hören. Ich muß hinzufügen, daß ich mir die Petition erbitten muß, damit ich sie meinem Immediatgesuch an Se. Majestät den König beilegen könne.

(Stimmen verlangen durch einander theils das Wort, theils die Abstimmung.)

Abgeordn. von der Heydt: Ich bin der Meinung, daß es wesentlich sei, zu erfahren, aus welchen Gründen man den Marschall für nicht kompetent erachte. Ich bin der Meinung, daß durch das Reglement überhaupt der Versammlung nicht die Befugniß genommen werden kann, die durch das Gesetz vom 3. Februar d. J. gegeben worden ist, und daß nur durch gesetzliche Bestimmung dies Recht genommen werden kann.

Abgeordn. Hansemann: Zuallererst muß ich wünschen, daß der Marschall die Güte hätte, die Frage so zu stellen: Ob die Versammlung der Meinung sei, daß die vorliegende Petition einer Abtheilung zuzuwenden sei.

(Wiederholtes Rufen nach Abstimmung.)

Marschall: Der Herr Redner hat noch nicht ausgesprochen.

Abgeordn. Hansemann: Diese Form der Fragestellung scheint mir im vorliegenden Falle die zu sein, welche die Ansicht der Versammlung über das Prinzip ausspricht, ohne so scharf zu sein, wie andere Fragen. Sodann erlaube ich mir, auf den Gang einzugehen, den der Herr Landtags-Marschall einschlagen will, nachdem die gestellte Frage bejahend von uns entschieden wäre. Der Herr Landtags-Marschall hat erklärt, daß er ausdauert bei Se. Majestät dem Könige eine nähere Interpretation einholen würde. Ich habe die Ueberzeugung, daß Abänderungen der Geschäftsordnung, denn Interpretationen sind nach Umständen Abänderungen (Gelächter) nur mit Beirath der Versammlung geschehen können. Es scheint mir, wenn der Marschall einseitig bei Se. Majestät Interpretationen einholen will, so muß die Kurie vorher darüber zur Berathung gelassen werden.

Graf von Schwerin: Ich bin nicht der Meinung, daß die Frage gestellt werden kann, wie der Abgeordnete Hansemann beantragt hat: „ob die Petition einer Abtheilung zugewiesen werden soll.“ Es handelt sich um die generelle Frage, ob der Marschall kompetent sei, einen Antrag aus eigener Machtvollkommenheit zurückzuweisen, oder ob die Versammlung darüber zu entscheiden habe.

Abgeordn. von Vinde (vom Platz): Ich bitte, mir nur einige Worte über die Fragestellung zu gestatten. Ich schließe mich der Ansicht des geehrten Abgeordneten aus der Provinz Pommern an, aber mit der Modifikation, auf Grund des § 7 der Geschäftsordnung.

(Verliest die betreffende Stelle im § 7 der Geschäfts-Ordnung.)

„Jeder Plenar-Berathung muß eine Vorbereitung durch eine Abtheilung vorausgehen u. s. w.“

Abgeordn. Möwes: Nach meinem Dafürhalten kann unmöglich die Versammlung dem geehrten Abgeordneten aus der Provinz Pommern beistimmen. Es kommt jetzt nicht darauf an, ob der Herr Marschall überhaupt das Recht haben soll, eine Petition zurückzuhalten. So allgemein kann die Frage nicht gestellt werden. Vielmehr handelt es sich hier nur darum, ob der Marschall auf Grund des Gesetzes und des Reglements, welche die einzigen Normen für die Geschäftsordnung der Versammlung sind, ob der Marschall also die in Rede stehende Petition einer Kommission überweisen mußte oder sie zurückweisen durfte.

Abgeordn. Schaus: Mir will scheinen, als ob dies die Frage ist, die hier entschieden werden soll, und ich muß mich dem Antrage des Grafen von Schwerin anschließen, und ich glaube, daß der Herr Marschall auch wünschen muß, daß die Versammlung wisse, wie künftige Fälle zu regeln seien. Ich bin der Meinung, daß die Entscheidung nur der Versammlung zustehen kann. Es ist gewiß gefährlich, wenn Einer seine Stimme darüber abgeben will, was abzuweisen ist oder nicht.

Abgeordn. Mevissen (vom Platz): Eine Abänderung des Reglements kann nur auf verfassungsmäßige Weise und nicht durch einen Immediat-Antrag des Herrn Marschalls bewirkt werden.

(Schluß war nicht hörbar.)

Abgeordn. von Bardeleben (vom Platz): Einer unserer größten Staatsmänner, Wilhelm von Humboldt, stellte den Satz auf, daß es schwerlich einem Staatsmanne gelingen könnte, eine scharfe Grenze zu ziehen zwischen Dingen, die provinziell, und solchen, die allgemein sind. Wenn dieser Satz richtig ist, und er dürfte wohl nicht leicht bestritten werden, und wenn es richtig ist, daß alle Gegenstände von der Versammlung berathen werden müssen, so ist es klar, daß, wenn dem Marschall die Befugniß zusteht, zu entschei-

den, ob ein Satz provinziell oder allgemein ist, es häufig vorkommen kann, daß Gegenstände, die allgemein (durch den wiederholten Ruf nach Abstimmung unterbrochen.)

Ich mache den Antrag, daß die Frage allgemein gestellt werde: Ob dem Herrn Marschall die Befugniß zusteht oder nicht.

Eine Stimme: Es soll die Frage entschieden werden, ob der Versammlung oder dem Marschall die Kompetenz zusteht, über Gegenstände, die hier verhandelt werden, eine Erklärung abzugeben. Es ist die Absicht des Marschalls, seinerseits auf Grund der Erklärung der Versammlung sein Gesuch an Se. Majestät den König zu bringen, ich halte das nach § 22 der Geschäftsordnung nicht für zulässig. Es kann dies nicht einseitig durch den Marschall allein, sondern muß von der Versammlung auf dem hier vorgeschlagenen Wege an Se. Majestät gebracht werden. Der Paragraph lautet:

„Auf Grund sämtlicher Verhandlungen wird von dem Referenten oder denjenigen, welchen der Marschall dazu bestimmt, die Erklärung der Stände abgefaßt, welche in einer anderweiten Plenarversammlung zu verlesen und nach erfolgter Genehmigung in einer gleichen Weise wie das Protokoll (§ 21) zu vollziehenden Reinschrift durch den Marschall unserem Kommissarius zu übergeben ist.“

Wenn einmal hier ein Beschluß gefaßt ist, der zur Grundlage eines Gesetzes an Se. Majestät benutzt werden soll, so muß auch diese Form gebraucht werden.

Landtags-Kommissar: Ich glaube zur Aufklärung der Verhandlung und zugleich zur Wahrung der Rechte der Krone hier die Bemerkung niederlegen zu müssen, daß es sich nicht um die Entscheidung der Versammlung handeln kann, ob der Landtags-Marschall das Recht habe, Petitionen zurückzuweisen oder nicht. Ich habe auch den Herrn Marschall nicht so verstanden, als sei dies seine Absicht, vielmehr dürfte solche nur dahin gehen, daß er die Versammlung darüber befragen wolle, ob sie glaube, daß er in seinem Rechte sei. Wenn die Majorität dies glaubte, so würde er die Sache auf sich beruhen lassen; wenn die hohe Versammlung dagegen glaubte, er sei nicht in seinem Rechte, so würde er die Entscheidung Se. Majestät erbitten. Sollte die hohe Versammlung der Meinung sein, daß sie entscheiden dürfe, ob der Marschall das Recht habe, ungeeignete Anträge zurückzuweisen oder nicht, so würde ich gegen eine solche Abstimmung protestiren müssen. Ich bemerke weiter, daß, wenn die Meinung aufgestellt ist, das Reglement könne nicht anders als nach Anhörung der Stände geändert werden, ich dies nicht zugehen kann. Es findet sich § 31 des Reglements die Bestimmung:

„Wir behalten uns vor, eine Revision des gegenwärtigen Reglements eintreten zu lassen, wenn sich solche nach den darüber gesammelten Erfahrungen künftig als notwendig oder wünschenswerth ergeben sollte.“

Also haben Se. Majestät sich die jedesmalige Feststellung des Reglements vorbehalten, und dies ist zur Zeit der einzige gesetzliche Anhalt.

Abgeordn. von Auerwald: Was ich in dieser Angelegenheit sagen wollte, ist größtentheils durch den königlichen Herrn Landtags-Kommissar erledigt, und ich erlaube mir daher nur noch die dringende Bitte hinzuzufügen, daß die Frage nicht auf den speziellen Fall gerichtet werden möge, wie auch der Immediatbericht gestellt werde, sondern nach dem Wunsch der Versammlung dahin, ob über gewisse Petitionen, die zur Berathung vor dem vereinigten Landtag nicht gehalten werden, vom Landtags-Marschall oder einer Abtheilung des vereinigten Landtags in erster Instanz allgemein entschieden werden soll, und ich glaube, wir würden durch die Berührung der Spezialitäten nicht weiter kommen, während, wenn Se. Majestät der König darüber entscheiden sollte, ob solche Fälle vom Landtags-Marschall zu erledigen sind oder nicht, wir für alle jetzigen und künftigen Fälle in Ordnung wären, und es unbenommen bliebe, rücksichtlich aller derartigen Materien zu verhandeln.

Marschall: Ich bin nicht der Meinung, daß eine Prinzipienfrage daraus gemacht werden dürfe, denn diese müßte, wenn sie zur Entscheidung gebracht werden sollte, zuvor durch eine Abtheilung vorbereitet werden. Meine Ansicht ist, die Frage so zu stellen, wie ich sie bekannt gemacht habe, nämlich so, daß die sich nur auf den vorliegenden Fall bezieht. Ich bemerke, daß die Stellung der Frage in dieser Art um so mehr unbedenklich erscheint, daß sich dieser Fall schwerlich wieder ereignen wird, nachdem der Präklusiv-Termin für die Einbringung der Petitionen geschlossen ist. — Doch, eben fällt mir ein, daß allerdings noch einige Anträge eingegangen sind, welche eben so behandelt werden müßten. Ich halte es aber für besser, daß dann die einzelnen entstehenden Fragen auf dieselbe Weise entschieden werden. Die zu stellende Frage lautet: (liest vor). Ist die Versammlung der Meinung, daß der Landtags-Marschall den § 26 a. des Geschäfts-Reglements unrichtig ausgelegt habe, indem derselbe sich nicht für befugt hält, den fraglichen Petitions-Antrag anzunehmen?

Abgeordn. Aldenhoven (vom Platz): Ich erlaube mir die hohe Versammlung darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn sie über die vom Herrn Marschall vorgeschlagene Frage abstimmen wollte, sie das Prinzip anerkannt habe: als stehe dem Marschall das Recht zu, darüber zu entscheiden, ob ein Gegenstand vor den vereinigten Landtag oder vor die Provinzialstände gehöre. — Sie würden erklären, daß sie nur darüber in Zweifel seien, ob der Landtags-Marschall in dem vorliegenden Falle den geeigneten Gebrauch von seinem Rechte gemacht habe. Aus diesem Grunde erkläre ich mich gegen die Fragestellung über die speziellen Fälle und beantrage, daß die Frage im Allgemeinen über das Prinzip gestellt werde.

Marschall: Ich bin der Meinung, daß sich die Versammlung nicht die Entscheidung über die Fragestellung aneignen werde, weil diese mir zusteht, ich glaube bereits öfters gezeigt zu haben, daß ich Jedermann darin Gehör gebe und jeden Rath annehme, wie ich denn auch jetzt bereit bin, noch einen Rath anzunehmen.

Abgeordn. von Vederath: Meine Herren, es scheint mir noch ein weiterer Grund für die allgemeine Stellung der Frage darin zu liegen, daß bereits mehrere Petitionen, welche andere Gegenstände betreffen, von dem Herrn Landtags-Marschall zurückgewiesen worden sind, weil sie, nach seiner Meinung, nicht zur Kompetenz des vereinigten Landtages gehören. Namentlich habe auch ich eine Petition wegen Aufrechterhaltung der nationalen Selbstständigkeit der Herzogthümer Schl.-S.-Holstein eingebracht, und ich glaube darin bewiesen zu haben, daß diese Frage für Deutschland, für Preußen eine tief innerliche Angelegenheit ist. Diese meine Ueberzeugung ist durch das, was der Herr Landtags-

Marshall dagegen angeführt hat, nicht erschüttert worden, und ich glaube, daß auch die hohe Versammlung sie als richtig anerkennen wird. Wenn aber der Herr Landtags-Marschall ein Recht hätte, das Geschäfts-Reglement dahin zu deuten, daß er Petitionen aus eigener Machtvollkommenheit zurückweisen kann, so wäre unter Umständen der Versammlung jede Gelegenheit abgeschnitten, sich über wichtige Lebensfragen der Nation auszusprechen; deshalb erkläre ich mich mit Denjenigen einverstanden, welche den Antrag als einen allgemeinen, auf das Prinzip gerichteten, gestellt wissen wollen.

Marshall: Es ist ganz richtig, daß ich auch diesen Petitions-Antrag nicht für geeignet erachtet habe, ihn anzunehmen und einer Abtheilung zu überweisen, und habe ich nichts dagegen, wenn die Frage auf denselben mit gestellt werde.

Abgeordn. Fleming: Dann würde die Frage gestellt werden, ob die Versammlung dem Marshall das Recht zuerkenne, eine Petition zurückzuweisen, und es dem Marshall zustehe, darüber zu entscheiden, ob die Petition nur von provinziell oder von allgemeinem Interesse sei; ich kann in dessen dem Herrn Marshall das Recht nicht einräumen, darüber zu entscheiden, und glaube, daß die ganze Versammlung darüber gehört werden muß.

Abgeordn. Milde: Nach den Äußerungen, welche von dem königl. Kommissar gehalten sind, scheint es mir, ohne auch jetzt auf die Frage einzugehen, von der größten Wichtigkeit zu sein, daß wir eine ganz authentische Interpretation bei Sr. Majestät dem Könige nachsuchen. Der vorliegende Konflikt, ob der Landtags-Marschall allein das Urtheil abgeben soll, ob eine Petition provinziell oder generell sei, scheint mir, ist ein Gegenstand, der von der größten Wichtigkeit für unsere ganze Lebensfähigkeit als vereinigte Landtag ist. Ich muß bekennen, daß, wenn ich auch dem Landtags-Marschall sehr gern hiermit die öffentliche Anerkennung von meinem Standpunkt aus zusprechen muß, daß das Möglichste von seiner Seite geschehen ist, um uns die breiteste Basis bei unseren Verhandlungen zu gewähren, doch Zeiten kommen können, wo ein Anderer diesen Platz einnimmt und es allerdings sehr schwierig sein würde, in der gegenwärtig zur Geltung gebrachten Art und Weise hier fortzukommen und uns dann durch und informeller Beziehung Fesseln auferlegt werden könnten, welche geradezu unsere allgemeinen ständischen, reichsständischen Wirksamkeit aufheben könnten. Wir haben auf den Provinzial-Landtagen bereits wiederholt erklärt, daß uns Geschäfts-Ordnungen gegeben sind, die wir nicht mit unserem lebendigen Wirken in Uebereinstimmung hielten, und deshalb glaube ich, ist es hier von der größten Wichtigkeit, daß wir eine Allerhöchste Interpretation erbitten und die Frage generell stellen. Wenn bei jeder Petition Sr. Majestät der König sich vorbehalten wollte, den Geschäftsgang des vereinigten Landtags zu bestimmen, so dürfte dies die größten Schwierigkeiten für die Regierungen selbst bereiten. Ich glaube, daß ein Reglement, ein Geschäftszusatz ein bestimmt festgelegter sein muß, und daß namentlich, wenn die Versammlung zum erstenmale zusammen ist, sie sich den Boden erwerben und feststellen muß, auf welchem sie leben und wirken soll.

Marshall: Ich bin der Meinung, daß dieser Gegenstand zur Berathung über das Reglement gehört, die uns nahe bevorsteht.

Abgeordn. von Winke: Ich habe mir eine kurze Bemerkung erlauben wollen. Wenn der Landtags-Marschall belieben sollte, die Frage speziell zu stellen in Bezug auf eine Petition, so würde es mir nicht möglich sein, dieselbe zu beantworten, denn wir kennen ja die Petition nur aus allgemeinen Anbeutungen. Ich glaube, daß, wenn wir über die Frage entscheiden sollen, die von dem Marshall an den König gebracht werden soll, wir uns in voller Kenntniß der Sache befinden müssen, um nicht zu veranlassen, daß Sr. Majestät dem Könige eine Meinung als die unsere bezeichnet werde; die wir nach näherer Kenntniß der Sachlage in dem Umfange nicht würden festhalten können. Wenn die Frage speziell gestellt wird, so bin ich der Meinung, daß die Petition erst vorgelesen werden muß. Ich glaube jedoch, daß die generelle Stellung der Frage besser ist, da es sich hier um Prinzipien handelt, die wiederkehren können.

Marshall: Es scheint mir, als ob der Herr Redner selbst nicht in Zweifel sei, wie er zu stimmen haben werde, da er sehr bestimmt erklärt hat, ich hätte sie nicht zurückweisen dürfen.

Abgeordn. von Winke: Nach dem, was hier gesagt ist, habe ich allerdings glauben müssen; daß der Landtags-Marschall sich nicht im Recht befände. Ich wünsche aber, daß über eine solche wichtige Frage nicht eher abgestimmt werde, bevor wir mit der Sache genau bekannt sind, ich glaube, daß dies eine Ansicht ist, die für sich selbst redet. Uebrigens habe ich zu bemerken, daß, wenn über die Frage abgestimmt werden soll, nach § 7 des Geschäfts-Reglements erst eine Berathung in einer Abtheilung darüber stattfinden muß.

Eine Stimme (vom Plaze): Das Prinzip, welches in dieser Angelegenheit hier von uns zur Sprache gebracht wird, ist von so durchgreifender Wichtigkeit, daß wir es nicht ernst genug behandeln können. Es hängt davon die ganze nationale Bestimmung des Landtags ab, und von dieser Ansicht ausgehend, fordere ich Sie auf, Ihre ganze Aufmerksamkeit der Fragestellung zuzuwenden. Würde die Frage speziell gestellt, so würde sie nur über einen einzelnen Fall entscheiden, und wir können über diesen Fall nicht entscheiden, weil wir nicht wissen, was in der Petition gesagt ist. Wir können nicht entscheiden, ob das Recht und die Verpflichtung, welche der Marshall in Anspruch nimmt, verlegt seien, da wir nicht wissen, was petitionirt worden ist. Allein, hätte er das Recht, Petitionen zurückzuweisen, so würden wir uns außer Stande befinden, darüber zu urtheilen, ob der Marshall hier im Rechte wäre oder nicht. Der Marshall hat erklärt, er befände sich nicht auf dem Rechtsboden, er nähme bloß die Verpflichtung in Anspruch. Ich glaube, das Recht sowohl, wie die Verpflichtung, müssen im Reglement

bestimmt und bezeichnet sein. Es findet sich darin diese Verpflichtung nicht; Petitionen können nur von der Abtheilung und dann von uns selbst zurückgewiesen werden. Das ist meine Ansicht; die Ansicht des Marshalls und vieler Anderer ist eine andere gewesen. Deshalb kann die Frage nur die sein: welche von beiden Ansichten ist die richtige? Die Majorität wird sich dafür aussprechen, welche sie für die richtige hält, und wenn der Marshall in der Minorität sich befinden sollte, so würde er ganz richtig nach § 29 des Reglements sich darüber die Allerhöchste Entscheidung zu erbitten haben, ob er oder die Majorität die richtige Ansicht habe.

Marshall: Es ist der Antrag gestellt worden, daß die Petition hier verlesen werden solle.

(Unruhe, viele Stimmen dagegen.)

Abgeordn. von der Heydt: Es ist vielfach die Rede gewesen von einer Deklaration des Geschäfts-Reglements; ich bin nicht der Meinung, daß es hier darauf ankommt. Das Geschäfts-Reglement ist nur gegeben über den Geschäftsgang des vereinigten Landtags, es soll nicht die Rechte desselben darthun; diese Rechte sind in dem Gesetze vom 3ten Februar 1847 ausgeführt, und am Schluß heißt es: „Der Geschäftsgang auf dem vereinigten Landtage wird durch ein von uns zu vollziehendes Reglement geordnet werden.“ Die Kompetenzfrage ist aber eine Rechtsfrage, und die Entscheidung über die Kompetenz ist eine Rechtsentscheidung; diese Frage konnte im Reglement nicht erörtert werden. Ich bin also der Meinung, daß es gar nicht auf eine Deklaration des Reglements ankommt, sondern daß es sich darum handelt, ob es im Rechte der Versammlung liege, über die über die Kompetenz zu entscheiden, und ich bin daher der Meinung, daß die Frage dahin gestellt werde, ob die Versammlung das Recht, über die Kompetenz zu entscheiden, dem Marshall einseitig zuerkennt.

Marshall: Der Abgeordnete Wächter hat das Wort.

(Während dieser die Rednerbühne besteigt, spricht)

der Abgeordn. Weyher (vom Plaze): Wenn es auch nicht zweifelhaft ist, daß es dem Marshall zustehe, schließlich hierüber zu bestimmen, so schwebt mir ein Ausweg vor, daß die Versammlung ihre Meinung ausdrücken könne, wenn sie bei Verantwortung der Frage ihre Motive mit aufgenommen zu sehen wünscht, und dieser würde darin bestehen, daß die Versammlung die Frage, welche der Landtags-Marschall stellen will, mit „Nein“ beantwortet und als Grund dafür angiebt, weil er sich die Beurtheilung selbstständig angemacht hat.

Abgeordn. Wächter: Nachdem sich hier so verschiedene Ansichten, theils über den bezüglichen Gegenstand, theils über die Fragestellung herausgestellt haben, so glaube ich, daß, wenn die Frage über diese einzelne Petition gestellt wurde, sich alle diejenigen, die ebenfalls Petitionen zurückbekommen haben, im Raththeil befinden; wird die Frage nicht allgemein gestellt, so würden dergleichen Fälle wieder von neuem eintreten. Ich bin auch Einer von denjenigen, der mehrere Petitionen zurückbekommen hat, darunter zwei, welche von Wichtigkeit für die ganze Monarchie sind, ich habe sie allerdings nur mit spezieller Hinweisung auf Preußen gerichtet, aber der Antrag ging bei beiden ganz allgemein. Der eine Antrag war über Schauffen für das ganze Land, mit spezieller Hinweisung auf Litthauen; der zweite auf Regulirung der sämtlichen Ströme, mit spezieller Hinweisung auf diejenigen, welche Dispreußen und Litthauen durchschneiden. Bei beiden Anträgen kann man nicht annehmen, daß sie bloß das Interesse einzelner Provinzen betreffen; sie stehen in Verbindung mit dem ganzen Lande. Deshalb glaube ich, hätten sie einer Abtheilung überwiesen werden müssen. Der dritte Antrag betrifft allerdings bloß Preußen, und es ist ein Antrag, betreffend die Feuer-Versicherung. Daher möchte ich mir die Bitte erlauben, daß es gestattet würde, dergleichen Anträge einer Kommission zu überweisen.

(Der Abgeordnete Gier, welchem der Landtags-Marschall das Wort gegeben, besteigt die Tribüne, während von vielen Seiten der Ruf nach Abstimmung laut wird.)

Abgeordn. Gier: Nur eine ganz kurze Bemerkung. Der abgehende Redner hat mich um so mehr in der Ansicht bestärkt, daß keine Prinzipien-Frage gestellt werden kann und noch weniger darüber abgestimmt werden darf, indem sie einen ganz anderen Geschäftsgang, eine ganz andere Vorbereitung voraussetzt. Es kommen andere Fälle vor, und es sind schon viele vorgekommen, daß der Marshall nach dem Gesetze eine Petition zurückgegeben hat, ich selbst bin in diesem Fall gewesen. Das Gesetz autorisirt ihn dazu in solchen Fällen; ich will nur einen Paragraphen vorlesen:

(Liest vor.)

Hier liegt aber ein einzelner zweifelhafter Fall vor, der abgemacht werden muß, um vorwärts zu kommen. Der Redner ist zweifelhaft gewesen über sein Verfahren und fragt uns ganz einfach, ob wir anderer Meinung sind als er. Das halte ich für einfach; er wünscht darüber unsere Abstimmung, und nur so kann die Frage gestellt werden. Ich selber werde gegen den Marshall stimmen, indem ich der Meinung bin, daß die Eingabe an die Abtheilung hätte gewiesen werden müssen, und ich wünsche sogar, daß der Marshall die Gewogenheit haben möchte, nach näherer Prüfung nicht an den König zu berichten, sondern, wenn die Versammlung gegen ihn stimmt und dadurch den Wunsch zu erkennen giebt, daß die Petition einer Abtheilung überwiesen werden möchte, der Marshall sie noch an den Ausschuß befördere, indem ich glaube, es würden dadurch Verlegenheiten und große Mißstimmung beseitigt werden.

Abgeordn. von der Heydt (vom Plaze): Ich beantrage, daß die Frage so gestellt werden möge: „Ist die Versammlung der Meinung, daß der Landtags-Marschall über die Frage der Kompetenz des Landtags einseitig entscheiden kann?“

Abgeordn. Gier (vom Plaze): Das geht nicht! So kann die Frage nicht gestellt werden! Dann würde sie erst in die Abtheilung zu bringen sein!

Abgeordn. von der Heydt (vom Plaze): Ich habe

gar nicht das Recht, die Frage zu stellen, ich habe nur gebeten, einen Vorschlag machen zu dürfen, und der Landtags-Marschall hat mir das erlaubt.

Eine Stimme (vom Plaze): Ich wollte bloß vor der Abstimmung über die Prinzipien-Frage...

Marshall: Der Abgeordnete von Witte hat früher um das Wort gebeten.

Abgeordn. von Witte (vom Plaze): Ich wollte mir nur erlauben, die Ansicht auszusprechen, daß mir die Frage, wie sie der Landtags-Marschall vorgelesen hat, noch viel zu prinzipiell ist. Ich behaupte, sie muß noch spezieller gestellt werden, wenn wir aussprechen wollen, daß sie nur mit Bezugnahme auf § 29 gestellt werde. Ich behaupte, daß es nur die Frage sein kann, ob das Verfahren in der Ordnung ist oder nicht; ich behaupte, es ist in der Ordnung; es liegt hier ein zweifelhafter Fall vor, und dann hat der Landtags-Marschall nach dem angeführten Paragraphen interimistisch, beachten Sie es wohl, meine Herren, interimistisch zu entscheiden. Dies ist geschehen; die prinzipielle Frage muß vorbehalten bleiben bis zur Berathung des Reglements, die wir nächstens bekommen werden; dann werden wir im Stande sein, hierüber uns zu erklären, und bis dahin werde ich meine Meinung zurückhalten.

Abgeordn. von Brodowski (vom Plaze, war nur undeutlich zu verstehen): Ich habe im Anfang gesprochen, daß nach § 29 der Marshall allerdings das Recht hat, in zweifelhaften Fällen zu entscheiden. Es ist aber hier kein zweifelhafter Fall. Nach § 26 a. muß eine jede Petition einer Abtheilung zur Berathung überwiesen werden. Wenn hier ein Zweifel vorhanden gewesen wäre, so würde gesagt sein, provinzielle Sachen müssen zurückgewiesen werden. Ich mache darauf aufmerksam: Sr. Majestät der König hat ausgesprochen: „Zwischen uns sei Wahrheit.“ Der brave Unterthan muß die Wahrheit aussprechen, wie sie ihm sein empfindendes Herz bittet, denn anders kann der König zur Wahrheit nicht kommen. Wird sie unter dem Vorwande, sie betreffe nur eine Provinz, zurückgewiesen, so kann Sr. Maj. der König nicht wissen, ob diese Frage Anklang findet, ob die Uebelstände, die in der Petition enthalten sind, wirklich begründet seien. Deshalb bitte ich die Versammlung, zu erlauben, daß dieser Gegenstand wenigstens einer Abtheilung überwiesen werde und es jetzt bei der allgemeinen Frage bleibe.

Marshall: Ich muß bei der Meinung verbleiben, daß eine allgemein zu stellende Frage nicht vorbereitet ist. Sie wird bei der Berathung über das Reglement, welche nahe bevorsteht, vorkommen. Wird alsdann dem Marshall die Entscheidung über die Kompetenz nicht zugesprochen, so bin ich damit außerordentlich zufrieden; es wird mir dadurch eine unangenehme Verpflichtung abgenommen. Ueberhaupt, je weiter das Reglement gestellt ist, je mehr Freiheiten es der Versammlung überläßt, desto leichter und bequemer ist dies für den Vorstehenden. Hier handelt es sich aber nur um einen einzigen Fall, für den ich die allerhöchste Entscheidung nachsuchen muß, sofern die Versammlung der Meinung ist, daß meine Ansicht nicht die richtige gewesen; was übrigens das Materielle der Sache betrifft, so wünsche ich aufrichtig, daß sie vollständig hier verhandelt werden könnte. Bei der Fragestellung, wie ich sie angeknüpft habe, muß es bleiben.

(Aufregung. Viele Stimmen durcheinander.)

Ich frage zuerst, ob gewünscht wird, daß ich zur Fragestellung übergehe. Diejenigen, welche dafür sind, bitte ich aufzustehen.

(Bedeutende Majorität dafür.)

Ich komme jetzt zur Fragestellung selbst und bemerke, daß diejenigen, die sich dadurch eingeengt fühlen, weil sie die Petition nicht vollständig kennen, immer dagegen stimmen können, sie werden mir überhaupt die Kompetenz absprechen. (Mehrere Redner verlangen noch das Wort.)

Ich kann Niemanden mehr das Wort geben, da wir jetzt in der Abstimmung sind; ich bitte den Herrn Secretair, die Frage zu verlesen.

Secretair Raumann (verliest die Frage: „Ist die Versammlung der Meinung, ob der Marshall den § 26 a. unrichtig ausgelegt habe, indem derselbe sich nicht für befugt hielt, den in Frage stehenden Petitionsantrag anzunehmen?“)

Marshall: Diejenigen Herren, welche dafür stimmen, die also glauben, daß ich nicht im Recht bin, bitte ich aufzustehen.

(Majorität für Bejahung der Frage erhebt sich.) Die Majorität hat die Frage bejaht, ich werde also die Allerhöchste Entscheidung nachsuchen.

Abgeordn. Camphausen: Ich habe nur den Wunsch ausdrücken wollen, daß nunmehr der Marshall die von ihm beabsichtigte Berufung noch nicht vornehme, sondern, da die Berathung über das Geschäfts-Reglement nahe bevorsteht, so würde diese Frage mehr im Allgemeinen behandelt werden können. Die Versammlung wird gewiß damit einverstanden sein, daß der Marshall einstweilen fortfahre, so zu handeln, wie er es nach seiner Ueberzeugung für richtig gehalten hat.

(Viele Stimmen: Nein, nein!)

Marshall: Ich glaube nicht, daß dies die Meinung der Versammlung sein wird, obgleich ich nichts dagegen habe.

Eine Stimme (vom Plaze): Ich bin der Meinung, daß es dem Marshall überlassen bleiben muß, die Instruction einzuholen.

Eine Stimme (vom Plaze): Ich glaube, daß die Prämissen, die der Landtags-Marschall gestellt hat, ausgeführt werden müssen.

Abgeordn. von Beckerath: Auf die so eben geschlossene Verhandlung komme ich nur mit dem einzigen Worte zurück, daß die Berufung an Sr. Majestät nicht von der Versammlung, sondern lediglich von dem Herrn Marshall ausgeht.

Marshall: Ja wohl! Ganz richtig!

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Nimbs.